

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 155. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **25 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag hat heute von der Fraktion der CDU der Abgeordnete und Kollege Thomas Schnelle. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich darauf hinweisen, dass sich alle Fraktionen darauf verständigt haben, dass heute zu TOP 12 eine Block-I-Debatte stattfinden soll. In der Tagesordnung war dieser Punkt noch ohne Aussprache ausgewiesen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)
Drucksache 17/15769 (Beschlussdrucksache nach der zweiten Lesung)

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/15900

dritte Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15682 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 17/15683 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 17/15684 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15685 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15686 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15862

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15968

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15969 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15970

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15971

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15972

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15973

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15974

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15975

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15976

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15977

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15978

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15979

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15980

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15981

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15982

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15983

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15984

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15985

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15986

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15987

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15988

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15989

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15990

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15991

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15992

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15993

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15994 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15995

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15996

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15997

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15998

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15999

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16000

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16001

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16002

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16003

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16004

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16005

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16006

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16007

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16008

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16009

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16010

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16011

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16012

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16013

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16014

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16015

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16016

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16017

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16018

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16019

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16020

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16021

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16022

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16023

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16024

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16025

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16026 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16027

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16028

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16029

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16030

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16031

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16032

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16033

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16034

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16035

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16036

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16037

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16038

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16039

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16040

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16041

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16042

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16043

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16044

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16045

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16046

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16047

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16048

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16055

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16058

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung,
Drucksache 17/14702

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/15901

dritte Lesung

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, dass während des gesamten Tagesordnungspunktes Zwischenfragen sowie Kurzinterventionen unzulässig sind. – Ich sehe auch hiergegen keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Kutschaty das Wort.

(Beifall von der SPD)

Thomas Kutschaty¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein weiteres Mal stehen unsere Haushaltsberatungen im Schatten der schlimmsten Gesundheitskrise seit 100 Jahren: Die Ansteckungszahlen sind immer noch viel zu hoch, die Intensivstationen immer noch viel zu voll.

Unser medizinisches Personal arbeitet am Rande seiner Kräfte, teilweise sogar schon darüber hinaus. Mit der Omikron-Variante wächst nun auch die Ansteckungsgefahr für unsere Kinder. Das ist die Lage. Sie ist immer noch bitterernst.

Dennoch gibt es Hoffnung. Die Sieben-Tage-Inzidenz steigt nicht mehr; sie sinkt langsam. Aber noch wichtiger ist: Wir haben wirksame Impfstoffe, mit deren Hilfe wir die Gefahr drastisch eindämmen können.

Umso erschreckender ist es leider, wenn wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, dass es im Frühjahr nächsten Jahres möglicherweise zu einem Engpass bei der Impfstoffversorgung kommen könnte. Das wäre ein bitterer Rückschlag.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Der ehemalige Bundesgesundheitsminister wird dazu noch viele Fragen zu beantworten haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommt es auf gutes Krisenmanagement an. Karl Lauterbach und die neue Bundesregierung tun

in diesen Stunden alles, um einen Versorgungsengpass noch zu vermeiden.

Es bleibt meine feste Überzeugung: Mit der Macht der Wissenschaft können wir die vierte Welle brechen, und mit der Kraft von Solidarität und Vernunft können wir diese Pandemie auch beenden.

Dazu brauchen wir aber auch im Land eine entschlossene politische Führung.

(Unruhe – Glocke)

Herr Ministerpräsident, sich neben den Bundeskanzler zu setzen und darauf zu warten, was er sagt und tut, ist allerdings einfach zu wenig für eine entschlossene politische Führung.

(Beifall von der SPD)

Immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, überzeugt niemanden.

(Jochen Klenner [CDU]: Machen Sie doch gerade!)

Dabei wäre es doch schon ein Fortschritt, wenn Sie sich einfach an den Maßnahmen orientierten,

(Zuruf von Fabian Schrupf [CDU] – Zuruf von der SPD: Danke! – Heiterkeit von der SPD)

die die Koalition in Berlin ergriffen hat.

Auch in Nordrhein-Westfalen brauchen wir einen Krisenstab, einen Krisenmanager, der diese Prozesse organisiert, die Lage im Blick behält und nicht erst reagiert, wenn es zu spät ist.

Dass wir einen solchen Krisenmanager in Nordrhein-Westfalen bitter nötig haben, merkt man leider jeden Tag. Das merkt man vor allem an der extrem schlechten Kommunikation dieser Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Frau Gebauer, es gibt für Lehrerinnen und Lehrer eine Masernimpfpflicht. Selbstverständlich ist dann auch eine Coronaimpfpflicht möglich.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Meiner Meinung nach ist sie auch notwendig.

(Sven Wolf [SPD]: Ganz genau!)

Was Sie am Wochenende über die Impf- und Schulpflicht erzählt haben, war konfus und unüberlegt und einer Schulministerin nicht würdig, Frau Gebauer.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Kommentare des Ministerpräsidenten zu Bundesligaspielen waren da übrigens nicht besser. Erst hält man sie für angemessen, dann will er solche Bilder nicht mehr sehen.

Und jetzt das Kommunikationsdesaster zur Booster-Impfung in Nordrhein-Westfalen! Wer kann nach wie vielen Wochen oder Monaten eine Booster-Impfung bekommen? Das ist heute Morgen niemandem in Nordrhein-Westfalen mehr klar. Ich wage zu bezweifeln, dass eine Mehrheit auf diesen beiden Regierungsbänken überhaupt weiß, wie das mit dem Boostern jetzt funktionieren soll, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laumann, was hat Sie geritten, in einen Erlass eine Zahl von vier Wochen hineinzupacken, die das ganze Land verunsichert? Haben Sie eigentlich einmal mit Expertinnen und Experten geredet, bevor Sie damit an die Öffentlichkeit gegangen sind?

(Sven Wolf [SPD]: Es gibt ja keine Experten mehr!)

Die Wissenschaftler sagen Ihnen doch, dass Ihre Vier-Wochen-Regelung unsinnig ist. Nicht einmal die Wirkung der zweiten Impfung ist nach vier Wochen schon da.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da ist es kontraproduktiv – das sagen alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler –, jetzt bei den Menschen den Eindruck zu erwecken: Geh bloß möglichst schnell zum Boostern; vier Wochen reichen völlig aus. – Das ist Unsinn. Das schadet den Menschen. Das ist schlecht für die Gesundheit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Aber unabhängig von den gesundheitlichen Risiken, die Sie damit auslösen: Haben Sie sich nur ein einziges Mal in die Lage derjenigen versetzt, die tagtäglich in Arztpraxen mit Impfungen beschäftigt sind oder in Impfzentren ihr Bestmögliches geben und Menschen jetzt beruhigen müssen? Jetzt ist ein Run auf diese Impfstationen losgegangen. Diejenigen müssen jetzt den Menschen in Nordrhein-Westfalen erklären, was Sie verbockt haben. Da gibt es viele Enttäuschungen. Es müssen Menschen wieder nach Hause geschickt werden, die Sie bewusst veranlasst haben, ins Impfzentrum zu gehen – und das in einer Zeit, in der Impfstoffe knapp sind.

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie sich Gedanken gemacht hätten, wie man den Impfstoff sinnvoll verteilen kann, statt alle zum Boostern einzuladen, was gesundheitlich hoch riskant ist.

(Beifall von der SPD)

Deswegen sage ich sehr deutlich: Diese Art der Kommunikation, die schon nach wenigen Tagen oder gar Stunden in Staub zerfällt, muss endlich aufhören. So führt man nicht ein Land durch die Krise.

Das sind Amateurfehler, die wir uns nicht mehr leisten können.

Nein, Herr Wüst, mit Ihnen an der Spitze der Landesregierung ist es nicht besser geworden. Das Chaos wird unter Ihnen nicht kleiner. Es wird leider immer größer – jeden Tag.

(Beifall von der SPD)

Bei aller Kritik: Eine Regierung kann diese Krise nicht alleine lösen. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Alle, die schon geimpft sind, brauchen eine Booster-Impfung zum richtigen Zeitpunkt. Zwei Impfungen reichen nicht mehr aus, um zu schützen. Alle, die noch nicht geimpft sind, müssen jetzt damit anfangen. Wer sich selbst schützt, schützt auch andere. Eigennutz und Solidarität gehen in dieser Pandemie Hand in Hand.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere heutige Debatte wird im Fernsehen übertragen. Ich weiß, dass uns sehr viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, aber auch in ganz Deutschland zuschauen. Unter ihnen sind vielleicht auch einige, die sich noch nicht haben impfen lassen. Diese Menschen bitte ich inständig: Geben Sie sich einen Ruck. Ändern Sie Ihre Meinung. Ringen Sie sich zum Impfen durch.

Vielleicht hatten Sie bisher nur eine diffuse Angst vor der Impfung. Möglicherweise haben Sie geglaubt, dass diese neuen Impfstoffe noch nicht ausreichend erforscht sind. Sie machen sich Sorgen über mögliche Nebenwirkungen und Spätfolgen. Ich kann Ihnen versichern: Dem ist nicht so. Weltweit sind über 3 Milliarden Menschen bereits geimpft worden. Für keinen Impfstoff, ja, für kein Medikament gibt es mehr Daten über Wirkungen und Nebenwirkungen als für mRNA-Impfstoffe. Sie werden seit Jahrzehnten erforscht. Sie sind sicher, und sie wirken.

Aber vielleicht gibt es unter unseren Zuschauern auch Ungeimpfte, die weder Angst haben noch prinzipielle Impfgegner sind. Möglicherweise betrachten sie ihre Corona-Impfverweigerung als eine Art Widerstand gegen die da oben. Möglicherweise ist ihre Weigerung, sich impfen zu lassen, nur Ausdruck ihrer Verachtung für die Politik im Allgemeinen und Politiker wie mich im Besonderen. Aber auch diesen Menschen möchte ich etwas sagen.

Schauen Sie sich die WDR-Dokumentation über eine Corona-Intensivstation in Köln an. Sie trägt den Titel „Der Kampf ums Überleben“ und ist in der ARD-Mediathek zu finden. Dort sehen und hören Sie einen Corona-Patienten, der aus rein politischen Gründen, aus reinem Misstrauen gegenüber der Politik, eine Impfung verweigert hat. Das Traurige und Tragische ist: Der Mann, den Sie in dieser Dokumentation voller Überzeugung reden hören, hat seine Verweigerung nicht überleben können. Kurz vor Ende der Dreh-

arbeiten ist er gestorben. Es war ein vermeidbarer, ein unnötiger, ein völlig sinnloser Tod.

Deshalb glauben Sie mir bitte, wenn ich Ihnen sage: Impfverweigerung ist keine politische Tat, erst recht keine Heldentat. Impfverweigerung ist einfach nur eine Dummheit.

(Beifall von der SPD)

Beim Impfen geht es um Leben oder Sterben. Aber es geht nicht um Politik. Ich sage das sehr deutlich auch an alle Corona-Leugnerinnen und alle, die sich gerade da draußen radikalieren. Sie wollen ihren Frust im Netz ausleben. Tun Sie es – ich finde es nicht gut –, wenn Sie es nicht lassen können. Sie können auf Politikerinnen und Politiker schimpfen. Sie können sich auf Telegram mit Fake News abfüllen oder bei Wahlen Populisten unterstützen. Ich kann Sie wahrscheinlich nicht daran hindern. Aber vergessen Sie eines nicht: Sie können das nur so lange tun, solange Sie noch leben. Wenn Sie tot sind, können Sie weder AfD wählen noch Sahra Wagenknecht bewundern.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

Für die Propaganda von ganz rechts lohnt es sich nicht zu sterben – und für Schwurbeleien von ganz links auch nicht.

(Beifall von der SPD, Josef Hovenjürgen [CDU] und Bodo Löttgen [CDU – Andreas Keith [AfD]: Fake News!)

Wenn Sie schon andere Menschen nicht schützen wollen, dann schützen Sie wenigstens sich selbst. Lassen Sie sich impfen. Ersticken ist ein grausamer Tod.

Meine Damen und Herren, die allermeisten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land handeln vernünftig und solidarisch. So handeln sie schon seit fast zwei Jahren. Sie haben in ihren Familien auf Weihnachten mit ihren Enkeln und Kindern verzichtet. Sie haben Masken getragen. Sie haben Abstand gehalten. Sie haben auf Kontakte mit Freunden verzichtet. Sie haben Einkommenseinbußen in Kauf genommen. Ja, viele, nicht wenige, haben sogar ihren Arbeitsplatz verloren. Einige Menschen haben auf ihre Operationen und auf medizinische Behandlungen verzichtet, um Krankenhäuser und Intensivstationen zu entlasten.

Deswegen sage ich auch hier sehr deutlich: Impfen spaltet nicht. Impfen ist der Weg zurück in die Freiheit. Gründe für Impfverweigerung mag es ja vielleicht bei dem einen oder anderen geben. Verständnis dafür gibt es allerdings keines mehr. Die Impfpflicht ist jetzt ein Gebot der Vernunft. Sie ist ein Gebot der Gerechtigkeit und auch ein Gebot der Freiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Es ist überhaupt nicht hinzunehmen, dass eine kleine Minderheit den Weg in die Freiheit für eine große Mehrheit blockiert.

Schon gar nicht wird sich dieses Land erpressen lassen – nicht von apokalyptischen Sekten und erst recht nicht von Rechtsextremisten. Unsere Demokratie ist wehrhaft. Wenn Faschisten und Extremisten glauben, sie könnten Mitglieder demokratischer Regierungen einschüchtern, dann werden sie erfahren, wie wehrhaft unsere Demokratie ist.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Aus der Mitte des Landtags Nordrhein-Westfalen sende ich solidarische Grüße nach Sachsen. Alle demokratischen Parteien stehen in diesen Tagen an der Seite von Gesundheitsministerin Petra Köpping, vor deren Haus Fackelmärsche stattgefunden haben, und Michael Kretschmer, dem Ministerpräsidenten von Sachsen, den Morddrohungen erreichen. Wir Demokratinnen und Demokraten halten zusammen. Sie haben unsere volle Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Und ich ergänze: Selbstverständlich stehen wir auch an der Seite des Innenministers Herbert Reul, wenn Radikale versuchen, ihn vor seinem Wohnhaus einzuschüchtern.

Herr Minister, ich weiß, dass das dieser Gruppe nicht gelungen ist. Sollte ein Mob, aus welchen Gründen auch immer, wieder versuchen, das zu tun, ist Ihnen die Solidarität der Sozialdemokratie sicher, so wie Ihnen die Solidarität aller Demokraten in diesem Parlament sicher ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelte Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten 20 Monaten hat dieser Landtag wie alle Parlamente vor allem über die Bekämpfung der Pandemie diskutiert, ja, auch gestritten. Es ging um Tests, um Impfstoffen, um Lockdowns oder um Distanzunterricht. Es ging immer um unser Handeln in den nächsten Tagen, Wochen, maximal vielleicht zwei oder drei Monaten. Dabei sollten Parlamentsdebatten doch eigentlich Zukunftsdebatten sein – eine Haushaltsdebatte allemal –, nämlich ein Wettstreit über unsere unterschiedlichen Ideen, über unsere Vorstellungen, über unsere Konzepte für die Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Doch diese Debatten haben oft nicht stattgefunden. Sie konnten häufig gar nicht ausreichend stattfinden.

Jenseits von Krankheit und Tod ist das eine der vielen perfiden Seiten dieser Pandemie. Sie fesselt unsere Aufmerksamkeit an die Gegenwart. Die Leidtragenden sind jene Menschen, die den allergrößten

Teil ihres Lebens genau in dieser Zukunft verbringen werden, über die wir in den letzten Monaten viel zu wenig reden konnten. Die Leidtragenden sind Jugendliche und junge Erwachsene. Körperlich haben sie die Pandemie bislang relativ gut überstanden, psychisch dafür umso schlechter.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht regelmäßig die Lebenszufriedenheit von jungen Erwachsenen. Dafür gibt es eine Skala von 0 bis 10. Auf dieser Skala ist bei der jüngsten Erhebung die Lebenszufriedenheit der jungen Menschen um 0,5 Punkte gesunken. Das klingt nach wenig. Aber alle Experten, die diese Zahlen erheben, sagen Ihnen, dass sie ein Absinken der Lebenszufriedenheit von jungen Menschen um 0,5 Punkte bislang nur aus Kriegsgebieten oder extremen Krisengebieten kannten.

Ja, Jugendliche und junge Erwachsene haben in den letzten zwei Jahren eine Krisenzeit durchgemacht. Und vergessen wir bitte nicht: Jugend ist kein Trainingslager für das Erwachsenwerden. Es ist eine Lebensphase, in der jeder junge Mensch einen Schatz an Erfahrungen und an Erinnerungen sammelt, die durch nichts, was später noch kommen mag, aufgewogen wird – durch gar nichts.

Erst wenn man das bedenkt, kann man ermessen, wie groß der Verzicht ist, den Jugendliche und junge Erwachsene geleistet haben – übrigens auch für uns, für Ältere, und für unsere Gesundheit.

(Beifall von der SPD)

Deshalb sind wir es der jungen Generation jetzt schuldig, ihre Zukunft, ihre Hoffnungen, ihre Probleme und ihre Erwartungen in den Mittelpunkt zu stellen. Genau das möchte ich heute tun.

Da ist zum Beispiel der angehende Kfz-Mechatroniker Alex. Er hat mir geschrieben – ich darf zitieren –: Wir schrauben in der Übungswerkstatt gefühlt an Trabis, und draußen fahren immer mehr Teslas. Da denke ich mir oft: Gesellenbrief schön und gut! Aber wer kann mich damit demnächst noch gebrauchen?

Weiter schreibt Alex: Und dann lese ich vom Erfolgsmodell Ausbildung, während in der Schule die Wände um die Wette schimmeln. Ich habe immer mehr das Gefühl, dass alle nur noch auf die Unis und die Studis gucken; aber wir Azubis sind egal.

Nein, lieber Alex, ihr seid uns nicht egal. Ihr dürft uns nicht egal sein.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, könnte man die Reihe der Staatssekretäre einmal ermahnen, etwas weniger zu brabbeln? Das ist echt laut hier, muss ich sagen.

(Andreas Keith [AfD]: Machen Sie mal weiter mit der Märchenstunde!)

Denn es nutzt uns allen, wenn wir insbesondere aus der Perspektive von Auszubildenden auf die Landespolitik schauen. So erhalten wir nämlich einen guten Überblick über alle Probleme und Hoffnungen und übrigens auch über die Herausforderungen, die wir bewältigen müssen.

Da ist Alex, der sich Sorgen um seine Ausbildung und seine Berufschancen macht.

Da ist auch Maria aus Mettmann, die nur in Bielefeld einen Ausbildungsplatz zur Kauffrau für Marketingkommunikation bekommen kann. Daraus ist aber nichts geworden, weil sie sich in Bielefeld kein Zimmer, geschweige denn eine Wohnung, leisten kann.

Ein ähnliches Problem hat Cem, der gerne Lacklaborant in Münster werden würde. Aber weil er sich kein Auto leisten kann, ist er auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Doch es gibt keine Bus- oder Bahnverbindung, die ihn morgens pünktlich zur Arbeit bringen könnte. Und bezahlbare Zimmer gibt es in Münster noch weniger als in Bielefeld.

Allen drei jungen Menschen ist auch der Umwelt- und Klimaschutz sehr wichtig, und sie möchten in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft leben. Aber ihre Alltagsorgen kreisen um Bildung und Ausbildung sowie um bezahlbares Wohnen und Mobilität. Ob sie einmal eine Familie gründen wollen, wissen sie heute noch nicht. Aber selbstverständlich hoffen sie auf sichere Jobs mit guten Einkommen.

Manchmal ist Politik auch relativ einfach. Wenn wir dafür sorgen, dass sich die Hoffnungen dieser drei Jugendlichen erfüllen, dann lösen wir die wichtigsten Probleme unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Aber was kann diese Landesregierung noch dazu beitragen? Was hat diese Landesregierung für Alex, Maria und Cem noch zu bieten? Der Haushalt, den diese Koalition heute verabschieden will, gibt die Antwort: wenig bis nichts.

Deswegen darf ich Ihnen auch gleich zu Beginn der Haushaltsdebatte sagen: Das ist der Grund, warum wir Ihren Haushalt heute hier ablehnen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Diese Landesregierung hat nicht mehr die Kraft, die großen Probleme des Landes anzugehen. Sie sind ausgelaugt. Sie sind erschöpft. Ihr Ideenspeicher ist leer. Ihr Ehrgeiz ist erloschen.

(Marcel Hafke [FDP]: Nicht von sich auf andere schließen!)

Die Bildungspolitik des Landes steckt in Mutlosigkeit fest wie eine Kutsche im Morast. Das Vertrauen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen

und Schülern hat diese Landesregierung längst verloren. Nie war so wenig Vertrauen da wie heute.

(Beifall von der SPD)

Die Industriepolitik ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Den Ruf Nordrhein-Westfalens als Land der Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft hat diese Regierung längst verspielt.

11 Millionen Mieterinnen und Mieter leiden unter explodierenden Mieten. Auf den Schutz ihrer Landesregierung konnten sie in den vergangenen Jahren nicht hoffen. Denn diese Regierung hatte nie ernsthaft den Willen dazu, etwas für Mieterinnen und Mieter in diesem Land zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Deswegen braucht Nordrhein-Westfalen einen sozialen Neustart. Mit der Bildung müssen wir anfangen. Die Berufsschulen und Berufskollegs sind in einem noch schlechteren Zustand als unsere allgemeinbildenden Schulen, auch wenn viele Eltern das für kaum mehr möglich halten. Nie waren der Lehrkräftemangel größer und ihre Ausstattung schlechter. Mit dem Lehrkräftemangel an den Schulen hat sich diese Regierung ohnehin längst abgefunden.

Eine SPD-geführte Regierung wird ab Sommer nächsten Jahres eine Personaloffensive starten: von der Grundschule bis zur Berufsschule, von der Kita bis zur OGS. Wir werden die Ausbildungskapazitäten ausbauen und die Arbeitsbedingungen verbessern.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wir werden Lehrkräfte besser bezahlen und A13 für alle im Eingangssamt einführen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Und vor allem müssen wir unsere Kräfte bündeln. Wir müssen zuerst dort für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen, wo es am wenigsten davon gibt.

Ich war vor zwei Wochen in einer Grundschule im Ruhrgebiet zu Besuch. Sie liegt in einem Stadtteil, in dem nicht die am allerbesten Verdienenden zu Hause sind und leben. Diese Grundschule ist ein Familienzentrum geworden; das war eine sehr gute Entscheidung. Aber diese Grundschule hat auch vor fünf Jahren ein neues Schulgebäude bekommen. Davor war sie in einem sehr alten, sehr baufälligen Gebäude untergebracht. Seit fünf Jahren hat sie ein neues, modernes Gebäude mit Mensa und ausreichend Platz für Ganztagsangebote.

Wissen Sie, was das Erstaunliche ist? Wie die Schulleiterin mir gesagt hat, hat diese Schule seit fünf Jahren Anmeldungen von Familien, die vorher nie auf den Gedanken gekommen wären, ihre Kinder in dem Vorgängerbau anzumelden. Denn man sieht plötz-

lich, welchen Wert der Bildung beigemessen wird, wenn es ein gut funktionierendes Schulgebäude gibt.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die Sozialstruktur in der Schülerschaft hat sich allein dadurch kolossal verändert. Das macht das Arbeiten für die Lehrerinnen und Lehrer mit einer besseren sozialen Durchmischung in den Klassen um ein Vielfaches leichter. Alle Kinder profitieren davon.

Deswegen ist es fahrlässig, meine Damen und Herren, dass Sie das Programm „Gute Schule 2020“ Ihrer Vorgängerregierung haben auslaufen lassen. Wir werden es jetzt wieder aufleben lassen. Das ist ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf den Berufsschulen und Berufskollegs liegen. Ich sage es noch einmal: Unsere Berufsschulen waren noch nie in einem so schlechten Zustand wie heute. Das zeigt leider, wie wenig Interesse und Wertschätzung diese Landesregierung der dualen Ausbildung entgegenbringt. Das ist auch Ihr bildungspolitisches Versagen.

(Beifall von der SPD)

Es handelt sich aber nicht nur um ein bildungspolitisches, sondern auch um ein wirtschaftspolitisches Versagen. Die Coronapandemie hat die Krise der dualen Ausbildung noch einmal verschärft.

Die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen sank von 2019 bis 2021 um 11,3 %, die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber sogar um 16,3 %. Insgesamt finden rund 30.000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen keinen passenden Ausbildungsplatz, und das wird Folgen haben. Ohne Auszubildende fehlt den Betrieben der Nachwuchs. Wer keine Mitarbeiter hat, kann keine Aufträge annehmen und sich auch nicht an Ausschreibungen beteiligen.

Der schlechte Zustand unseres Ausbildungssystems wird uns Wachstum, Einkommen und Wohlstand kosten. Es kommt noch schlimmer: Die Krise der dualen Ausbildung kann dazu führen, dass wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen.

Wir können noch so strenge Klimaschutzgesetze verabschieden. Wir können uns über das Ausstiegsdatum der Kohleverstromung unterhalten, und wir können darüber streiten und diskutieren. Wir können noch so viele Milliarden für ökologische Investitionen bereitstellen. Wenn wir jedoch keine Handwerkerinnen und Handwerker haben, die Windräder bauen, die Solarplatten auf die Dächer montieren, die Heizungsanlagen austauschen, die Gebäude dämmen, dann werden wir das Klima nicht schützen können. So einfach ist das, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Deswegen sage ich allen Handwerkerinnen und Handwerkern, Facharbeiterinnen und Facharbeitern: Ihr seid Klimaschützer. – Handwerker sind die Klimaschützer unserer Tage. Wir brauchen sie mit ihrem Wissen und Können, und vor allem brauchen wir mehr von ihnen.

(Beifall von der SPD)

Die Sanierung und Modernisierung der dualen Ausbildung sind deshalb möglicherweise einer der wichtigsten Beiträge zum Klimaschutz; ein Programm für Wachstum und Beschäftigung ist es ohnehin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Bildung ist das Wohnen die zweite große soziale Frage unserer Zeit. Auch die zuständige Ministerin scheint das mittlerweile zu ahnen. Vor gut zwei Wochen wollte sich Frau Scharrenbach mit Kritik an der Ampelkoalition profilieren. Das Thema „Heimat“ sei für den Zusammenhalt in der Gesellschaft viel zu wichtig, als dass man es nur als Feigenblatt für eine Ministeriumsbezeichnung nutzen dürfe, hatte sie verlautbaren lassen.

Das, liebe Frau Scharrenbach, war ein sehr mutiger, um nicht zu sagen, ein waghalsiger, kopfloser Vorstoß von Ihnen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Denn nur einen Tag zuvor hatte Ihr Kabinettskollege Karl-Josef Laumann in einem sehr lesenswerten Porträt in der ZEIT erklärt, was Heimatpolitik eigentlich leisten muss. Herr Laumann sagte, wenn die Mieten so hoch seien, dass 60 % der Bürger für die Enteignung von Wohnungsbaukonzernen stimmten, müsse etwas Gravierendes schieflaufen.

(Marlies Stotz [SPD]: Tja, gute Erkenntnis!)

Ohne ein Zuhause, das man sich dauerhaft leisten könne, könne ein Wohnort kaum zur Heimat werden, denn dann gehe man nicht zur Feuerwehr oder zum Schützenverein. Ohne bezahlbares Wohnen gebe es kein Heimatgefühl, sagte Karl-Josef Laumann.

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Herr Laumann, Sie haben mich in den letzten Jahren oft gereizt, Ihnen zu widersprechen, aber hier muss ich ausdrücklich sagen: Sie haben völlig recht. Was Sie gesagt haben, stimmt.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns aber doch einmal die Bilanz von Heimatministerin Scharrenbach an.

(Sarah Philipp [SPD]: Jetzt wird es interessant!)

Der soziale Wohnungsbau ist in ihrer Amtszeit zusammengebrochen.

(Vereinzelt Lachen von der CDU – Lachen von Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung – Zurufe)

– Gucken Sie sich doch einmal an, wie die Zahlen heruntergegangen sind. Jedes Jahr fallen 20.000 Wohnungen aus der Bindung. Für die Mieterinnen und Mieter ist das ein massives Problem. Da brauchen Sie nicht zu lachen.

(Beifall von der SPD)

Die Mieten und die Kosten für Baugrundstücke sind seit 2017 so stark gestiegen wie noch nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Das ist auch kein Wunder, denn Sie haben den Mieterschutz geschliffen, wo Sie das nur konnten.

(Daniel Sieveke [CDU]: Dummes Zeug! – Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die Mieten fressen jetzt Einkommen, Wohlstand und Sicherheit. Fast die Hälfte der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat Angst, sich in Zukunft keine Wohnung mehr leisten zu können. Fast die Hälfte hat Angst vor zu hohen Wohnkosten. Das ist das Gefühl, das Ihre Politik im Land hinterlassen hat, Frau Scharrenbach.

(Beifall von der SPD)

Das ist kein Gefühl von Zusammengehörigkeit, und das ist kein Heimatgefühl, sondern das sind die Angst, Enttäuschung und Frustration der Rentnerinnen und Rentner, die die Sorge haben, dass sie sich nach 40 Jahren des Wohnens in ihrer Wohnung, in der sie ihre Kinder großgezogen haben, die Miete im Alter nicht mehr leisten können, sodass sie ihr Quartier und die anvertraute Umgebung verlassen müssen.

Das ist die Enttäuschung von Jugendlichen wie Maria, die ihren Ausbildungsplatz nicht antreten können, weil sie am Ausbildungsort keine bezahlbare Bleibe finden.

Und das ist der Frust von jungen Eltern, die wissen, dass sie sich die Wohnung, die sie sich für sich und ihre Kinder so gern wünschen, niemals leisten können.

Sie, Frau Scharrenbach, wollen jetzt Klara Geywitz und Olaf Scholz Vorhaltungen wegen ihrer Heimatpolitik machen. Das ist doch ein schlechter Witz!

(Beifall von der SPD)

Ich muss noch einen Punkt ansprechen, Frau Heimatministerin. Durch die Hochwasserkatastrophe im vergangenen Sommer wurde die Heimat von Tausenden von Menschen in Nordrhein-Westfalen zerstört. Viele haben alles verloren, was sie sich in ihrem Leben erarbeitet haben. Sie leben jetzt in Trümmern, sie heizen mit Kohleöfen, und sie haben bis heute nicht die Hilfe bekommen, die Sie ihnen versprochen haben.

Frau Scharrenbach, der Hochmut, den Sie zuweilen an den Tag legen, ist durch keinerlei Leistung gedeckt.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Zuweilen? Immer! – Sarah Philipp [SPD]: Da kann sie nur lachen! – Zuruf von der SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Die Menschen in den Katastrophengebieten haben auf diese Landesregierung gehofft, und sie haben auf die Heimatministerin gesetzt. Sie haben diese Hoffnungen aber bitter enttäuscht. Wenn es darauf ankommt, gibt es keine Heimatpolitik in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Dass die Regierung Wüst kein Verständnis für Heimat- und Regionalpolitik hat, zeigt nicht zuletzt ein Kommentar des Ministerpräsidenten auf Twitter.

(Sarah Philipp [SPD]: Wo ist der eigentlich?)

Der Ministerpräsident schreibt dort, dass sich in der Ampel drei Parteien zusammengetan hätten, die stark in Großstädten zu Hause seien, die soziale Empathie müsse sich aber auch auf die Menschen erstrecken, die nicht in den Großstädten lebten.

Der Ministerpräsident ist nicht da. Ich weiß nicht, ob das der verdruckteste Versuch war, in den erbärmlichen Kulturkampfdebatten dieser Tage mitspielen zu wollen. Ich weiß allerdings, dass das Münsterland, Südwestfalen und Ostwestfalen-Lippe starke und stolze Regionen sind. Der ländliche Raum ist das technologische und industrielle Kernland von Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dietmar Panske [CDU] – Zuruf von der SPD: Oh!)

Die industrielle Wertschöpfung in Ostwestfalen-Lippe ist mit fast 30 % an der Wirtschaftsleistung

(Zuruf: Genau!)

doppelt so hoch wie im Ruhrgebiet, und in Südwestfalen beträgt die industrielle Wertschöpfung sogar 40 %. Da sind unsere Hidden Champions zu Hause, da wird Zukunft gemacht.

(Rainer Deppe [CDU]: Wo die SPD nichts zu sagen hat! – Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die Menschen dort sind stolz und selbstbewusst, Herr Ministerpräsident. Sie brauchen kein Mitgefühl – allemal nicht aus Düsseldorf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ich war in diesem Jahr viel in Südwestfalen und in Ostwestfalen-Lippe unterwegs, habe dort mit Unternehmen und mit Betriebsräten gesprochen.

(Zurufe)

Ich darf Ihnen auch sagen, was die sich von uns, von der Politik, wünschen. Die Unternehmen brauchen Zukunftsinvestitionen. Sie brauchen Glaserfaser, 5G-Netze, eine Infrastruktur für Wasserstofftechnologie und vor allem grünen Strom, den sie aber nicht bekommen, weil diese Regierung vier Jahre lang die Energiewende blockiert hat. Das ist die Wahrheit zu Ihrer Wirtschaftspolitik!

(Beifall von der SPD)

Was Nordrhein-Westfalen durch eine moderne Energie- und Industriepolitik gewinnen könnte, zeigen uns schon heute die Deutschen Edelstahlwerke in Siegen. Meine Fraktion hat dort in der vergangenen Woche eine Stahlkonferenz mit Unternehmen, mit Gewerkschaften, mit Vertretern der EU-Kommission und der Landespolitik durchgeführt. Auf dieser Konferenz wurde deutlich, welche enorme Kraft ein Bündnis aller Beteiligten für Technologieführerschaft, für Klimaschutz und für gute Arbeitsplätze entwickeln könnte.

Dass diese Landesregierung eine solche Konferenz bis heute nicht zustande gebracht hat, zeigt, wie kraftlos diese Koalition mittlerweile ist.

(Beifall von der SPD)

Sie bringen nicht mehr die Tatkraft und den Ehrgeiz auf, den eine Regierung braucht, um die Transformation unserer Wirtschaft zu schaffen. Dabei gibt es doch so viel zu gewinnen.

Die Edelstahlwerke in Siegen sind eines von vielen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die zeigen, dass man Umwelt- und Klimaschutz zu einem lukrativen Geschäft machen kann. Aus Schrott machen sie dort heute hochwertige Edelstähle. Die Produktion ist aber entweder CO₂-intensiv, oder sie ist stromintensiv. Je grüner der Strom, desto grüner auch der Stahl und das Edelmetall.

Bezahlbarer Strom aus erneuerbaren Energien in ausreichenden Mengen an den Standorten unserer Industrie – das wäre eine moderne erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen. Die Technologien und Konzepte dafür gibt es längst. Was noch fehlt, ist eine Regierung, die sich an die Arbeit macht, das endlich auf die Strecke zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Es geht bei einer modernen Industriepolitik bei Weitem nicht nur um Stahl, es geht auch um Chemie, es geht um Maschinenbau, um Automotive und die Grundstoffindustrie. Aber am Beispiel von Stahl lässt sich so vieles gut erklären. Denn Stahl steht am Anfang einer Wertschöpfungskette. Ohne Stahl gibt es keine Elektromobilität, keine Windenergie, keine modernen Maschinen oder Wasserstofftechnik. Aus Stahl wird Fortschritt gemacht.

Trotzdem ist die Stahlproduktion in Nordrhein-Westfalen alles andere als sicher. Ob Nordrhein-West-

falen in zehn Jahren noch Stahlstandort ist? – Die Herausforderungen sind jedenfalls riesengroß.

Das gilt übrigens für unsere gesamte Industrie. Der Bundeskanzler wird nicht müde, zu sagen, die Dekarbonisierung sei das ehrgeizigste Industrieprojekt seit 200 Jahren. Staat und Wirtschaft können das nur gemeinsam schaffen, aber der Staat muss jetzt handeln. In den nächsten zwei, drei Jahren müssen die Weichen gestellt werden. Da entscheidet sich: Ist die Transformation erfolgreich und bringt uns nach vorn, oder scheitern wir mit der Industriepolitik?

Deswegen darf man keinen einzigen Haushalt und kein weiteres Jahr mehr abwarten. Wir brauchen moderne Investitionen in unsere Wirtschaft. Das ist überlebenswichtig für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deswegen werden wir das Klimaschutzprojekt „InnovationCity“ in Bottrop auf ganz Nordrhein-Westfalen ausweiten. Das ist nicht nur eine Klimaschutzoffensive, das ist auch ein Konjunkturprogramm für Handwerk, Handel und produzierendes Gewerbe.

In Bottrop ist es innerhalb von zehn Jahren gelungen, die CO₂-Emissionen um 50 % zu reduzieren. Jeder staatlich investierte Euro hat das Achtfache an Privatinvestitionen ausgelöst. Das hat nicht nur etwas für den Umweltschutz getan, das hat etwas für die Arbeit getan. Klimaschutz, der Arbeit schafft – das ist möglich. Wir werden dem Land zeigen, dass das in ganz Nordrhein-Westfalen geht.

(Beifall von der SPD)

Deswegen werden wir auch einen Stabilitätsfonds für unsere Unternehmen, für mehr Eigenkapital mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro auflegen. So bekommen die Industrie- und Technologieunternehmen in Nordrhein-Westfalen genügend Mittel, um schnell in neue ökologische und digitale Produktionsprozesse investieren zu können. Der Unternehmenswert wird dadurch nicht sinken. Arbeitsplätze bleiben erhalten, neue werden geschaffen. So schafft man moderne Industriepolitik, so schafft man sichere Arbeitsplätze für morgen. So macht man aus Wandel Fortschritt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Industrie- und Technologiepolitik sind wichtig, aber sie sind nicht alles. Die Arbeit von morgen muss auch jemand tun. Wertschöpfung passiert nicht von allein. Unsere Unternehmen leiden unter anderem an Fachkräftemangel, ja, man kann sogar schon sagen, an Arbeitskräftemangel, auch und gerade im ländlichen Raum. Damit sind wir wieder beim Thema „Bildung und Ausbildung“.

Aber es geht auch um die Lebensqualität vor Ort. Es geht darum, junge Menschen in einer Region zu halten, ihnen eine Heimat zu bieten. Eine Region, die

sich für junge Familien engagiert, jungen Familien eine Heimat ist, wird immer auch eine Zukunft haben. Ein familienfreundlicher Ort ist ein lebenswerter Ort.

Für Familienfreundlichkeit und Lebensqualität ist schon sehr viel gewonnen, wenn sich Menschen in ihrem Lebensumfeld sicher fühlen können, wenn Mieten und Baugrund bezahlbar bleiben, wenn Eltern gute Schulen und Kitas finden, die nichts kosten und eine Ganztagsbetreuung bieten, wenn die Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt zumutbar sind.

(Beifall von der SPD)

Deswegen: Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum darf nicht schlechter werden, sie muss besser werden. Das bedeutet für uns: Krankenhäuser dürfen in Nordrhein-Westfalen nicht geschlossen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Die gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendliche ist ohnehin nicht genug. Nordrhein-Westfalen braucht ein Investitionsprogramm für seine Krankenhäuser. Unser Antrag dazu liegt Ihnen vor. Wir werden das auf den Weg bringen.

Das Gleiche gilt für die Bildung und die Kinderbetreuung. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Geburten in Nordrhein-Westfalen deutlich gestiegen. Bis vor fünf Jahren hatten wir in Nordrhein-Westfalen Geburtenzahlen zwischen 140.000 und 150.000 pro Jahr. Seit den Jahren 2016/2017 sind es im Schnitt immer 170.000 Geburten pro Jahr. Jedes Jahr werden heute 20.000 bis 30.000 Kinder mehr geboren. Hätten Sie einen Familienbericht gemacht, wäre Ihnen die Zahl vielleicht aufgefallen.

(Beifall von der SPD)

Das Entscheidende ist: Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, daraus abzuleiten, was das für die Investitionen heißt, die in die Infrastruktur in diesem Bereich – in Kitas, in Bildungsgebäude, in Schulen – zu tätigen sind. Sie nehmen die Entwicklung anscheinend einfach so hin.

Wir sind uns doch einig: Wenn Nordrhein-Westfalen ein Zukunftsland sein soll, dann muss es auch ein Bildungs- und Familienland sein. Dann müssen wir heute in die Infrastruktur – in mehr Kita-Plätze, in mehr OGS-Plätze – investieren. Wenn der Rechtsanspruch da ist, ist es zu spät, zu investieren. In dem Bereich ist der Haushalt völlig ohne Ideen. Da muss deutlich mehr getan werden.

(Beifall von der SPD)

Familien brauchen mehr Zeit, sie brauchen mehr Geld. Uns geht es um die Entlastung ganz normaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Mitte unserer Gesellschaft. Keine Steuersenkung entlastet junge Eltern in der Rushhour ihres Lebens so schnell und so stark wie eine Abschaffung der Kita-Ge-

bühren. Genau das haben wir uns für Nordrhein-Westfalen vorgenommen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin sehr dankbar – und das ist für mich eines der Highlights des Koalitionsvertrags auf Bundesebene –, dass es jetzt endlich eine Kindergrundsicherung geben wird. Millionen von Kindern werden davon profitieren

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Ganz viele Kinder und Eltern bekommen dann endlich die Unterstützung für ihre Leistungen, die sie auch verdienen.

„Nie gab es mehr zu tun“, so lautete der Wahlkampfslogan der Freien Demokraten. Das war ein guter Slogan; denn er stimmt, und für kein Land gilt er mehr als für Nordrhein-Westfalen. Egal, ob bei Bildung, Arbeit, Wohnen, Klimaschutz, dieses Land braucht einen neuen Aufbruch. Die amtierende Regierung wird das nicht mehr schaffen. Sie haben sich mit zu vielen Problemen einfach abgefunden. Sie sind erschöpft, Sie sind ausgelaugt. Ihre Zeit, meine Damen und Herren, ist vorbei. Jetzt ist Zeit für etwas Neues gekommen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben uns nämlich nicht damit abgefunden, dass man von der Postleitzahl die Bildungschancen eines Kindes ablesen kann, dass an unseren Schulen 6.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen und in unseren Kitas 15.000 Erzieherinnen und Erzieher mehr benötigt werden, die nicht da sind, dass junge Familien mit Mietkosten überfordert sind oder dass unser duales Ausbildungssystem zerbricht.

Ich möchte, dass in diesem Land wieder Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht wird. Vor allem möchte ich, dass eine Politik für eine junge Generation gemacht wird, für Alex, Maria und Cem, die auf viel verzichten mussten und jetzt ein Recht auf eine bessere Zukunft haben. Für sie gewinnen wir das Morgen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die CDU spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Lieber Kollege Kutschaty, ich darf Ihnen zunächst zur Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gratulieren. Bei allen politischen Auseinandersetzungen in der Sache ist es für unser Bundesland wichtig, dass die nordrhein-westfälische Sicht auf die Dinge in den Füh-

rungsgremien der demokratischen Parteien vorhanden ist.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Ihre kurze Vorstellungsrede beim SPD-Bundesparteitag haben Sie mit dem Satz garniert:

(Gordan Dudas [SPD]: Ah, ein Zitat!)

„Wir“ – also die SPD Nordrhein-Westfalen – „haben uns vorgenommen, dass die letzten fünf Jahre in Nordrhein-Westfalen nur ein Ausrutscher waren.“ Da kann ich nur Bravo sagen. Die Erkenntnis, dass die SPD ihre Oppositionsarbeit in dieser Legislaturperiode selbst als „Ausrutscher“ bezeichnet,

(Heiterkeit von der CDU)

ist nicht nur neu, sondern überdies auch richtig.

(Beifall von der CDU und Christof Rasche [FDP])

Wir dürfen uns also nach der Landtagswahl im Mai auf eine rundherum erneuerte SPD-Opposition in diesem Hause freuen, eine SPD-Opposition, die sich nicht mehr nur im Schlechreden, Nörgeln, Herummäkeln und Geldausgeben von nicht vorhandenen „Fantastillionen“ erschöpft.

(Zuruf von der SPD: Das machen Sie doch gerade!)

Das wäre – wäre! – eine gute Nachricht für die Menschen in unserem Land, aber, wie Ihre heutige Rede als SPD-Oppositionsführer eindrücklich bewiesen hat, ein Projekt, an dem Sie noch gewaltig arbeiten müssen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie haben in Ihrer Rede, Herr Kutschaty, drei oder vier Sätze zum Thema „Haushalt“ aufgerufen. Der wichtigste davon ist vielleicht der Satz: Die SPD lehnt den Haushalt ab. – Warum, das bleiben Sie uns in diesem Hause schuldig. Die Gründe dafür haben Sie nicht aufgeführt.

(Zurufe von der SPD)

Daher nun in einer Haushaltsdebatte einige Sätze zum Thema „Haushalt“:

Finanzminister Lutz Lienenkämper hat den fünften Haushalt der NRW-Koalition vorgelegt. Es ist wie in den vergangenen Jahren seit 2017 ein Dokument des Fortschritts in Kontinuität, ein Dokument haushaltspolitischer Stabilität und Seriosität auch in schwieriger Zeit.

Von der Tatsache, dass eine Landesregierung mit dem Haushaltsgesetz 2018 den ersten Landeshaushalt ohne Nettoneuverschuldung seit 1973 vorgelegt hat, wurde die Opposition von SPD und Grünen so sehr überrascht, dass sie in der Folge sogar die

verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer allgemeinen Rücklage für den Haushalt 2019 in Zweifel zogen. Vermutlich hatten die drei verfassungswidrigen Haushalte in eigener Regierungsverantwortung von SPD und Grünen die Vorstellungskraft der heutigen Opposition für verfassungsgemäße und schuldenfreie Haushalte nachhaltig getrübt.

(Beifall von der CDU)

Gerade diese fehlende finanz- und haushaltspolitische Seriosität, verbunden mit der unter SPD-Regierungen seit 1970 stetig wachsenden Verschuldung unseres Landes zulasten nachfolgender Generationen, hat erheblich zur Abwahl rot-grüner Politik 2017 beigetragen.

Wenn Bündnis 90/Die Grünen bei jeder sich bietenden Gelegenheit und in nahezu allen Politikfeldern Nachhaltigkeit einfordern, dann vergessen sie allzu leicht, dass die Grundbedingung für die Verwirklichung dieses Anspruchs eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik ist, also eine Politik ohne neue Schulden,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

eine Politik, wie sie dieser Finanzminister und diese Landesregierung mit der NRW-Koalition seit 2017 praktizieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Politik kann etwas bewirken. Landespolitik kann einen spürbaren Unterschied machen. Dies hat Ministerpräsident Hendrik Wüst in seiner Regierungserklärung vorgebracht. Die Landespolitik dieser NRW-Koalition hat in drei Krisenlagen, die ich nennen möchte, einen für die Menschen im Land spürbaren Unterschied gemacht.

Erstens: die Coronakrise. Der Kampf gegen die Coronapandemie funktioniert in Nordrhein-Westfalen offensichtlich besser als in anderen Bundesländern. Um es mit einem Kommentar des WDR zum Coronamanagement der NRW-Koalition zu sagen: „Es läuft strukturell besser, als manche öffentliche Debatte es erscheinen lässt.“

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Nur ein Beleg dafür sind die rund 1,6 Millionen Impfungen alleine in der vergangenen Woche. Jede vierte Impfung in Deutschland wird in NRW vorgenommen. NRW ist Klassenbester beim Thema „Booster-Impfungen“.

Ein anderer Beleg ist eine im Vergleich immer noch moderate Inzidenz, die alleine deshalb bemerkenswert ist, weil sie auch auf unsere großen Ballungsräume zutrifft. Im Metropolgebiet Rhein-Ruhr leben 834 Menschen auf 1 km², in Mitteldeutschland sind es nur 214. Dennoch stehen wir im Verhältnis besser da.

Unsere Krankenhäuser können weiterhin Patientinnen und Patienten aus anderen Bundesländern aufnehmen. Kinder und Jugendliche sind aufgrund des engmaschigsten Testens in den Schulen die vielleicht am besten getestete Personengruppe in Deutschland.

Deshalb hat unser Karl-Josef ... unser Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann ...

(Heiterkeit von der CDU)

– Ich könnte auch „unser Karl-Josef“ sagen. Das geht genauso.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Deshalb hat Karl-Josef Laumann mit seiner westfälisch-zurückhaltenden Analyse recht. Wir können alle froh sein, diese Pandemie in Deutschland zu erleben, und in Nordrhein-Westfalen läuft es besser als im Bundesschnitt. So ist das, Karl-Josef. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, funktioniert die Bekämpfung der Coronapandemie in NRW besser als an anderen Orten der Republik? – Weil diese NRW-Koalition in den vergangenen zwei Jahren weit überwiegend die richtigen Entscheidungen in der Abwägung zwischen individueller Freiheit und Gesundheitsschutz getroffen hat.

Zweitens: die Klimakrise. Diese NRW-Koalition von CDU und FDP bekämpft den Klimawandel offensichtlich besser, als SPD und Grüne es sich ausmalen können. Bis 2030 reduzieren wir die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 mit unserer Politik nicht um 55 %, sondern um 65 %. Bis 2040 sollen es dann 88 % sein – ein neues, ambitioniertes Zwischenziel.

Auch dieser Haushalt 2022 stellt erneut mehr Geld für den Klimaschutz zur Verfügung. Wir haben die unter Rot-Grün bereitgestellten kärglichen Mittel für die Energiewende und den Klimaschutz mehr als vervierzehnfacht.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz stärken wir die Klimawandelvorsorge auf allen Ebenen und setzen Maßstäbe. Wir steigen früher aus der Braunkohle aus, als Rot-Grün es in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen hat. 2038 ist sicher, aber wir verschließen uns keinem früheren Zeitpunkt, wenn dieser Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige, bezahlbare Preise gewährleistet.

Wir liegen in der Spitzengruppe aller Bundesländer beim Ausbau von Onshore-Windenergie. Seit 2017 sind 1,6 GW Windenergieleistung und mehr als 1,5 GW Photovoltaikleistung dazugekommen. Wir konnten die von SPD und Grünen so sehr präfe-

rierten Dieselfahrverbote in allen 14 betroffenen NRW-Städten verhindern, weil unsere Maßnahmen Wirkung zeigen und der NO_x-Ausstoß gesenkt wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum, meine Damen und Herren, schafft es die NRW-Koalition, den Weg zur Klimaneutralität besser und entschiedener zu gehen als viele andere Bundesländer? – Weil die NRW-Koalition in den vergangenen vier Jahren weit überwiegend die richtigen Entscheidungen in der Abwägung zwischen den zumutbaren Belastungen für Einzelne und Unternehmen auf der einen Seite und wirksamem Klimaschutz auf der anderen Seite getroffen hat.

Dritter Punkt: die Sicherheitskrise. Mit der Kölner Silvesternacht und dem ständigen Negieren von Clan-kriminalität und lokalen Parallelgesellschaften hatte uns die rot-grüne Vorgängerregierung eine veritable Sicherheitskrise hinterlassen. Heute ist unser Land so sicher wie niemals zuvor.

Die Zahl der Straftaten sinkt, die Aufklärungsquote steigt. Weil wir jährlich 2.560 neue Beamtinnen und Beamte einstellen, gibt es so viele Polizistinnen und Polizisten wie nie zuvor. Die Gesamtstärke der Polizei in Nordrhein-Westfalen wächst wieder.

Die NRW-Koalition hat der Kriminalitätsbekämpfung mit dem Polizeigesetz das dringend notwendige Update verpasst. Unsere Wertschätzung für die tägliche Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten zeigen wir durch die stetige Verbesserung von Haushaltsansätzen, die in einer aufgabengerechten Ausrüstung münden:

Einsatzhelme, Schutzwesten, Fahrzeuge und Boote, die auch im Einsatz nutzbar sind, Smartphones und Taser sind alles Ergebnisse der Sicherheitspolitik dieser Landesregierung, der Nulltoleranzpolitik gegen kriminelle Clans und der Avantgarde der Kinderschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland durch intensivstes gemeinsames Vorgehen von Polizei und Justiz gegen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum funktioniert die Kriminalitätsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen besser als an anderen Orten der Bundesrepublik? – Weil die NRW-Koalition in den vergangenen vier Jahren die richtigen Entscheidungen bei der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger getroffen hat. Drei Krisen sind drei Beispiele dafür, dass es das Regierungshandeln dieser NRW-Koalition ist – Hand in Hand mit den Fraktionen von CDU und FDP –, was vieles richtig und manches besser gemacht hat.

Genau mit diesem Anspruch haben wir 2017 Regierungsverantwortung übernommen: Schluss machen mit dem rot-grünen Mantra von „daran kann man

nichts ändern“ und „das geht nicht“. Wir wollten die Politik des Verhinderns durch eine Politik ersetzen, die Ermöglichen, Chancen und Perspektiven bietet.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Es macht nun mal für jede Einzelne und jeden Einzelnen in Nordrhein-Westfalen einen spürbaren Unterschied, wer regiert:

Dass die Elternbeiträge für das zweite Kindergartenjahr übernommen wurden, dass es über 80.000 Kinderbetreuungsplätze mehr als 2017 gibt, ist für Familien und Eltern spürbar.

Dass die Inklusion wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wurde, merken die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf und ihre Familien jeden Tag.

Dass das Sportstättenförderprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro aufgelegt wurde, ist für viele Sporttreibende und Vereine deutlich spürbar.

Dass Nordrhein-Westfalen zu einem Vorzeigeland für Start-ups geworden ist, verstehen Gründerinnen und Gründer bei jedem Blick auf unsere umfassende Fördermechanik.

Es ist keine dankbare Aufgabe für die Opposition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wenn sie anhand objektiver Zahlen, Daten und Fakten feststellen muss, dass sie entweder für die beklagten und kritisierten Sachverhalte durch eigenes Handeln oder Nichthandeln zu Regierungszeiten selbst verantwortlich sind oder es um die entscheidenden Bereiche unseres Landes sehr viel besser steht, als man glauben machen will.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ein wenig humorvoller mit den Worten des Erfinders von „Don Camillo und Peppone“, Giovannino Guareschi, ausgedrückt: Ein Kritiker ist eine Henne, die gackert, wenn andere legen.

Es liegt mir fern, die Kritik der Opposition als Gackcker zu bezeichnen, aber um im Bild zu bleiben: Die NRW-Koalition hat gelegt, und zwar die Grundlage, um unser Land in den kommenden Jahren weiter zu verbessern. Dafür fünf Beispiele:

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erstens: Bildungspolitik. Opposition kann es sich in der Bildungspolitik einfach machen und alles versprechen, was sich Interessenverbände so wünschen. So macht es die SPD:

- NRW auf den Spitzenplatz bei den Bildungsausgaben heben – Kosten: 10,75 Milliarden Euro pro Jahr.
- Alle Lehrkräfte nach A13Z besolden – Kosten: 1 Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr.

- Ungleiche Bezahlung von angestellten und verbeamteten Lehrern aufheben – Kosten: 780 Millionen Euro pro Jahr.
- Kostenlosen ÖPNV für alle Schüler – Kosten: 1 Milliarde Euro pro Jahr.

Ich könnte diese Liste endlos verlängern,

(Sarah Philipp [SPD]: Machen Sie mal!)

aber wir sind schon bei einer zusätzlichen Belastung des Landeshaushalts von mehr als 13 Milliarden Euro jährlich angekommen – Phantastilliarden, die es nicht gibt und selbst dann nicht geben könnte, wenn die ungeheuren nicht voraussehbaren und nicht planbaren Finanzbelastungen durch Flut und Corona nicht existieren würden.

Es soll mal einen SPD-Ministerpräsidenten gegeben haben, der den Satz prägte: Ich wünsche mir, dass die politisch Verantwortlichen deutlicher sagen, dass man nicht alles gleichzeitig haben kann – Steuern senken, die Ausgaben erhöhen und die Haushalte sanieren. – Ich halte das, was Johannes Rau sagte, nach wie vor für richtig; offensichtlich sieht seine Partei das heute völlig anders.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Unsere Schulministerin Yvonne Gebauer und die NRW-Koalition versprechen daher seit 2017 lediglich, was sie auch halten können:

Mit vier Maßnahmenpaketen zur Lehrgewinnung sind über 5.500 zusätzliche Anstellungen möglich gemacht worden.

Für das Grundschullehramt werden in dieser Legislaturperiode mehr als 700 neue Studienplätze geschaffen.

Wir bilden jährlich rund 1.500 Lehrkräfte zusätzlich für unsere Grund- und Förderschulen aus.

Im Schuljahr 2020/21 unterrichten an den öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen rund 10.200 hauptamtliche Lehrkräfte mehr als im letzten Schuljahr Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und Lorenz Deutsch [FDP])

Mit der Rückkehr zu G9 an Gymnasien haben wir eine lange Debatte im Sinne der Beteiligten beendet und die vollständige finanzielle Kompensation für kommunale und mit diesem Haushalt auch für Ersatzschulträger sichergestellt.

Es gibt riesige Fortschritte bei der digitalen Ausstattung, zuletzt mit dem rund 2 Milliarden Euro schweren Paket „Digitalstrategie Schule NRW“.

Und heute legen wir einen Rekordbildungsetat mit mehr als 20 Milliarden Euro echtem Geld ohne jede Neuverschuldung vor.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist Politik, die bei den Menschen ankommt, weil sie auf einem nachhaltigen Haushalt basiert und ohne SPD-Phantastilliarden aus dem Dukatenspeicher von Thomas Kutschaty auskommt.

Zweitens: Polizei und Justiz. Es ist eine Binsenweisheit, dass die härteste Strafandrohung nichts nützt, wenn Straftäter das Gefühl haben, dass ihnen sowieso nichts passiert. Das haben wir geändert.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit der Nulltoleranzstrategie weht ein neuer Geist in der Sicherheitspolitik Nordrhein-Westfalens, übrigens sowohl nach außen als auch nach innen. Wir dulden rechtsradikale Querdenker, Antisemiten, Hetzer und Spalter – ob in Wort oder Tat – weder außerhalb noch innerhalb unserer Sicherheitsbehörden.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im Vergleich zur rot-grünen Regierungszeit halbiert worden. Wir dürfen uns über die niedrigste Zahl von Straftaten seit 30 Jahren freuen.

Die Justiz wurde mit fast 3.300 neuen Stellen gestärkt, um Verfahren zu beschleunigen.

(Sarah Philipp [SPD]: Statistikexperte!)

Das wachsende Phänomen der Internetkriminalität haben wir nicht nur auf dem Schirm, sondern bekämpfen es auch wirkungsvoll durch die stetige technische und personelle Aufrüstung der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime.

Strafverschärfungen im StGB zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie wurden von Nordrhein-Westfalen initiiert und sind mittlerweile bundesweit umgesetzt worden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Mit der Opferschutzplattform und einer Opferschutzbeauftragten haben wir die Sichtweise weg von der Täterperspektive hin zur Opferperspektive gedreht.

Wir belegen die Ernsthaftigkeit, mit der wir dieses Thema angehen, auch heute mit den Fraktionsanträgen, die den Opfern des Bottroper Apothekerskandals eine Entschädigung zusprechen, sowie mit der Anfinanzierung des nordrhein-westfälischen Opferschutzfonds.

Diese Entscheidung nennt der haushaltspolitische Sprecher der SPD – jetzt kommt das Zitat, das Sie gerne haben wollen –: „mit der Gießkanne durchs Land ziehen und Geschenke verteilen“. – Lieber Herr Zimkeit, das halte ich für eine boshafte Kritik, die jeglicher Grundlage entbehrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz haben wir den Kampf gegen den Missbrauch und die sexu-

alisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auf eine völlig neue Stufe gehoben.

Wir hatten damit übrigens bereits begonnen, bevor die unfassbar scheußlichen Gräueltaten und Missbrauchstaten von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster bekannt wurden. Sie waren aber der Anlass, die Bemühungen noch einmal zu verstärken.

Um die Ermittler zu entlasten, setzen wir auf Unterstützung durch künstliche Intelligenz, auf neue Software, auf ein virtuelles Großraumbüro und natürlich auch mehr Personal. Auch dieser Aufwuchs wird von der SPD kritisiert.

Um die Strukturen zu verändern und die Möglichkeit der Wiederholung zu minimieren, werden wir noch in dieser Legislaturperiode ein Kinderschutzgesetz verabschieden, das mit echtem Geld für die Akteure hinterlegt ist.

(Beifall von der CDU)

Wir sind sicher, dass diese Politik der NRW-Koalition bei den Menschen ankommt: handeln und nicht reden, konkrete Maßnahmen und keine Luftschlösser.

Drittens: Wirtschaft. Unternehmen, Handwerksbetriebe und Handel schaffen Arbeitsplätze; Arbeitsplätze schaffen Sicherheit für Familien. Durch Bürokratieabbau und bisher acht Entfesselungspakete sowie beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren schafft diese NRW-Koalition gute Rahmenbedingungen, in denen sich die Unternehmen entwickeln und am Markt auch international bestehen können. Ich bin Professor Pinkwart dankbar, dass er immer die Zukunft im Blick und den Wandel der Arbeitswelt im Auge hat.

Auch da unterscheiden wir uns in der Strategie von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Sie wollen den Unternehmen, wie eben gesagt, zukunftssichere Arbeitsplätze vorschreiben. Wir wollen sie ermöglichen. Von der richtigen Entscheidung in dieser Frage hängen im Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen Hunderttausende von Arbeitsplätzen ab. Das komplette Versagen und Verschlafen bei einem Strukturwandel, der hinter uns liegt, und zwar unter einer SPD-geführten Landesregierung, macht Sie im Übrigen nicht zum besten Berater in diesen Fragen.

Wir haben die Wirtschaftsförderung mit 2,7 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Förderprogramme für Elektromobilität unter SPD- und Grünen-Regierung: Fehlanzeige. Null Euro! Jetzt haben wir fast 10.000 öffentlich zugängliche und 64.000 private und betriebliche Ladestationen, maßgeblich vom Land gefördert. Das ist sicher einer der Gründe, warum Ford seine Investitionsentscheidung für ein neues Elektromobilitätswerk am Standort Köln getroffen hat.

Beispiel Wasserstoff: Mit den in Summe 1,7 Milliarden angemeldeten Fördermitteln wird der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in NRW forciert. So sichert

diese NRW-Koalition die Transformation unserer Industrie. Die Landesregierung hat zehn herausragende Wasserstoffprojekte nach Nordrhein-Westfalen geholt. Das löst Investitionen von mehr als 7 Milliarden Euro in unserem Land aus. „Ermöglichen“ heißt das Zauberwort. Mit Ihren Vorschriften werden Sie nichts erreichen.

Wir haben Nordrhein-Westfalen zum Gründerland Nummer eins gemacht. Seit 2018 fördern wir Gründerinnen und Gründer monatlich mit 1.000 Euro ein Jahr lang. Das hat bereits 2.400 Mal sehr, sehr gut funktioniert.

2016 – weil Sie die Glasfaserinfrastruktur kritisiert haben –, also in Ihrer Regierungszeit, förderte das Land noch Kupferkabel. Der Status quo der Versorgung von Schulen und Gewerbegebieten mit schnellem Internet war Ihnen in der Regierung noch nicht einmal bekannt. Wir haben umgesteuert und setzen konsequent auf Gigabit und Glasfaser. 70 % der 5.400 nordrhein-westfälischen Schulen sind bereits mit dem gigabitfähigen Internet erschlossen. 70 % aller Haushalte sind heute an gigabitschnelles Internet angeschlossen. Die Wirtschaftspolitik dieser NRW-Koalition wirkt. Wir sichern bestehende Arbeitsplätze und schaffen die Arbeitsplätze der Zukunft.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Viertens: unsere Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Kreisen. Keine bisherige Landesregierung war kommunalfreundlicher.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von Jochen Ott [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Damit habe ich gar nicht gerechnet, Herr Ganzke, dass sich die SPD-Opposition gerade

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

an dieser Stelle so sehr über diesen Haushalt freut. Aber gerne.

(Sarah Philipp [SPD]: Wie begeistert die von Ihnen sind! – Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Keine Landesregierung war kommunalfreundlicher als diese Regierung aus CDU und FDP.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Diese NRW-Koalition und Ministerin Ina Scharrenbach stehen gerade in schwieriger Zeit fest an der Seite der Städte, Gemeinden und Kreise. Wir fördern, wir helfen, wir entlasten, wir gestalten Heimat im Wandel.

(Sarah Philipp [SPD]: Das haben wir ja gerade gehört!)

Seit 2017 haben unsere Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz 64 Milliarden Euro erhalten, seit dem Jahr 2020 eine jährliche Entlastung um 950 Millionen durch Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage für den Fonds Deutsche Einheit und die Einheitslasten des Landes. Wir zahlen wieder echte 23 % unseres Anteils an der Gemeinschaftsteuer.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

1 Milliarde Entlastung pro Jahr durch die Reform der Kosten für die Unterkunft, 1,36 Milliarden Euro Landesanteil zur Unterstützung der Kommunen für Ausfälle der Gewerbesteuer in der Pandemie – das ist handfest, das ist konkret, und genau das hilft, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Was dagegen nicht hilft, ist die Ankündigungs- und Symbolpolitik der SPD. Der Oppositionssatz des SPD-Finanzministers Olaf Scholz:

(Sarah Philipp [SPD]: Seit wann ist ein Finanzminister in der Opposition? Das müssen Sie mal erklären!)

„Ich habe mir unbedingt vorgenommen, die höchstverschuldeten Kommunen einmal zu entlasten, dass wir eine neue Stunde null bekommen“, ist im neuen Koalitionsvertrag der Ampel zu einem nichtssagenden Sätzchen

(Sarah Philipp [SPD]: Was haben Sie denn gemacht? – André Stinka [SPD]: Nichts dazu beigetragen! Unglaublich!)

des Bundeskanzlers Olaf Scholz degeneriert: „Im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wollen wir den Kommunen bei der Lösung der Altschuldenproblematik helfen.“

Diese NRW-Koalition steht bereit, sich angemessen an einer bundesweiten Lösung der Altschuldenproblematik zu beteiligen.

(Sarah Philipp [SPD]: Wann denn endlich? – André Stinka [SPD]: Monate verschleppt!)

Das hat Ministerpräsident Wüst klipp und klar deutlich gemacht. Die Ampel hat gesagt, was sie tun will. Jetzt wird es Zeit, dass sie tut, was sie gesagt hat, und dann werden wir gemeinsam diese Probleme auch lösen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Fünftens: Gesundheit. Sie konnten es auch heute wieder nicht lassen, Herr Kutschaty. Sie behaupten, die NRW-Koalition wolle Krankenhäuser schließen und spare das Gesundheitssystem kaputt. So weit die Schauermärchen der SPD.

Jetzt die auch durch diesen Haushalt belegbaren Fakten: Von 2012 bis 2017 erhielten die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen etwa 3,15 Milliarden Euro Investitionsförderung. Rot-Grün hat die Finanzierung der Krankenhäuser in ihrer Regierungszeit nicht erhöht geschweige denn den Bedarfen angepasst. Die NRW-Koalition hat die Krankenhausförderung seit 2017 kontinuierlich Jahr für Jahr erhöht. Mit diesem Haushalt werden es von 2017 an rund 5,2 Milliarden Euro sein, die wir an die Krankenhäuser gezahlt haben, gut 2 Milliarden Euro mehr. Das ist das Gegenteil von – angeblich – „kaputt gespart“. Das sind Investitionen in die Zukunft, von denen Patientinnen und Patienten profitieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber es wird noch besser: In der Regierungszeit von SPD und Grünen wurden zwischen 2010 und 2017 insgesamt 60 Krankenhäuser geschlossen. Die rot-grüne Landesregierung hat noch im Jahr 2017 bei Anträgen für den Krankenhausstrukturfonds die Schließung von sechs Geburtshilfestationen befürwortet.

(Sarah Philipp [SPD]: Geschichtsstunde mit Bodo Löttgen!)

Hinzu kamen Anträge, die eine Förderung für die komplette Schließung von neun weiteren Krankenhäusern zum Inhalt hatten. – Meine Damen und Herren, von Ihnen lassen wir uns nicht vorwerfen, wir würden die Krankenhauslandschaft kaputt machen und Krankenhäuser schließen!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Zu Ihrer Larmoyanz beim Thema „Ärztemangel“: Wir haben gegen den Ärztemangel besonders in ländlichen Gebieten endlich etwas unternommen. Das war 100 % mehr als das, was Sie in Ihrer Regierungszeit getan haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die NRW-Koalition vergibt mit der Landarztquote 175 Studienplätze im Jahr, und wir bauen eine zusätzliche medizinische Fakultät in Bielefeld mit rund 300 neuen Medizinstudienplätzen auf.

(Sarah Philipp [SPD]: Deswegen beschimpft Herr Laumann die ja auch immer!)

Die unanständige Angstkampagne der SPD

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

scheitert schon an Zahlen, Daten und Fakten. Der Brandstifter, der selbst 60 Krankenhäuser geschlossen hat, ruft jetzt nach der Feuerwehr, und das ist unanständig.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von der CDU: Unanständig!)

Die Gesundheitsvorsorge und der Kampf gegen Corona sind bei Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann in den besten Händen, die es geben kann, und darum bin ich froh.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ganz gleich, ob wir Rekordsummen aufwenden, die eine gute Zukunft durch Bildung ermöglichen, ob erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung zu mehr Sicherheit und damit zu verbesserter Lebensqualität führt, ob es gut läuft zwischen den Kommunen und der Landesregierung und der NRW-Koalition, ob die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen dank guter Bedingungen die Transformation zur Klimaneutralität meistert und damit Arbeitsplätze sichert und ob unser Gesundheitswesen nachhaltig verbessert und gestärkt wird – was gut ist, wird von SPD und Grünen schlechtgemacht. Die NRW-Koalition allerdings macht das, was schlecht war, wieder gut. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Im Übrigen, Herr Kutschaty: Das, was ich gerade vorgetragen habe, hilft Alex, Maria und Cem nachhaltig und mehr als die warmen Worte, die Sie heute Morgen hier vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gibt inzwischen nur noch eine einzige Antwort der SPD auf alle Fragen dieser Politik, die Gültigkeit zu besitzen scheint, und die lautet: mehr Geld.

(Sarah Philipp [SPD]: Regieren!)

Irgendwas mit Schule: mehr Geld. Krankenhäuser: mehr Geld. Kommunen: mehr Geld. Wohnungen: mehr Geld. Klimaschutz: mehr Geld. Zu wenig Geld da? Die SPD macht Schulden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der SPD, auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.

(André Stinka [SPD]: Auf kaputten Brücken auch nicht!)

Das Geld, das Sie ausgeben wollen, ist schlicht und einfach nicht vorhanden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und das, was da ist, das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes, ist nicht da, um darauf zu warten, von Ihnen als Verschuldung ausgegeben zu werden.

Die finanzpolitische Achtung, die finanzpolitische Seriosität der SPD-Opposition in diesem Hause wird in einem vorliegenden Haushaltsänderungsantrag deutlich. Da fordert sie:

Zur Beseitigung des Investitionsstaus in Nordrhein-Westfalen, insbesondere bei den Kommunen, muss

ein Investitionsprogramm im Umfang von 5 Milliarden Euro aufgelegt werden. Die Rückzahlung erfolgt über 50 Jahre. Tilgungsausgaben an die NRW.BANK, Anbringung eines Baransatzes jährlich von 50 Millionen Euro.

Jetzt, meine Damen und Herren, bitte einmal mitrechnen: 50 Jahre mal 50 Millionen Euro ergibt nach SPD-Rechnung 5 Milliarden Euro. Was die SPD mit den 2,5 Milliarden Euro macht, die sie gar nicht berücksichtigt, das hat sie uns in diesem Antrag verheimlicht.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das ist aber schlecht!)

Irren ist menschlich, aber immer irren ist sozialdemokratisch, hat ein bekannter Bayer gesagt. Er hatte recht. Und das trifft auf diesen Haushaltsantrag nun einmal zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zudem muss ich Sie noch einmal an die Kritik ...

(Zurufe von der SPD und Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe – Glocke)

– Sie sind immer noch der Meinung, dass 50 mal 50 Millionen 5 Milliarden sind? – Aber, es ist okay.

(Sarah Philipp [SPD]: Machen Sie doch einfach weiter! Einfach weitermachen, dann ist es auch gleich vorbei!)

– Ich kann verstehen, dass Sie, wenn Sie bei einer solchen haushaltspolitischen Niederlage erwischt werden, unruhig werden. Aber tragen Sie bitte nicht vor, dass es uns an Seriosität mangelt, während Sie solche Haushaltsanträge hier auf den Tisch legen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Ei, ei, ei!)

Im Übrigen setzt sich das fort, wenn ich noch einmal an die Kritik am Rettungsschirm in der Pressekonferenz am 6. September erinnere. Da fielen Worte wie „Nebenkasse des Finanzministers“, „finanzpolitischer Taschenspielertrick“, man wolle sich bedienen, um Haushaltslöcher zu stopfen. – Auch wenn es wahrscheinlich nichts nutzt, ist es gelegentlich angebracht, die SPD an ihre eigenen Anträge zu erinnern.

Bei der Errichtung des Rettungsschirms am 24. März 2020 brachten Sie einen Änderungsantrag ein: Kompensationen für Steuermindereinnahmen gelten nur bis einschließlich 2024 als direkte oder indirekte Folgen. – Das, was Sie heute kritisieren, haben Sie bis 2024 selbst unterschrieben, liebe SPD.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber wir haben es gelernt, mit dieser Doppelmoral umzugehen. Und es ist genau diese Doppelmoral, die zeigt,

(Sarah Philipp [SPD]: Ach ja!)

dass unter dem roten SPD-Mäntelchen der angeblichen Partei der Gestaltung des Fortschritts unverändert die alte, aus der Zeit gefallene Doktrin eines zentralistischen, bevormundenden und schuldenfinanzierten Staates auf ihre Auferstehung wartet. Das kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh! – Jochen Ott [SPD]: Oh Gott, oh Gott!)

Dennoch

(Jochen Ott [SPD]: Mensch, hat die Rede Espirit!)

eine letzte Gemeinsamkeit und ein letzter Unterschied zum Schluss:

(Sarah Philipp [SPD]: Schluss ist gut!)

In Ihrer Vorstellungsrede beim SPD-Parteitag – ich komme noch einmal darauf zurück – sagten Sie, Herr Kutschaty: Die Tatsache, dass Sie gegen alle Wahrscheinlichkeiten für ein Kind des Ruhrgebietes als stellvertretender Parteivorsitzender kandidieren können, hätten Sie Ihren Eltern und einer sozialdemokratischen Bildungspolitik zu verdanken.

Das Erste teile ich, weil es eine Gemeinsamkeit ist. Denn auch die Tatsache, dass jemand aus dem damals sehr ländlich geprägten und ärmlichen Oberbergischen Südkreis als Sohn eines einfachen Handwerkers sich hier und heute als Fraktionsvorsitzender mit Ihnen auseinandersetzen darf, war gegen alle Wahrscheinlichkeiten. Ich habe dies ebenso wie Sie ganz gewiss der Förderung durch meine engagierten und geduldigen Eltern zu verdanken.

Aber im Gegensatz zu Ihnen habe ich diesen Weg nicht aufgrund sozialdemokratischer Bildungspolitik geschafft,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

sondern trotz sozialdemokratischer Bildungspolitik der 70er-Jahre,

(Beifall von der CDU und der FDP)

die alle über einen Kamm scheren wollte, die „individuelle Bildungschancen“ als gegen diese Politik gerichteten Kampfbegriff empfand, die mich mehr behindert als gefördert hat .

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Absolut ahnungslos! – Zurufe von der SPD)

Und das unterscheidet uns, und zwar grundsätzlich.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich bin dankbar, Mitglied einer Partei zu sein, die aus der jedem Menschen zukommenden unantastbaren individuellen Würde

(Sarah Philipp [SPD]: Es wäre ja schön, wenn das so wäre! – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

das Erfordernis ableitet, die Unterschiedlichkeit der Menschen nicht nur zu akzeptieren, sondern den Menschen so weit als möglich in seinen Stärken zu fördern, und die genau deswegen an einem differenzierten und durchlässigen Schulsystem, in dem jede und jeder seinen eigenen persönlichen Weg gehen kann, festhält. Landespolitik macht eben einen für die Menschen spürbaren Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Helmut Seifen [AfD]: Das haben Sie von mir! – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

– Ich bin sehr froh, Herr Seifen, dass Sie nicht mehr an der Schule sind. Aber das ist ein anderes Thema.

(Beifall von der CDU – Helmut Seifen [AfD]: Sie haben doch gar keine Ahnung!)

Die NRW-Koalition hat unser Land auch in schwierigsten Krisenzeiten sicher und stabil aufgestellt. Auf dieser Grundlage aufbauend haben wir individuelle Chancen und Perspektiven für Einzelne, für Gruppen und Vereine, für Betriebe und Unternehmen eröffnet. Wir unterscheiden uns von SPD und Grünen, weil wir auf Ermöglichen statt Verhindern setzen. Wir unterscheiden uns grundsätzlich von SPD und Grünen, weil uns das Erreichte

(Sarah Philipp [SPD]: Aber nicht für alle!)

wichtiger ist als das Erzählte, weil die Erfolge unserer Politik für die Menschen spürbar und nachvollziehbar sind. Diese NRW-Koalition aus CDU und FDP macht den Unterschied, und wir haben vor, weiter diesen Unterschied zu machen.

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Haushalt 2022 gerne zu. Wir verbinden diese Zustimmung mit einem herzlichen Dank an den Minister der Finanzen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Entwurf des Haushalts 2022 war eine sehr gute Grundlage, die wir mit den vorliegenden Anträgen von CDU und FDP nur noch ein wenig verbessern konnten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Legislaturperiode – ich glaube, heute ist auch ein guter Tag, auf die letzte Legislaturperiode zurückzublicken – war von Krisen geprägt, von der Klimakrise und von der Coronapandemie. In den vergangenen Jahren hat sich eines

ganz deutlich gezeigt: Das Krisenmanagement dieser Landesregierung war und ist leider erbärmlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Krisenmanagement in der Coronapandemie ist nach wie vor geprägt von einem Schlingerkurs und von Kommunikationschaos. Der Erlass von diesem Montag zeigt das überdeutlich. Die Ankündigung, dass sich jeder vier Wochen nach der Zweitimpfung boostern lassen kann, ist nicht nur medizinisch unsinnig, sondern sie führt auch zu vielen Fragen, zu Unsicherheiten und Unklarheiten bei den Menschen, die sich gerne impfen lassen wollen.

So ein Kommunikationschaos ist aus meiner Sicht absolut verheerend in einer Pandemie. Man fragt sich wirklich, wie so etwas mehr als 20 Monate nach Beginn der Pandemie noch passieren kann –

(Beifall von den GRÜNEN)

20 Monate, in denen wir erlebt haben, dass sich die FDP allzu oft mit ihrem Realitätsverlust als gefährlicher Bremsklotz für wirksame Schutzmaßnahmen erwiesen hat.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wenn man noch einmal an den Beginn dieses Jahres zurückerinnert, dann muss man klar feststellen: Das Hin und Her zu Beginn des Jahres verdanken wir der FDP, als in die dritte Welle hinein geöffnet wurde, um nur wenige Wochen danach alles wieder dichtmachen zu müssen.

Ministerpräsident Armin Laschet hat es allzu oft nicht geschafft, sich gegen den kleineren Koalitionspartner durchzusetzen. Er konnte es nicht, vielleicht wollte er es auch nicht. Von seiner verantwortungsvollen Normalität, die er ja mehrfach angekündigt hat, sind wir nach wie vor meilenweit entfernt.

Sie, Herr Wüst, stellen sich auf Bundesebene als Mitglied des Teams Vorsicht dar. In Nordrhein-Westfalen nutzen Sie aber Ihre Spielräume nicht. Das ist absurd, das ist widersprüchlich, und das wird Ihrer Verantwortung als Ministerpräsident nicht gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN und Sven Wolf [SPD])

Im Coronarettungsschirm bildet sich das chaotische Krisenmanagement quasi spiegelbildlich ab. Ja, natürlich muss es einen Rettungsschirm geben; natürlich müssen vor allem zu Beginn der Pandemie flexibel und schnell Gelder, unter anderem für die Krankenhäuser, zur Verfügung gestellt werden – völlig einverstanden. Der Rettungsschirm hat sich aber immer mehr zu einem Selbstbedienungsladen der Ministerien entwickelt. Wenn Herr Löttgen jetzt noch hier wäre, müsste er zugeben, dass das das Gegenteil von seriöser Haushaltspolitik ist.

(Beifall von den GRÜNEN, Hannelore Kraft [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Herr Reul, ich erinnere mich gut an eine Innenausschusssitzung – ich meine, wir diskutierten über die Software Palantir –, in der Sie auf den Punkt gebracht und zugegeben haben, dass sich eigentlich alle Ministerien aus diesem Rettungsschirm bedienen würden. Was für ein Offenbarungseid, dass Sie uns bis heute nicht schlüssig erklären können, was der Backup-Server oder die neuen Handys für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten mit Corona zu tun haben. 50 Millionen Euro für IT in der Polizei: Das freut mich als Innenpolitikerin persönlich sehr für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Man muss aber ganz klar sagen: Das ist ein Mitnahmeeffekt, und für solche Mitnahmeeffekte war der Rettungsschirm definitiv nicht gedacht.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Man muss auch klar sagen: An anderer Stelle hingegen zeigte sich die Regierung geiziger. Solo-Selbstständige, die coronabedingt tatsächlich vor dem Ruin standen, bekamen, anders als beispielsweise in Baden-Württemberg, kein wirksames Landesprogramm. Bis heute gibt es auch kein schlüssiges, nachhaltiges Landesinvestitionsprogramm als Konjunkturimpuls, wie es andere Länder mit ihren Coronahilfen umgesetzt haben. Bis heute bekommen die Kommunen ihre Mindereinnahmen durch den Steuerverbund nur kreditiert und werden so weiter in die Schuldenspirale gedrängt. Die Bewirtschaftung dieses Coronarettungsschirms steht absolut sinnbildlich für die Planlosigkeit der Regierung in der Coronakrise.

Wir als grüne Fraktion haben dem im Haushaltsverfahren ein Investitionspaket entgegengestellt. Wir werden es heute noch einmal zur Abstimmung stellen, weil wir ganz klar sagen: Wir müssen jetzt Konjunkturimpulse setzen. Wir müssen nachhaltige Investitionen fördern. Das ist die Strategie heraus aus den Krisen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in dieser Zeit wäre es so wichtig, als Staat in die Zukunft zu investieren. Sie nutzen Ihre finanziellen Spielräume aber nicht, um genau das jetzt zu machen. Dabei hatte Armin Laschet damals im Wahlkampf große Versprechungen gemacht: Ein Drittel der Steuermehreinnahmen sollte für Investitionen genutzt werden. Von diesem vollmundigen Versprechen ist allerdings nicht viel übrig geblieben. Im kommenden Jahr – um jetzt noch einmal einen Blick auf die Zahlen zu werfen – wird Nordrhein-Westfalen laut aktueller Steuerschätzung trotz der Auswirkungen der Coronakrise 15 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen haben, als im letzten rot-grünen Haushalt 2017 vorgesehen waren – 15 Milliarden Euro. Laut des Versprechens von Armin Laschet – ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Investitionen – müsste die jetzige Landesregierung 5 Milliarden Euro mehr für

Investitionen ausgeben als die damalige im Jahr 2017. Aber was machen Sie? – Sie planen nicht einmal 3 Milliarden Euro mehr für Investitionen ein. Das ist einfach viel zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Gebhard [SPD])

Die Investitionsquote soll 2022 von 10,4 auf gerade einmal 11 % steigen, um dann, wenn das Wahljahr vorbei ist, in der Finanzplanung wieder unter das Niveau von 2021 zu sinken.

Man muss eines ganz klar sagen: Die negativen Auswirkungen dieser fehlgeleiteten Politik auf Wirtschaft und Gesellschaft sind immens. Wir haben jetzt schon einen riesigen Investitionsstau. Der DGB hat es ausrechnen lassen: Der Investitionsstau bei Land und Kommunen liegt bei rund 27 Milliarden Euro. Wir als Opposition könnten jetzt hingehen und sagen: Ja, da hat Herr Laschet ein Versprechen gegeben. Versprochen gebrochen; wir setzen jetzt einen Haken dahinter.

Aber so einfach ist es nicht, denn das schwarz-gelbe Versäumnis, jetzt nicht zu investieren, lastet schwer auf den zukünftigen Generationen. Das sind Investitionen in Radwege und in die Sanierung von Straßen, in Hochschulen, in Studierendenwohnheime, in Klimaschutz und in Klimafolgenanpassung. Wenn diese Investitionen jetzt nicht getätigt werden, sind das angesichts sprudelnder Steuermehreinnahmen verpasste Chancen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn der Putz in den Hörsälen unseres Landes von den Decken rieselt und die Schulen tief in der Kreidezeit stecken, dann hat das ziemlich wenig mit vorausschauender und generationengerechter Haushaltspolitik zu tun. Ihnen geht es ja noch nicht einmal mehr um die Erhaltung des Status quo.

(Zuruf von Claudia Schlottmann [CDU])

Sie leben von der Substanz und gefährden damit den Wohlstand unseres Landes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine zentrale Aufgabe müssen die Investitionen in mehr Klimaschutz sein. Im Sommer dieses Jahres haben wir direkt vor unserer Haustür erleben müssen, dass Sie die falsche Frage stellen. Sie darf nicht lauten: Wie teuer ist der Klimaschutz? Nein, die Frage heißt doch: Wie teuer ist kein Klimaschutz?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Im Sommer dieses Jahres haben wir die Auswirkungen der Klimakrise direkt vor unserer Haustür erleben müssen. Keinen Klimaschutz können wir uns nicht leisten – das ist die schreckliche Erkenntnis aus der Hochwasserkatastrophe.

Ich bin drei Tage nach dem Hochwasser nach Hagen gefahren. Da waren die Straßen noch graubraun vom Schlamm des Hochwassers. Am Straßenrand türmten sich die Sperrmüllberge, und es sind nicht nur Tische und Stühle und zum Teil die gesamten Inneneinrichtungen mancher Wohnungen, sondern auch private Erinnerungsstücke, Fotos, Kuscheltiere dem Hochwasser zum Opfer gefallen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass ich einen Blick in das Haus des Kinderschutzbundes in Hagen geworfen habe, in dem, kurz vor Schulanfang, unzählige Tornister in Schlamm schwammen. Am schlimmsten aber ist es, dass im Jahr 2021 so viele Menschen bei einem Hochwasser sterben mussten. Warum die Landesbehörden die Unwetterwarnungen nicht bewertet haben,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

warum die Kommunen damit alleine gelassen wurden, das wird der Parlamentarische Untersuchungsausschuss klären. Ich bin der Auffassung, dass wir eine Verantwortung gegenüber den Menschen dafür haben, dass diese Fragen jetzt parlamentarisch aufgearbeitet werden.

Neben den vielen offenen Fragen steht für die betroffenen Menschen natürlich der Wiederaufbau an erster Stelle. Auch vier Monate nach dem Hochwasser sind die Schäden an den Privathäusern, an der öffentlichen Infrastruktur und bei den Unternehmen immens. Die Bilanz von Ministerin Scharrenbach von Mitte November zeigt, dass der Wiederaufbau schleppend läuft – zu schleppend. Menschen, die alles verloren haben, brauchen jetzt Antworten darauf, wie es mit ihren zerstörten Häusern, mit ihren zerstörten Unternehmen weitergeht. Das lange Warten auf die Bearbeitung der Anträge zur Wiederaufbauhilfe ist für viele einfach unerträglich.

Ja, es ist gut, dass die Landesregierung in den Ministerien und bei den Bezirksregierungen neue Stellen zur Bearbeitung der Anträge eingerichtet hat. Man fragt sich allerdings, warum sie erst drei Monate nach dem Hochwasser darauf gekommen ist. Erst drei Monate später kommen Sie auf die Idee, neue Stellen einzurichten. Aus meiner Sicht ist das viel zu spät. Sie haben den Menschen ein Versprechen gegeben. Sie haben gesagt, dass die betroffenen Privatleute, die Kommunen, die Unternehmen schnelle und unbürokratische Hilfen bekommen würden. Dieses Versprechen muss jetzt auch eingelöst werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden in Zukunft häufiger solche Extremwetterereignisse erleben. Deshalb wird es eine der großen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode sein, den Katastrophenschutz noch besser aufzustellen. Wir brauchen Vorsorge vor Ort mit Katastrophenschutzbedarfsplänen. Wir brauchen klare Zuständigkeiten und Landeskompetenzen im Katastrophenfall, damit sich die Landesregierung nie wieder so aus der

Verantwortung zieht, wie sie es im Juli dieses Jahres getan hat.

Wir Grüne haben Ihnen angeboten, gemeinsam an einem Konzept zur Stärkung des Katastrophenschutzes zu arbeiten. Leider wurde dieses Angebot vonseiten des Innenministers ausgeschlagen.

Wir Grüne haben sehr konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie der Katastrophenschutz gestärkt werden kann, weil wir unsere Verantwortung als konstruktive Opposition sehr ernst nehmen. Ich will hier und heute unser Angebot noch mal erneuern, gemeinsam an diesem wichtigen Thema zu arbeiten.

Warum sage ich dies in einer Haushaltsdebatte? – Ich sage es deshalb, weil die Stärkung des Katastrophenschutzes – zum Beispiel durch ein eigenes Landesamt für Katastrophenschutz – Kosten für den Landeshaushalt nach sich ziehen wird; dies werden nicht wenige Kosten sein.

Ich bin aber der Überzeugung, dass dies gut investiertes Geld ist, wenn wir damit Menschenleben in einer Katastrophe retten können. Wir sollten an diesen Konzepten gemeinsam arbeiten und dieses Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden in Zukunft nicht jede Katastrophe verhindern können, aber Vorsorge muss natürlich unser Leitprinzip sein. Hitze und Dürren, Starkregenereignisse und Hochwasser sind angesichts der Klimakrise die Herausforderungen für unsere Städte.

Bei meinem Besuch vor Kurzem in Erftstadt sind wir auch nach Blessem gefahren. Ich stand an der Stelle, an der früher die Häuser standen, die vom Wasser weggerissen wurden. Dieser bedrückende Ort zeigt, wie zerstörerisch die Kraft des Wassers ist.

Wasser braucht Fläche, um sich ausbreiten und versickern zu können. Doch Sie von der CDU und FDP haben ausgerechnet dem Flächenfraß Tür und Tor geöffnet. Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans haben Sie den Fünfhektargrundsatz gestrichen. Mit der Änderung des Landeswassergesetzes haben Sie den Hochwasserschutz empfindlich geschwächt. Diese Änderungen müssen so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden. Wir jedenfalls setzen dies ab Mai 2022 auf unserer Agenda ganz nach oben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Schutz vor den Auswirkungen von Starkregenereignissen ist nur ein Baustein der Klimafolgenanpassung vor Ort in den Städten. Unsere Städte müssen auch gegenüber Hitze oder Stürmen als Folgen des Klimawandels widerstandsfähiger werden. Damit können aber die finanzschwachen Städte – zum Beispiel im Ruhrgebiet, aber auch anderswo – nicht alleine gelassen werden. Sie stehen ohnehin schon mit einer desolaten Haushaltssituation da. Hinzu

kommen noch die Steuermindereinnahmen durch Corona.

Klimafolgenanpassung darf aber kein Nice-to-have sein, sondern ist ein zwingender Teil der Daseinsvorsorge. Dem trägt dieser schwarz-gelbe Landeshaushalt leider keinerlei Rechnung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie rühmen sich immer für das Klimaanpassungsgesetz. Die Auskopplung des Klimaanpassungsgesetzes aus dem rot-grünen Klimaschutzgesetz ist aber reiner Etikettenschwindel.

Sorgen Sie dafür, dass die Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden, damit Vorsorge zum Leitprinzip wird. Die wenigen Millionen, die Sie aus dem Coronarettungsschirm für Klimaanpassung bereitgestellt haben, waren in kürzester Zeit überzeichnet. Dies zeigt doch, dass die Kommunen händeringend nach Mitteln für die Umsetzung ihrer Projekte suchen.

Die Landesregierung hat nach der Hochwasserkatastrophe versprochen, die Kommunen bei der Klimaanpassung deutlich stärker zu unterstützen. Im Haushalt selbst sehen wir aber keinerlei Erhöhung in diesem Bereich. Trotz des verheerenden Hochwassers im Juli diesen Jahres kommen nur Peanuts aus dem Rettungsschirm. Damit brechen Sie beim Thema „Klimaanpassung“ Ihr Versprechen an die Kommunen. Dies ist schlecht für uns alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klimafolgenanpassung ist wichtig. NRW muss aber natürlich auch der Verantwortung für den Klimaschutz nachkommen. Altena, Hagen, Ertstadt, Euskirchen und viele weitere Orte sowie ihre Bewohnerinnen und Bewohner haben im Juli dieses Jahres erlebt, was die Klimakrise konkret bedeutet.

Dabei sprechen wir von einer Erderwärmung von etwa 1,2°C. Die Erderwärmung – auch das wissen wir – wird weiter zunehmen. Es liegt in unser aller Verantwortung, sie auf 1,5°C zu begrenzen.

An vielen Stellen, an einer aber ganz explizit, muss ich Armin Laschet wirklich widersprechen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Ich dachte, recht geben!)

Spätestens das Hochwasser im Juli war ein solcher Tag, der alles in der Politik verändern sollte. Der 29. April hätte aber bereits für diese Landesregierung ein Weckruf sein müssen. Am 29. April haben nämlich die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts einen historischen Beschluss gefasst: Konsequenter Klimaschutz schützt die Freiheit der zukünftigen Generationen.

(Beifall von den GRÜNEN und Marina Dobbert [SPD])

Die Eindämmung der Klimakrise ist damit auch höchsttrichterlich zur Sache der Generationengerechtigkeit geworden. Die Politik steht in der Pflicht, nachfolgenden Generationen ein Leben in Freiheit zu ermöglichen, und dies geht nur durch konsequenten Klimaschutz, der die konkreten Maßnahmen nicht in die Zukunft verschiebt.

Diesem Beschluss müssen auch politische Taten folgen. – Nein, die eiligen Nachbesserungen beim NRW-Klimaschutzgesetz sind keine ausreichenden Taten. Es fehlen die konkreten Maßnahmen und die sektorspezifischen Ziele. Vor allem aber fehlt das entschlossene Handeln dieser Landesregierung.

Herr Wüst, reden Sie nicht nur darüber, was wünschenswert wäre, sondern handeln Sie. Dafür sind Sie schließlich Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Handeln Sie. Lösen Sie die Fesseln, die Sie dem Ausbau der Windenergie angelegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sorgen Sie für den Kohleausstieg bis 2030. Sorgen Sie auch für die von Ihnen selbst eingeforderte Klarheit für die Menschen in den Dörfern, Herr Wüst. Drücken Sie sich nicht weiter um die Verantwortung und zeigen Sie nicht weiterhin mit dem Finger nach Berlin. Legen Sie in einer Leitentscheidung den Kohleausstieg bis spätestens 2030 fest und schließen Sie weitere Umsiedlungen aus. Machen Sie klar, dass die Dörfer gerettet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass hinter der schwarz-gelben Klimapolitik nicht viel steckt, zeigt auch der letzte Haushalt Ihrer Regierung.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dieser!)

Viele der Mehrausgaben im Bereich „Energiewende und Klimaschutz“ haben bei näherer Betrachtung mit Klimaschutzmaßnahmen nur indirekt etwas zu tun, Herr Löttgen.

Denn ob die gesamten Strukturfördermittel für den Umbau des Rheinischen Reviers – zweifelsohne ein wichtiges Thema; auch wir wollen den Umbau des Rheinischen Reviers – und damit jedes geförderte Gewerbegebiet und jeder Coworking-Space wirklich in den Klimaetat gehören, ist doch sehr zweifelhaft. Dies dient offenbar eher der künstlichen Aufblähung des Klimaetats als dem konsequenten Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Mittel für den Klimaschutz reichen angesichts der Investitionsbedarfe insbesondere in den Kommunen vorne und hinten nicht. Wir haben deshalb einen Änderungsantrag mit zusätzlichen Mitteln – 250 Millionen Euro – für kommunale Klimaschutzmaßnahmen eingebracht, und wir werden diesen heute noch mal zur Abstimmung stellen.

Auch die Industrie wartet auf konkrete Maßnahmen und klare Rahmenbedingungen. Wenn wir mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft sprechen, dann drängt sich immer mehr der Verdacht auf: Die Landesregierung hat den Bezug zur Wirtschaft schon komplett verloren.

Die Unternehmen haben diese Landesregierung in Sachen „Klimaschutz“ schon längst überholt, weil sie wissen, dass sie klimaneutral wirtschaften müssen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Was aber macht diese Landesregierung? – Ein Investitionsprogramm für den Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft suchen wir vergebens. Sie haben gerade mal 15 Millionen Euro für Wasserstoff bereitgestellt und nur 7 Millionen Euro für mehr Energieforschung. Das ist alles.

Sie setzen sich Klimaschutzziele, tun aber faktisch kaum etwas dafür, dass diese auch erreicht werden können.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist ja wohl der Hammer!)

Das ist nicht nur unglaublich, sondern diese Mutlosigkeit gefährdet den Industriestandort NRW.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb haben wir beantragt, dass es mehr Investitionen für den Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft gibt.

Wer den Klimaschutz wirklich ernst nimmt, der kommt an der Mobilitätswende nicht vorbei. Der Verkehrssektor ist ein entscheidender Faktor bei der Bekämpfung der Klimakrise. Es ist allerdings auch der Sektor, in dem in den letzten Jahren praktisch keine klimaschädlichen Emissionen reduziert wurden.

Nicht der Neubau von Landesstraßen darf Priorität haben, sondern dies muss für den Erhalt der Straßeninfrastruktur gelten. Die Brückensperrung auf der A 45 führt uns dies derzeit nur zu gut vor Augen. Es ist eine riesige Belastung für alle Anwohnerinnen und Anwohner sowie für die Unternehmen in der Region.

Statt sich auf die Sanierung der zentralen Straßen und Brücken zu konzentrieren, haben Sie, Herr Wüst, als Verkehrsminister wieder einmal mit der Gießkanne Neubauprojekte geplant und die Schwerpunktsetzung aus der rot-grünen Regierungszeit, die auf Erhalt vor Neubau lag, zurückgenommen. Wir fordern Sie auf, die Kapazitäten auf die drängenden Probleme unserer wichtigen Routen zu konzentrieren. Spätestens jetzt muss die Landesregierung klare Prioritäten setzen. Statt auf dem Neubau von Straßen muss die Priorität auf dem Erhalt unserer Straßeninfrastruktur, auf der Reaktivierung und Elektrifizierung von Schienenstrecken und auf dem Ausbau des ÖPNV liegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ hatte Ihnen eigentlich ausreichend Rückenwind für ein ambitioniertes Gesetz gegeben. Ihr Gesetz bleibt jedoch hinter dem zurück, was die mehr als 200.000 Unterstützerinnen und Unterstützer der Volksinitiative gefordert hatten. Ähnlich wie beim Klimaschutz, reicht es einfach nicht aus, Ziele festzuschreiben, wenn diese nicht mit konkreten Maßnahmen verbunden sind. Die Mittelaufwüchse in Ihrem Haushalt sind noch keine Radwege. Sie werden sich daran messen lassen müssen, wie viele sichere und gute Radwege Sie damit tatsächlich bauen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klimaschutz wird vor Ort gemacht. Es braucht dafür handlungsfähige Kommunen, um den vielfältigen Herausforderungen wie dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung, aber auch einer modernen Mobilitätspolitik, der Quartiersentwicklung und dem gesellschaftlichem Zusammenhalt gerecht zu werden.

Doch die Landesregierung verschleppt die Lösung der Altschuldenproblematik unserer Kommunen seit über vier Jahren. Wir alle wissen, dass die Coronakrise diese Ungleichheit noch weiter verschärfen wird und auch schon verschärft hat.

(Bodo Löttgen [CDU]: Deswegen geht es in Kommunen heute auch besser!)

Während die Finanzprobleme der Kommunen ungeklärt bleiben, hat Corona bei den Kommunen zu neuen Mindereinnahmen und Mehrausgaben geführt. Die Mehrausgaben der Kommunen dürfen sie jetzt gnädigerweise in ihren Haushalten isolieren. Damit sind die Schulden aber nicht vom Tisch. Im Gemeindefinanzierungsgesetz bietet das Land den Kommunen den Ausgleich der Mindereinnahmen nur als Darlehen an. Im Klartext bedeutet das also: Städte und Gemeinden dürfen zusätzliche Schulden machen. Sie werden noch tiefer in die roten Zahlen rutschen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Noch tiefer?)

Damit erweisen Sie den Kommunen einen Bärendienst. Man muss eins wirklich feststellen: Die Kommunen sind der große Verlierer dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Coronapolitik der Landesregierung führt Schätzungen zufolge dazu, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf ca. 6 Milliarden Mindereinnahmen sitzen bleiben werden. Diese werden sie nicht alleine stemmen können. Ich will auch noch mal auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände verweisen und ein kurzes Zitat daraus vorlesen:

„Über die kommenden 50 Jahre werden die Handlungsspielräume lokaler Politik eingeschränkt.

Haushalts sicherungskonzepte und dauerhafte Nothaushalte [...] werden ohne Korrekturen zum Regelfall kommunaler Haushaltswirtschaft werden.“

(Josefine Paul [GRÜNE]: Verrückt, so etwas Undankbares!)

Das sind ziemlich düstere Aussichten für unsere Kommunen. Der letzte Haushalt dieser Landesregierung ist also auch ein weiterer Haushalt, der die überschuldeten Kommunen – gerade jetzt in der Coronakrise – im Stich lässt. Das bedeutet ganz konkret, dass die Lebensverhältnisse in Nordrhein-Westfalen weiterhin von der Postleitzahl abhängen werden und dass wir uns von dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land weiter entfernen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kann das Schwimmbad saniert werden? Wie hoch sind die Elternbeiträge für Kita oder OGS? Diese Fragen schiebt diese Landesregierung auf die Kommunen ab.

Zusammenleben wird vor Ort gestaltet. Sie hat ihre Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land längst abgegeben. Das zeigt sich auch bei Ihren kosmetischen Projekten im Bereich des Sozialindex für Schulen oder Ihrem Leuchtturmprojekt, den Talentschulen. Für faire Bildungschancen müssten alle 5.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen Talentschulen sein – gerade diejenigen in besonders benachteiligten Stadtteilen und nicht nur die 60 Schulen, die Sie quasi handverlesen dazu auserkoren haben.

Der schulscharfe Sozialindex ist ebenfalls eine bildungspolitische Mogelpackung. Die – in Anführungsstrichen – zusätzlichen Stellen rekrutieren Sie zum größten Teil aus bereits bestehenden Töpfen – aus dem Topf gegen den Unterrichtsausfall, dem Topf der Integrationsstellen und dem Topf der sozialpädagogischen Fachkräfte der Schuleingangsphase.

(Josefine Paul [GRÜNE]: So ist das!)

Statt dass besonders herausgeforderte Schulen wirklich unterstützt werden, stehen die Schulen jetzt also in einem Umverteilungskampf, weil der Sozialindex in der Realität mit zu wenig Stellen hinterlegt ist. Das ist das Gegenteil von einer Schulpolitik, die faire Chancen für alle Kinder zum Ziel hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Josefine Paul [GRÜNE]: So ist das!)

Dieser Haushalt hält eine weitere Enttäuschung bereit. Entgegen Ihrer eigenen Ankündigungen wird es keine Erhöhung der Besoldung für Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I von A12 auf A13 geben.

Das ist nicht nur ein Vertrauensbruch gegenüber den Lehrkräften. Vielmehr wäre das auch eine not-

wendige Konsequenz aus der Reform der Lehrerbildung. Es ist vor allem außerdem Ausdruck Ihrer Haltung gegenüber dem öffentlichen Dienst insgesamt.

(Henning Höne [FDP]: Mutig für Leute, die gesagt haben, dass es ab A13 gar keine Erhöhung mehr gibt!)

– Herr Höne, ich kann Sie bei dem Gebrüll hier ehrlich gesagt kaum verstehen. Ihr Fraktionsvorsitzender hat aber ja gleich die Chance, hier zu reden.

(Henning Höne [FDP]: Darüber können wir ja noch mal reden! 0 % Erhöhung ab A13! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Der kann uns ja noch mal einiges erläutern. A12, A13, faire Chancen für alle Schülerinnen und Schüler in den Schulen, das Thema „Altschuldenproblematik“ – Ihr Kollege, Ihr Vorsitzender hat gleich 45 Minuten Zeit, uns all das noch mal zu erklären. Wir sind sehr gespannt auf seine Rede.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen wir mal, was seine Antworten auf diese Herausforderungen und auf diese gebrochenen Versprechen, die diese Landesregierung zu verzeichnen hat, sind. Herr Rasche, wir dürfen sehr gespannt sein, welche Antworten Sie darauf haben.

(Henning Höne [FDP]: Dringend notwendig!)

Morgen Abend diskutieren wir hier im Plenum ein Gesetz mit dem schönen Titel „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen“. Das klingt gut, es steckt aber eigentlich überhaupt nichts darin. Es ist ein Gesetz, auf das viele Beschäftigte dieses Landes gewartet haben.

Vor dem Hintergrund von rund 20.000 unbesetzten Stellen im öffentlichen Dienst des Landes wäre eine echte Attraktivitätsoffensive mehr als angemessen. Ich will korrigieren: Das wäre nicht nur angemessen, es ist sogar dringend notwendig.

Der Gesetzentwurf, den Sie für morgen vorgelegt haben, liegt aber meilenweit hinter den Erwartungen zurück. Man muss feststellen: Die im Koalitionsvertrag groß angekündigte Attraktivitätsoffensive ist einfach komplett gescheitert. Das sagen auch alle Gewerkschaften und Verbände. Der Gesetzentwurf ist schlicht eine Nullnummer. Das wissen Sie auch, sonst hätten Sie ihn nicht als letzten TOP des Tages und sogar des Jahres auf der morgigen Tagesordnung versteckt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf hat nichts mehr mit den Gesprächen zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften und den dort gemachten Vorschlägen zu tun.

Der Grund für das Scheitern ist, dass aus Ihrer Sicht die Attraktivierung des öffentlichen Dienstes nichts kosten darf. Attraktive Arbeitsbedingungen zum Nulltarif wird es aber nicht geben können.

Wir können uns diese Haltung angesichts der Höchststände bei den unbesetzten Stellen und angesichts des Wettbewerbs um die besten Köpfe im Land schlicht nicht mehr leisten. Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Dienst und engagierte Beschäftigte, wenn wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte meine Rede gerne mit dem Blick auf eine weitere Krise dieser Zeit neben der Klimakrise abschließen. Es ist die Bedrohung der biologischen Vielfalt.

Dass die Koalitionsfraktionen die Forderungen der Volksinitiative abgelehnt haben, ist im Endeffekt eine Fortsetzung Ihrer ignoranten Politik der vergangenen vier Jahre.

Die Reduzierung des Flächenfraßes oder den Schutz von Schutzgebieten haben Sie in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Wenn man noch mal in den Etat, in die Haushaltsbücher schaut, möchte ich daraus zum Vergleich zwei Zahlen nennen. Der gesamte Naturschutzhaushalt in NRW beträgt gerade einmal 37 Millionen Euro. Daran hat sich in den letzten Jahren im Endeffekt nicht viel geändert; das ist ziemlich gleich geblieben.

Nur einmal zum Vergleich: Für die Heimat-Projekte von Frau Scharrenbach steht ein Volumen von 33 Millionen Euro zur Verfügung – 37 Millionen Euro für den gesamten Naturschutzbereich, 33 Millionen Euro für die Heimat-Projekte.

Wenn Sie unsere heimatische Flora und Fauna schützen wollen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Flora und Fauna sind wichtiger als die Menschen?)

müssen Sie die Mittel im Naturschutzetat erhöhen. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei, Herr Löttgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade der Schutz der biologischen Vielfalt berührt die Frage der Generationengerechtigkeit. Es ist nämlich die Frage, welche Tier- und Pflanzenarten unsere Kinder und Enkelkinder noch erleben dürfen. Es ist die Frage, welche Welt wir ihnen hinterlassen werden.

Herr Wüst, wer die Bewahrung der Schöpfung als größte Aufgabe unserer Zeit bezeichnet, muss Worten auch Taten folgen lassen. Das findet sich in diesem Haushalt nicht wieder. Ändern Sie das! Wir brauchen mehr Geld und mehr Aktivitäten im Bereich der Artenvielfalt. Wir müssen die biologische Vielfalt erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Krisen unserer Zeit zeigen uns sehr deutlich, welche Auswirkungen eine Politik hat, die nicht vorausschauend ist und nicht auf Vorsorge ausgerichtet ist.

Mit diesem Haushalt hätten Sie letztmalig die Gelegenheit gehabt, wichtige Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.

(Christof Rasche [FDP]: Das machen wir nächstes Jahr wieder!)

Mit diesem Haushalt zeigen Sie einmal mehr: Sie stehen noch nicht einmal mehr für den Erhalt des Status quo. Das ist wirklich bitter für unser Land. Es zeigt einmal mehr, dass es einen Aufbruch für Nordrhein-Westfalen braucht. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer solchen Generaldebatte wie heute geht es natürlich in erster Linie um den Haushalt des nächsten Jahres. Aber in Wahrheit geht es auch um den 15. Mai, um die nächste Landtagswahl. Das war eigentlich aus allen Reden herauszuhören.

Jeder und jede macht sich dann bei so einer Rede eine eigene Strategie. Es ist auch gut, dass uns das unterscheidet. Meine Erfahrung ist – vielleicht habe ich da auch schon mal Fehler gemacht –: Immer dann, wenn Argumente fehlen, formuliert man schärfer.

Mir ist das gerade bei Frau Kollegin Verena Schäffer aufgefallen. Minister Laumann wird vorgeworfen, sein Management sei erbärmlich; Nordrhein-Westfalen steht in der Coronapandemie zwar auch im Vergleich zu Baden-Württemberg noch recht gut da, aber Herr Laumann handelt erbärmlich. Ein Vorwurf wird auch an die FDP gemacht, nur weil wir uns für Grundrechte einsetzen.

Das, muss ich sagen, finde ich erbärmlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dem Ministerpräsidenten wird vorgeworfen, er handle absurd. Dem Innenminister Herbert Reul – ausgerechnet Herbert Reul – wird vorgeworfen, er leiste einen Offenbarungseid.

Jeder muss wissen, wie er seine Strategie aufbaut. Ich bin gespannt, ob diese Strategie bei den Grünen am 15. Mai nächsten Jahres aufgeht.

Kommen wir zum Haushalt. Allgemein gilt: Vor Mai 2017 blieb Nordrhein-Westfalen unter seinen Mög-

lichkeiten. Die Bürgerinnen und Bürger, der Mittelstand, die Wirtschaft, das Bildungssystem: Alle konnten ihre Potenziale nicht entfalten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit dem ersten Haushalt haben wir den Politikwechsel eingeleitet. Mit jedem weiteren Haushalt haben wir den Politikwechsel gefestigt. Alles ging um die Zukunft von Nordrhein-Westfalen. Diese gestalten wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Es macht in unserem Land eben einen Unterschied, wer dieses Land regiert.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Bodo Löttgen [CDU]: So ist das!)

Haushalt, Politikwechsel und Zukunft stehen in einem direkten Zusammenhang. Das möchte ich Ihnen anhand von zwölf Punkten deutlich machen.

Erster Punkt: Haushalt ohne Schulden, solide Finanzpolitik. Das ist ein wesentlicher Politikwechsel dieser NRW-Koalition. 2018 gab es den ersten Haushalt, in dem keine Kreditaufnahme vorgesehen war – und das nach 45 Jahren.

Mit der Coronakrise kamen auch haushalterisch neue Herausforderungen auf uns zu. In der Corona-Ausnahmesituation gab es einen coronabedingten finanziellen Schutzschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro, der coronabedingte Belastungen auffängt. All das haben wir geleistet; all das haben wir gemanagt – immer unter der Messlatte, für normale haushalterische Ansätze keine neuen Schulden aufzunehmen, und das jetzt schon über vier Jahre mit dieser NRW-Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt: Wir haben Investitionen massiv ausgebaut. Wir erreichen 2022 fast 10 Milliarden Euro für öffentliche Modernisierungsimpulse – bei der Infrastruktur, bei der Gebäudesanierung, bei der Digitalisierung und bei der Wasserstofftechnologie. Da haben wir eine Menge geleistet.

Nur einmal zur Erinnerung: 2016, im letzten Jahr unter Rot-Grün, hatten wir eine Investitionssumme von 6,1 Milliarden Euro. Jetzt erreichen wir fast 10 Milliarden Euro. Das ist ein Politikwechsel.

Der Vorwurf, wir würden zu wenig investieren, Frau Schäffer, ist bei diesem Vergleich einfach unanständig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Investitionsquote ist von 8,8 % auf 11,1 % gestiegen. Sie können uns vieles vorwerfen. Aber Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir nicht investieren würden.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Nordrhein-Westfalen liefert einen weiteren Beweis: keine Schulden, aber mehr Investitionen. Das geht bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dritter Punkt: mehr Bildungsgerechtigkeit. Das ist ein Kernthema dieser NRW-Koalition. Beste Bildung hat für uns eine sehr große Priorität. Sie ist der Schlüssel für Teilhabe und für sozialen Aufstieg. Faire Chancen für alle: Daran orientieren wir unsere Bildungspolitik.

Schauen wir auf den Schuletat. Er ist in der Regierungszeit von CDU und FDP von 16,8 auf 20,9 Milliarden Euro gestiegen – immerhin ein Plus von 24 %.

Im Haushalt 2022 haben wir nochmals fast 4.000 neue Stellen geschaffen. Die Zahl der Lehrerstellen wurde seit 2017 von 159.000 auf knapp 170.000 gesteigert. Rot-Grün wollte seinerzeit – wahrscheinlich haushalterisch motiviert – sogar Stellen streichen.

33 Millionen Euro stellen wir für den OGS-Primarbereich zur Verfügung, 10 Millionen Euro gibt es zusätzlich für die verlässliche Fortführung der Schulsozialarbeit und 6,1 Millionen Euro für Lehrerfortbildung, insbesondere in der beruflichen Bildung.

Wenn ich von Politikwechsel durch unsere Fraktion und die NRW-Koalition im Bereich „Schule und Bildung“ rede, will ich noch einmal bewusst einige Erfolge aufzählen: Umstellung auf G9, Erhalt der Förderschulen, „Schreiben nach Hören“ abgeschafft, Talentschulen, Schulfach Wirtschaft sowie Sicherung und Aufstockung der Schulsozialarbeit; und wir werden Ende 2022 alle 5.400 Schulen in Nordrhein-Westfalen an ein gigabitfähiges Internet anschließen.

Das sind Erfolge. Und das ist der Politikwechsel, den wir, CDU und FDP, gemeinsam geleistet haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben jetzt in der dritten Lesung, wie auch schon in der zweiten Lesung, noch einige Änderungsanträge eingebracht – unter anderem 50 Millionen Euro für die Ersatzschulen in Nordrhein-Westfalen. Ein Fünftel der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen sind Ersatzschulen. Deren private Träger müssen G9 auch meistern, und die Baumaßnahmen dort müssen finanziert werden – wie bei jedem städtischen Gymnasium auch.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Da ist es nur richtig und gerecht, wenn wir als NRW-Koalition auch den Ersatzschulen dieses Geld zur Verfügung stellen. Auch dieses Versprechen haben wir gehalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir schaffen neue Chancen für junge Gründer. Für die Aufstockung der Gründerstipendien und des Gründerwettbewerbs an den Schulen stellen wir weitere 750.000 Euro zur Verfügung.

Vierter Punkt: Zur Bildung gehört auch die frühkindliche Bildung. Sie wurde unter der alten Regierung vernachlässigt. Das haben wir beendet.

Schauen wir uns doch einmal den Kita-Etat an – denn Zahlen lügen nicht –: gegenüber 2016 ein Plus von 1,8 Milliarden Euro auf 4,4 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 70,7 % für die Kinder in Nordrhein-Westfalen –

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Hört! Hört!)

geleistet von CDU und FDP, von der NRW-Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei allem Respekt, Herr Kollege Thomas Kutschatj: Sie haben gesagt, dass Sie den Haushalt ablehnen, weil diese Koalition wenig bis nichts leisten würde. Die alte Regierung hat zahlreiche Kindergärten in Nordrhein-Westfalen fast in den Ruin getrieben. Wir haben diese Mittel für Kindergärten um 70 % aufgestockt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Und Sie beschreiben unsere Politik mit „wenig bis nichts“ und begründen damit auch noch die Ablehnung des Haushaltes.

(Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich!)

Das ist wirklich ein schlechter Witz für die Kleinsten und Jüngsten in unserem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben U3-Plätze und Ü3-Plätze kräftig ausgebaut. Auch mit diesem Haushalt passiert das weiter. Zudem hat das MKFFI um Minister Joachim Stamp das Kita-Helferinnen- und -Helfer-Programm entwickelt. Auch das wird weiter fortgesetzt. Die Beschlüsse haben wir vor einigen Tagen gefasst.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Fünfter Punkt: Vertrauen in die Innenpolitik. Man muss Freiheit und Sicherheit stets klug abwägen. Beim Polizeigesetz ist das gelungen. Beim Versammlungsgesetz ist das auch gelungen.

Der Etat des Innenbereichs beträgt 6,7 Milliarden Euro. Das ist das größte Budget im Innenbereich in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Stichwort „Kommissaranwärterstellen“: 2.760 plus 500 Regierungsangestellte zur Unterstützung. Noch einmal zur Erinnerung: Unter Rot-Grün wurde in der Phase von 2000 bis 2005 die Zahl der Kommissaranwärterstellen auf 500 reduziert. Jetzt liegt sie unter dieser Koalition bei 2.760. Das nenne ich Politikwechsel. Und das ist gut so.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir geben mit einem weiteren Antrag in dieser dritten Lesung noch einmal 4,5 Millionen Euro für Taser aus.

Damit unterstützen wir die Sicherheit unserer Polizisten. Die Pilotprojekte haben gezeigt, lieber Kollege Marc Lübke: Es hat geklappt. Das ist gut. Das war eine gute Idee. – Die Polizei ist froh, dass wir dieses Pilotprojekt jetzt in einen Regelbetrieb überführen.

Sechster Punkt: öffentlicher Dienst. Wir müssen den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber stärken. Das ist ganz wichtig; denn er steht natürlich in einer Konkurrenz zum privaten Bereich. Deshalb hat in unserer Fraktion Ralf Witzel zwei weitere Änderungsanträge vorgeschlagen: zum einen 1 Million Euro für modernes Gesundheitsmanagement und zum anderen 4 Millionen Euro für den Schutz in Polizeidienststellen und Finanzämtern, weil sich dort die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedroht fühlen. Da ist der Staat gefordert, etwas zu tun. Deshalb werden wir diese Anträge von CDU und FDP heute beschließen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Siebter Punkt: Einheiten des Katastrophenschutzes stärken. Wir haben erlebt, wie wichtig der Katastrophenschutz ist. Er hat beim Einsatz anlässlich des Hochwassers eine unfassbare Arbeit geleistet. Deshalb sage ich im Namen unserer Fraktion und sicherlich auch im Namen aller noch einmal herzlichen Dank für diese großartige Arbeit, für diese vorbildliche Arbeit.

Das muss dann natürlich auch Niederschlag im Haushalt finden. Deshalb haben wir das Institut der Feuerwehr nochmals um 5,7 Millionen Euro gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass weitere Lehr- und Lernfahrzeuge angeschafft werden können. Für die Wasserrettungszüge, die sich in der Regel bei der DLRG befinden, stellen wir noch 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, damit diese jetzt auch im Wesentlichen vom Staat finanziert werden und die DLRG den Spendern nicht bettelnd hinterherlaufen muss.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Achter Punkt: Bezahlbares Wohnen ist ein Kernthema dieser Koalition. Wir haben eine hohe Nachfrage auf dem Immobilienmarkt durch Mieter. Wir haben zu wenige Wohnungen. Dieses Missverhältnis führt immer wieder zu hohen Mieten. Das Problem hat sich über sehr viele Jahre entwickelt, auch unter der Zeit von Rot-Grün. Gerade von den Grünen gab es immer wieder Forderungen nach weiteren Auflagen und weiteren Standards. Das führte zu überzogenen Auflagen und überzogenen Standards. Auf der anderen Seite gab es zu wenige Anreize.

Da muss man sich überlegen – denn das war in vielen Bundesländern so der Fall –: Wie kann man diesem Problem begegnen?

Ich nehme einmal das Beispiel des Bundeslandes Berlin. Dort hat man gesagt: Wir lösen das Problem mit noch mehr staatlicher Regulierung und noch mehr staatlichen Eingriffen. – Folge: Es gibt keine Investitionen und damit keine neuen Wohnungen, und die Mieten explodieren. – Das ist das Beispiel des Bundeslandes Berlin.

In Nordrhein-Westfalen sind wir anders vorgegangen. Wir haben Auflagen und Standards reduziert. Wir haben Anreize für Investitionen geschaffen. Die Wohnraumförderung in dieser gesamten Legislaturperiode liegt auf einem Rekordwert von insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Wir sind Vorreiter beim digitalen Bauen. Das erste 3-D-Druckhaus wurde in Nordrhein-Westfalen errichtet. Wir haben als Land diese Technologie gefördert. Der digitale Bauantrag wird massiv vorangetrieben.

Ich gebe gerne zu, dass die Mieten in Nordrhein-Westfalen immer noch zu hoch sind. Der Markt ist noch nicht ausgeglichen. Aber wir konnten verhindern, dass die Mieten durch eine falsche Politik wie in Berlin explodierten. Und das ist gut so. Auch da haben wir für einen Politikwechsel und für den Unterschied gesorgt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann haben wir – damit meine ich jetzt CDU und FDP – immer wieder von dem Traum vom Eigenheim gesprochen. Die Eigentumsquote ist in Deutschland zu niedrig. In vielen sozialdemokratisch regierten Ländern in Europa ist die Eigentumsquote viel höher. Da ist es doch nur selbstverständlich – eigentlich für uns alle –, dass wir an dieser Schraube drehen müssen.

Deshalb haben wir ein neues 400-Millionen-Euro-Förderprogramm für den Bau von selbstgenutztem Wohneigentum gestern auf den Weg gebracht, und heute wird es beschlossen – mit dem Ziel, die Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen zu erhöhen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Grunderwerbsteuer für bestimmte Zielgruppen zu reduzieren. Dafür braucht es eine Öffnungsklausel, die Berlin auf den Weg bringen muss. Die GroKo war dazu nicht bereit. Die Ampel ist es jetzt. Aber es braucht Zeit und dann auch die Zustimmung im Bundestag und im Bundesrat.

Deshalb ist es genau der richtige Weg der NRW-Koalition, als Zwischenschritt dieses Förderprogramm auf den Weg zu bringen – mit dem Ziel, im Jahr 2023 die Grunderwerbsteuer dann zu senken. Der Zwischenschritt ist richtig. Das Ziel bleibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neunter Punkt: Liberale Nachhaltigkeit überzeugt mehr und mehr Bürger. Liberale Nachhaltigkeit ist auch etwas anderes als einseitiger Klimaschutz.

Diesen Dreiklang leben wir. Wir wollen ihn umsetzen – Klimaschutz steigern, Arbeitsplätze sichern, soziale Standards erhalten. Wir verbinden mit Andreas Pinkwart Ökologie und Ökonomie.

Mit Entlasten, Entfesseln und Investieren entwickelt sich Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Aufsteigerland – bei den Start-ups, im Mittelstand und in der Industrie. Fünf Jahre in Regierungsverantwortung bedeuten bessere Rahmenbedingungen für unseren Mittelstand, der uns dafür ausdrücklich lobt.

Im Ergebnis sind 400.000 Bürgerinnen und Bürger mehr als im Jahr 2017 sozialversicherungspflichtig beschäftigt – 400.000 Bürger mehr; und daran hängen viele Familien. Das ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die Nordrhein-Westfalen nach vorne bringt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass ich zu Recht von liberaler Nachhaltigkeit spreche, sehen Sie auch daran, dass seit 2017 die Haushaltsmittel für Klimaschutz gegenüber der Vorgängerregierung mehr als versiebenfacht wurden. Dieser Trend soll im Haushaltsjahr 2022 nochmals verstärkt werden. Insgesamt stehen Mittel in Höhe von 348 Millionen Euro für Klimaschutz und Energiewende zur Verfügung.

Nordrhein-Westfalen ist auf dem richtigen Weg, zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas zu werden. Da verbinden wir wieder Ökologie und Ökonomie: mit der neuen Energie-Landesgesellschaft und mit Förderprogrammen für emissionsarme Mobilität, Klimaschutztechnik und kommunalen Klimaschutz.

Wir haben auch den Aufbruch in die Wasserstoffmodellregion Europa gestartet – sie entsteht nämlich in Nordrhein-Westfalen – mit schon erheblichen Investitionen staatlicherseits, die aber gleichzeitig auch einen Anreiz für private Investitionen bilden. So stehen jetzt insgesamt rund 7 Milliarden Euro zur Verfügung, damit wir unser Ziel „NRW: Wasserstoffregion Nummer eins in Europa“ hoffentlich erreichen werden. Der erste Schritt ist getan, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Klimaschutz ist uns genauso wichtig wie allen anderen Parteien. Und Nordrhein-Westfalen ist Klimaschutzland. Wir haben die rot-grünen Klimaschutzziele weit übertroffen. Wir haben ein Minus von 45 % erreicht. Rot-Grün wollte ein Minus von 25 % schaffen. Und die Kollegin Verena Schäffer hat uns eben unterstellt, unsere Politik im Bereich Klimaschutz sei zu mutlos. Noch einmal zum Genießen: Unsere Politik sei zu mutlos.

Jetzt haben wir Ihre eigenen Ziele bei Weitem übertroffen. Was ist denn mutlos gewesen? Doch offen-

sichtlich die Klimaschutzziele der Grünen in Regierungsverantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unser Ziel ist es, 2045 klimaneutral zu werden. Wir setzen dabei auf Innovationen statt auf Verbote.

Zehnter Punkt: NRW setzt auf alle Verkehrsträger, nicht nur auf einen. Der Etat beträgt 3,38 Milliarden Euro. Das ist ein Rekordhaushalt im Bereich „Verkehr“.

Planungsbeschleunigung – ein weiteres Ziel dieser Koalition – bringt mehr Geld nach Nordrhein-Westfalen. Bei SPD und Grünen wurden die Mittel des Bundes, die Nordrhein-Westfalen zustehen, nicht komplett abgerufen. Mike Groschek als Minister bemängelte seinerzeit eine grüne Planungsblockade. CDU und FDP hingegen haben zusätzliche 600 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen geholt, weil wir diese Planungsblockade aufgehoben und eine Planungsbeschleunigung eingeführt haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir investieren ganz erheblich in den Erhalt der Landesstraßen. So verzeichnen wir ein Plus von 67 % gegenüber der alten rot-grünen Regierung. Der Erhalt hat also Vorrang.

Auch zu den Investitionen in Radwege ein kurzer Vergleich: Da stehen 100 Millionen Euro dieser Regierung 27 Millionen Euro unter Rot-Grün gegenüber. Wenn es also eine Koalition gibt, die dem Radverkehr so richtig Vorrang gegeben hat und ihn so richtig auf den Weg gebracht hat, dann ist es die Koalition von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zudem haben wir eine 2-Milliarden-Euro-ÖPNV-Offensive auf den Weg gebracht, die bis zum Jahr 2031 läuft. Wir sehen einen erheblichen Nachholbedarf, einen erheblichen Investitionsbedarf. Wir haben es angepackt. Die Vorgängerregierung hatte es verschlafen.

Eine Botschaft hat Kollegin Verena Schäffer gerade auch noch für die Grünen gesetzt: Mit dem Neubau von Ortsumgehungen muss es aufhören. Andere Maßnahmen haben Vorrang.

Das ist eine Botschaft, die wir von den Grünen seit Jahren und Jahrzehnten immer wieder hören. Es ist aber schön, wenn sie fünf Monate vor der nächsten Landtagswahl noch einmal so deutlich ausgesprochen wird. Denn die rund 100 Kommunen gerade im ländlichen Bereich von Nordrhein-Westfalen, die seit Jahren und Jahrzehnten auf eine Umgehungsstraße warten, wissen: Wenn die Kollegen der Grünen wieder in Regierungsverantwortung kommen, dann können sie ihre eigene Umgehungsstraße vergessen. Wir wollen das Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Elfter Punkt: Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nummer eins. Es gibt eine faire und verlässliche Zusammenarbeit dieser Koalition mit den Vereinen, den Verbänden und dem Landessportbund. Die Haushaltsmittel in diesem Bereich wurden vervierfacht. Das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ ist in so gut wie jeder Stadt und jedem Dorf in Nordrhein-Westfalen ein Thema.

Das Ehrenamt beim Schwimmenlernen ist besonders wichtig. Da herrscht großer Handlungsbedarf. Durch einen Antrag in dieser dritten Lesung wird das Ehrenamt im Bereich „Schwimmenlernen“ maßgeblich unterstützt.

Noch einmal: Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nummer eins. Die vielen weiteren Großveranstaltungen, die wir nach Nordrhein-Westfalen geholt haben, beweisen das.

Zwölfter Punkt: Gesundheit eine höhere Priorität geben. Auch das ist ein elementares Ziel dieser Koalition. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um all denjenigen Danke zu sagen, die Tag für Tag in unserem Gesundheitssystem Großartiges leisten. Deshalb sollten wir auch in diesem Etat deutlich machen, dass uns diese Bürgerinnen und Bürger, die wirklich Großartiges leisten, wichtig sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Ausgabenvolumen hat sich seit Beginn der Legislaturperiode von 5,8 Milliarden Euro auf 8,2 Milliarden Euro erhöht. Wir tun also etwas für das Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben in den Gesundheitsfachberufen die vollständige Schuldgeldfreiheit schrittweise bis Anfang 2021 umgesetzt. Das ist etwas völlig Neues.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für 2022 erhöhen wir die entsprechenden Haushaltsmittel um weitere 21,8 Millionen Euro auf 73 Millionen Euro.

Im Rahmen dieser Lesung wird zudem ein Änderungsantrag beschlossen, den Kollegin Susanne Schneider seit Langem verfolgt. Hier geht es um die Ernährung und Entwicklung Frühgeborener. Es geht konkret um Muttermilch. Denn Muttermilch ist ein wertvoller Baustein und zudem überlebenswichtig. Deshalb investieren wir 500.000 Euro in den Aufbau von Muttermilchbanken. Ich muss zugeben, dass mir dieser Begriff zunächst fremd war. Aber ich habe ja dazugelernt

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja!)

und versuche, jetzt auch dieses Politikfeld zu beherrschen. Das ist ganz wichtig. Für die Allerjüngsten in unserem Land tun wir etwas. Diese tolle Idee wird umgesetzt.

(Beifall von der FDP, der CDU und Verena Schäffer [GRÜNE])

Darüber hinaus beschließen wir in dritter Lesung einen Antrag, mit dem wir 2,5 Millionen Euro für Lücken in der Coronaforschung zur Verfügung stellen. Wir diskutieren hier jeden Monat über das Thema „Pandemie und Corona“. Immer wieder wird uns klar, dass wir viele Fragen einfach nicht beantworten können. Es fehlt an Datenmaterial; es fehlt an Fakten. Deshalb stellen wir ganz bewusst genau für diesen Bereich 2,5 Millionen Euro zur Verfügung, um die Lücken in der Coronaforschung zu schließen.

(Beifall von der FDP und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Zum Abschluss: Haushalt, Politikwechsel und Zukunft stehen in einem direkten Zusammenhang. Das habe ich gerade deutlich machen können, glaube ich. Die NRW-Koalition setzt dabei auf Innovationen. Freiheit ist ein Innovationstreiber. Verbote sind das Gegenteil. Es macht eben einen ganz entscheidenden Unterschied, wer das Land regiert. Die NRW-Koalition ist der verlässliche Partner der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Das wird auch so bleiben. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort. Bitte sehr.

Markus Wagner⁹⁾ (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weihnachten steht vor der Tür, und „Die Gesellschaft in Deutschland ist nicht nur gespalten, sondern zerrissen“, schreibt die Neue Zürcher Zeitung beklemmend treffend. Da schenkt die Landesregierung aus CDU und FDP den Bürgern auch noch viele neue Schulden, anstatt die alten überhaupt nur zu tilgen. Dazu erfolgen noch jede Menge Ausgaben für unsinnigen Firlefanz statt für die Infrastruktur und die Digitalisierung.

Null Cent für den Schuldenabbau! Das überlässt die Landesregierung unseren Kindern und Enkeln – den Kindern, die jetzt den kompletten Tag in der Schule die Masken tragen, obwohl sie durch Corona praktisch nicht gefährdet sind. Und alleine 25 Milliarden Euro weitere Schulden resultieren aus der Coronapandemie – gar nicht mitgerechnet, was noch an Zusatzkosten für Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auf uns zukommt.

Weihnachten – das war auch schon mal schöner. Weihnachten – das war das Fest der Liebe. Man rückte zusammen und grenzte niemanden aus. Weihnachten – das war das Fest der Familie, von Enkeln, Oma und Opa, und auch das Fest der Geschenke. Die Geschenke der Landesregierung allerdings würde man am liebsten sofort umtauschen.

Mit der Liebe untereinander war das schon immer so eine Sache. Allerdings kann ich mich nicht daran erinnern, dass die etablierte Politik schon einmal so absichtlich gespalten, so planvoll die Menschen untereinander aufgehetzt hat wie heute. Sie tut dies, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Sie tut dies, um ihre gebrochenen Versprechen zu vertuschen.

Möglicherweise kennen Sie das aus dem Privaten: So mancher mag seine Fehler nicht eingestehen, und so wehrt er sich immer rabiater gegen die Wahrheit. Er hat alles Mögliche versprochen und kaum etwas gehalten. Nun sucht er danach, wer denn daran schuld sein könnte. Er sucht einen Sündenbock, anstatt seine eigenen Fehler einzugestehen, um Entschuldigung zu bitten und es nun besser machen zu wollen. Das kommt in den besten Familien vor.

In der Politik haben die Konsequenzen aber ganz andere Dimensionen, und nun trägt die Politik dieses Konzept auch noch in die Familien.

Das Fest der Familie soll nun – so stellt sich das die Politik von der CDU bis hin zu den Grünen vor – kontrolliert werden. Töchter und Söhne kontrollieren den Impfstatus ihrer Eltern und andersherum. Familien fallen so den neuen, völlig sachfremden Willkürmaßnahmen zum Opfer – ganz egal, dass der ungeimpfte Sohn oder die Enkelin gesund ist und das noch dazu durch PCR-Testung nachgewiesen ist.

Meine Damen und Herren, Sie tun so, als könnten und würden die Familien das nicht untereinander regeln, als würden die Kinder ihre Eltern und Großeltern gefährden wollen. Das wollen sie natürlich nicht, und das werden sie auch nicht tun. Die Politik gefällt sich aber nicht nur in der Rolle, das besser zu wissen, sie bringt die Menschen auch noch in die Breddouille. Sie sollen nun ihre eigenen Familienmitglieder sortieren.

Wer im Januar, Februar, März, April und Mai geimpft wurde, hat zwar eigentlich keinen oder nur noch einen geringen Impfschutz, darf aber ungetestet kommen. Wer sich hingegen wie Millionen unbemerkt infiziert hat, also symptomlos ist, was bei Corona die Regel ist, nun genesen ist und zusätzlich noch einen negativen Test hat, darf nicht kommen. Und überwachen soll das wer? Soll das vielleicht die Schwiegermutter tun? In einigen Familien ist das sicherlich denkbar.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur verrückt, sondern auch verantwortungslos und für das friedliche Zusammenleben in unserer Gemeinschaft schädlich.

Geht die Familie dann am ersten Weihnachtsfeiertag zum Essen, geht das nur unter 2G. Für den Kellner, der die Familie im selben Raum mit derselben Luft bedient, gilt 3G. Wenn er sich aber hinterher als Freund der Familie an den Tisch setzen möchte, darf

er das nicht, denn er ist nicht 2G. Sie finden, das sei unverständlicher Murks? – Ja, genau das ist es. Hier geht es nicht um die Gesundheit, sondern darum, die Menschen zum Impfen zu zwingen. Das Impfen ist für die Politik zum Fetisch geworden, andere Maßnahmen werden überhaupt nicht vernünftig angegangen.

(Beifall von der AfD)

Aber selbst das reicht einigen nicht. Wir haben hier einen Minister, der sich Christdemokrat nennt und der noch dazu Minister für Justiz ist. Justiz ist lateinisch und bedeutet Gerechtigkeit. Dieser christdemokratische Minister für Gerechtigkeit will jetzt auch noch nachgewiesenen gesunden Menschen den Job wegnehmen. Pfui Teufel, Herr Biesenbach!

(Beifall von der AfD)

Dieser widerliche Stil, der hier Einzug gehalten hat – die Menschen abzukanzeln, sie zu beschimpfen und zu gängeln –, spaltet unser Land. Hören Sie endlich auf, uns Bürger gegeneinander aufzuhetzen, um von Ihrem Versagen abzulenken! Sie vergiften damit das Klima!

(Beifall von der AfD)

„Auf Twitter trendete am Sonntag der Hashtag #Streeck – und die überwältigende Mehrheit der Wortmeldungen bestand zunächst aus offenem Hass gegen den Virologen“, berichtete die Bild-Zeitung.

„Der Mann ist wirklich so dumm, wie die meisten schon vermutet haben“, schreibt ein Nutzer über einen Interview-Ausschnitt, in dem Streeck erklärt, warum das bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene Böllerverbot an Silvester epidemiologisch wohl kaum sinnvoll sei.

Der ‚Schwurbler‘ gehöre in den Knast. Er sei ein ‚Schwachmat‘, ein ‚Flachmann‘, habe seine Dissertation im Bordell gekauft. Der Hashtag #SterbenmitStreeck taucht wieder auf.

Auch ein Journalist – ZDF-Sportmoderator Norbert König – keilte gegen den Virologen, bezeichnete ihn in einer rhetorischen Frage als ‚das Letzte‘.

[...]

Viele Nutzer beleidigen Streeck obszön und mitunter auch mit homophoben Beschimpfungen.

Auffällig: Unter den Pöblern sind auch einige, die sich sonst jegliche Kritik an Wissenschaftlern verbieten. Offenbar gilt das nur, wenn diese derselben Meinung sind wie man selber [...]

Das ist nur ein Beispiel von vielen. In unguter Weise mischen sich die neue Cancel Culture Unkultur – die Intoleranz der ach so Toleranten – und die Einseitigkeit des politisch-medialen Diskurses. Wer auch nur ein Jota von der tagesaktuellen, sich ständig selbst

widersprechenden öffentlichen Meinung abweicht, ist ganz schnell ein Rassist, ein Sexist, ein Corona-, Klimaleugner, ein Rechtsextremer – man kann sich einiges aussuchen, was man dann ist –, und immer vorne mit dabei ist der zwangsfinanzierte Staatsfunk.

Nun wäre es am besten, wenn sich alle Demokraten darüber einig wären, dass das mit echter Demokratie, mit echtem Meinungspluralismus nichts mehr zu tun hat.

Wenigstens die FDP hat in den letzten Jahren manchmal so getan, aber sie hat eben auch nur so getan. Im Wahlkampf spricht sie von solidem Haushalten, aber wenn es darauf ankommt, legt sie hier im Parlament einen Haushalt vor, der die alten Schulden nicht tilgt, sondern NRW stattdessen in die Rekordneuerschuldung führt. Im Wahlkampf war sie gegen die Impfpflicht, nach der Wahl ist sie dafür. Das sind Wortbruch und Sündenbockstrategie ohne Beispiel.

(Beifall von der AfD)

Der nachweislich gesunde und getestete Impffreie soll nun schuld daran sein, dass Sie mitten in der Pandemie Intensivbetten abgebaut haben, und Sie hetzten die 2Gler auf sie. Die 2Gler sind aber die Ungeimpften von morgen, denen Sie mit den Geboosterten und danach mit den doppelt und dreifach Geboosterten und immer so weiter Beine machen.

Wenn wir schon beim Boostern sind: Auch hier lautet das Motto „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Gestern titelte die Neue Westfälische – ich zitiere –: „Wüst bestätigt: Booster-Impfung in NRW nach vier Wochen möglich.“ Heute schreibt der Hellweger Anzeiger – ich zitiere –: „NRW schränkt frühe Booster-Impfungen wieder massiv ein“.

Deutlicher kann man die Kopflösigkeit Ihrer Coronapolitik kaum machen. Das ist exemplarisch für Ihr Versagen in dieser Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Warum wurde nicht, wie von uns gefordert, massiv in antivirale Medikamente investiert? Warum werden nicht endlich Betten im Intensivbereich auf- anstatt abgebaut? Warum schauen wir nicht in die Schweiz? Dort sind jetzt Antikörpertests zulässig, mit denen man seine Genesung beweisen kann. Warum schaut man nicht auf Schweden? Schweden steht ganz ohne Lockdown und Impfzwang deutlich besser da als wir. Dort gibt es weniger Infizierte, weniger Hospitalisierte und deutlich weniger Tote als bei uns.

Das alles ist Ihnen zu freiheitlich, zu wenig autoritär. Sie könnten sich dann nicht als großer Vormund des Volkes aufspielen. Auch da ist die FDP voll dabei. Susanne Gaschke schreibt dazu in der WELT – ich zitiere –:

„Vor zehn Jahren hielt der 2016 an Krebs gestorbene langjährige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle eine Rede über die Freiheit. Sie kursiert zurzeit im Netz – und wirkt geradezu prophetisch, wenn man sich anschaut, was zwei Jahre Corona-Politik aus unserem Land gemacht haben: Bürger kontrollieren die Ausweise von Bürgern. Wir ziehen ohne Widerrede eine digitale Datenspur durch unser Leben, die einer beleuchteten Autobahn gleicht. ‚2G‘ ruiniert den Einzelhandel und die Innenstädte. Die politische Klasse hat sich einen paternalistischen Ton angewöhnt, der das demokratische Gespräch dauerhaft beschädigt. Ungeimpfte werden verächtlich gemacht. Und die meisten Leute finden das laut Umfragen alles in Ordnung oder sogar noch zu lasch.“

Vor diesem Hintergrund sollte man Westerwelle zuhören.

„Es braucht eine Partei in Deutschland“,

sagte er 2011 auf einem FDP-Bundesparteitag,

„die sich im Zweifel immer und immer wieder bei all den Kompromissen, die man machen muss im Leben, für die Freiheit entscheidet. Und Freiheit hat mal bessere Konjunktur und hat mal schlechtere Konjunktur, mal ist der Zeitgeist auf den Staat getrimmt, und dann kommen auch wieder Zeiten, in denen die Bürger sagen ‚Wir sind das Volk!‘

Die Freiheitsbedrohung in Deutschland kommt nicht mit Gewalt und laut daher,“

sagte Westerwelle,

„sondern sie kommt leise daher. Sie kommt mit allerlei Begründung daher. Mit oftmals auch gutgemeinten Begründungen. Zum Beispiel, wenn es um die Bürgerrechte geht. [...]

Freiheit stirbt immer zentimeterweise [...] Und Freiheit stirbt nicht [...] dadurch, dass man Bürgerrechte und Freiheitsrechte von Politik wegen einschränken will. Sondern es wird dann gefährlich für die Freiheit, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr eigenes Immunsystem vergessen, das sie wappnen muss gegen jede Freiheitsbedrohung. [...]

Man kann mit dem Vorwand, die Sicherheit brauche dieses oder jenes, jede gesetzliche Verschärfung beschließen. Wir wehren das ab, wo wir können: In der Bundesregierung und im Parlament. Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen auch [...] selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die sich den Satz nicht gefallen lassen ‚wer nichts zu verbergen hat, soll sich doch gefälligst nicht beklagen.‘ Nein, wir wollen ein Volk von selbstbewussten Staatsbürgern und nicht von Staatskunden, nicht von Untertanen. Bürgerrechte zu verteidigen, das ist eine heilige Aufgabe

der FDP – zu allen Zeiten: in der Vergangenheit und in Zukunft [...].“

Meine Damen und Herren, diese heilige Aufgabe hat die FDP verraten. Wir als AfD nehmen diese Aufgabe an.

(Beifall von der AfD)

Dasselbe gilt für die Wirtschaftskompetenz. Wie können Sie als FDP es eigentlich zulassen, dass der kleine Selbstständige in vielen Branchen immer mehr unter die Räder kommt?

Die völlig unsinnige Regel, mit denen nun Ungetestete, zweifach Geimpfte, die aber ohne Impfwirkung sind, einkaufen dürfen, wo hingegen gesunde Getestete das nicht dürfen, führt bereits jetzt zu massiven Umsatzverlusten in den Innenstädten. Freuen tut sich nur einer, nämlich Amazon. Sie sind aber nicht von Amazon gewählt und haben nicht den multinationalen Konzernen zu gefallen, sondern Sie sind dafür da, unseren Mittelstand zu verteidigen.

Jedenfalls verstehen wir als AfD unseren Auftrag so. Sie hingegen verspüren anscheinend überhaupt keinen inneren Auftrag, endlich gegen die maßlosen Preissteigerungen vorzugehen, die insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen immer mehr Probleme bereiten.

Die Inflationsrate in Deutschland steigt immer weiter und ist erstmals seit 29 Jahren auf 5,2 % geklettert. Das ist der höchste Anstieg der Preise seit 1992. Die hohe Inflation schmälert die Einkünfte und Ersparnisse der Deutschen, was für viele Familien zur Last wird. Vor allem Mineralölprodukte und Energieerzeugnisse verteuerten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um durchschnittlich 22,1 %. Schon im September kostete Heizöl 76,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Ebenso steigen die Strom- und Gaspreise in astronomische Höhen. In der Grundversorgung drohen Mehrkosten von Hunderten Euro pro Jahr.

Auf einen Haushalt kommt im nächsten Jahr eine Preiserhöhung von wohl durchschnittlich 305 Euro beim Gas und 91 Euro beim Strom hinzu. Damit drohen weiteren Millionen Menschen drastische Mehrbelastungen. Gemessen am Vorjahresmonat legten hier die Preise um durchschnittlich 4,5 % zu. Die steigenden Lebensmittelpreise sind auch ein weiteres potenzielles Risiko für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Und noch mal FDP, dieses Mal Integrationsminister Stamp: Wie läuft es nun bei der Integration, der Migration, beim Grenzschutz, bei Abschiebungen? Was macht die FDP denn da, wenn sie in Verantwortung steht?

Dafür werfe ich gern noch mal einen Blick auf das Programm mit dem verheißungsvollen Titel „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, weil man daran wirklich deutlich machen kann, wie Sie das Geld der

Steuerzahler zum Fenster rauswerfen, ein Programm mit dem Ziel, 50 Millionen Euro Steuergelder in die Arbeitsmarktintegration von Geduldeten und Gestatteten zu pumpen, also von Ausreisepflichtigen oder denjenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden.

5.300 Personen haben seit 2019 an diesem Programm der Landesregierung teilgenommen. Dieses Programm mit Erfolg verlassen haben 81 Personen. 81 Personen haben dieses Programm mit Erfolg verlassen bei 50 Millionen Euro Einsatz. Das sind 618.000 Euro pro Person – 618.000 Euro pro eigentlich unberechtigter Person! Diesen Wahnsinn, meine Damen und Herren, werden wir als AfD stoppen.

(Beifall von der AfD)

Programme wie diese finden sich nun zuhauf im Haushalt. Die Medien decken darüber gern mal den Mantel des Schweigens. Wir als AfD werden das klar und deutlich benennen, auch wenn es heutzutage mittlerweile rechtspopulistisch zu sein scheint, das Geld der Steuerzahler nicht sinnlos zu verbraten. Nein, wir halten das für normal, auch wenn Sie das für ein Synonym für rechts halten.

Noch etwas, was man gar nicht oft genug erwähnen kann: Als wir davor warnten, dass die Masse der sogenannten Flüchtlinge durch die arbeitende Bevölkerung per Hartz IV bezahlt würde, hieß es – auch wieder wahlweise: Rassisten, Rechtspopulisten, Verschwörungstheoretiker usw. –, das seien schließlich alles Fachkräfte, die unsere Rente sichern würden.

Auch dazu noch mal die Zahlen der Landesregierung: Es gibt knapp 1,6 Millionen Regelleistungsberechtigte in Nordrhein-Westfalen, davon nichtdeutsche Staatsangehörige, also Doppelstaatler und Migrationshintergrund noch gar nicht eingerechnet, über 40 %. Das sind dreimal so viele, wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Davon kommen nur aus Syrien, Irak, Iran und Afghanistan 262.000 oder 17 %. Sie erinnern sich vielleicht: Das sind die, die nun angeblich unsere Sozialsysteme sichern sollten. Jedenfalls erzählen uns das CDU, SPD, FDP und Grüne seit 2015.

Tatsache hingegen ist: Zu viele dieser Menschen belasten unsere Sozialsysteme, anstatt sie zu sichern. Das ist nun mal keine vorausschauende Politik für unser Land, weder für die, die gekommen sind, noch für die Einheimischen. Dabei verstehe ich ja diese Menschen, die hier ihr Glück versuchen, wo sie Wohnung, Heizung und Extrageld frei Haus bekommen. Wo bekommt man das schon, außer bei uns?

Aber es ist die falsche Politik, und es ist garantiert nicht die Politik, die unsere Sozialsysteme sichert. Nein, es ist eine Politik, die unsere Sozialsysteme gefährdet, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Das Ganze, also Wohnung, Heizung und Extrageld frei Haus, gilt auch für terroristische Gefährder. Gerade hat Hendrik Wüst doch tatsächlich erzählt, er sei dafür, terroristische Gefährder abzuschieben. Bravo! Hendrik Wüst ist ebenso lange Mitglied dieser Landesregierung wie der zuständige Minister Stamp. Die Leistungsbilanz in dieser Frage ist erbärmlich: 75.724 ausreisepflichtige Personen in NRW – neuer Negativrekord. Reaktion der Landesregierung: Ganze 718 Rückführungen, und zwar einschließlich der Dublin-Rücküberstellungen. Nicht einmal 1 % ist also abgeschoben worden.

Dazu kommen Gefährder und terroristisch relevante Personen. Mit Stand 30.06.2021 sind das in NRW 376 Personen im Bereich des Islamismus. Davon sind ganze 13 abgeschoben worden – ganze 13, Herr Wüst! Da haben Sie noch einiges zu tun, wenn Sie Ihren vollmundigen Versprechungen auch tatsächlich Taten folgen lassen wollen. Das sind nämlich gerade mal 3 % der terroristischen Gefährder. Das ist Teil Ihrer erbärmlichen Bilanz; denn Sie gehören dieser Landesregierung von Anfang an an.

Für uns ist klar: Diese ausreisepflichtigen Kriminellen müssen abgeschoben werden, und zwar möglichst allesamt.

(Beifall von der AfD)

Ebenso klar ist für uns: Der Staat muss vor allem seine Kernaufgaben erledigen. – Herr Wüst, Sie waren jahrelang als Minister für die Verkehrsinfrastruktur verantwortlich. Nun sind Sie es als Ministerpräsident. Sie wollten Staus verhindern. Wir sind nach wie vor Stauland Nummer eins.

Trotz Ihres schlecht konzipierten Infrastrukturprogramms für ein besseres Baustellenmanagement haben Sie es nicht geschafft, Planung, Vergabe und Bau von Verkehrsprojekten für die Bürger spürbar zu beschleunigen. Nun ist die Verantwortung für die Stau-Autobahn zum 1. Januar 2021 auf die Autobahn GmbH übergegangen.

Ich möchte gern noch mal auf das Desaster um die Leverkusener Rheinbrücke zu sprechen kommen, bevor ich auf das Desaster der nächsten Brücke zu sprechen komme.

Die beauftragte Firma PORR war nicht in der Lage, die Brücke wie vorgesehen termin- und ausschreibungsgerecht fertigzustellen. Eingesetzter Billigstahl aus China hat zu katastrophalen Fehlleistungen geführt. Auch der Wechsel des ehemaligen PORR-Angestellten Hendrik Schulte als Staatssekretär in das Verkehrsministerium Ende Juni 2017, kurz vor der Auftragsvergabe der Brücke an PORR Anfang September 2017, hat mehr als nur ein Geschmäcke hinterlassen.

Die voraussichtlichen Mehrkosten für die Steuerzahler sind 222 Millionen Euro. Die Bauzeitverzögerung beträgt voraussichtlich drei Jahre. Der Gutachter und

Sachverständige im Verkehrsausschuss des NRW-Landtags, der Bauingenieur Helmut Hesse, hat noch weitere Mehrkosten für die Wirtschaft berechnet, beispielsweise durch Verkehrsbehinderungen zusätzliche Mehrkosten von 750 Millionen Euro.

Und genauso geht es weiter: Die Autobahn GmbH des Bundes verkündet am 9. Dezember 2021 die mehrmonatige Vollsperrung der Autobahn A45 im Umfeld der Talbrücke Rahmede und langjährige Verkehrsbehinderungen im Zuge der Neuerrichtung des Bauwerks.

Was sind die Auswirkungen auf Menschen und Wirtschaft, und was unternimmt die Landesregierung gegen dieses neuerliche Brückendesaster in Nordrhein-Westfalen?

In einem anderen Zusammenhang hat Ministerpräsident Hendrik Wüst am 9. Dezember 2021 vor Reisen zur Weihnachtszeit in Nordrhein-Westfalen und auch im restlichen Deutschland abgeraten. Das ist der gute Rat zur rechten Zeit. Denn am selben Tag verkündet die Autobahn GmbH des Bundes, dass für lange Zeit nicht nur Urlaubsreisen und Verwandtenbesuche, sondern sämtliche Transportmöglichkeiten über eine der wichtigsten Verkehrsadern der Bundesrepublik, die Sauerlandlinie, unmöglich sein würden.

Die Talbrücke Rahmede bei Lüdenscheid hat sich als so baufällig erwiesen, dass zunächst eine drei- bis viermonatige Vollsperrung erfolgt, bis zumindest wieder Personenkraftwagen die Brücke passieren könnten. Bis zur Herstellung eines Ersatzbauwerks könnten, wie es sich im Falle der Leverkusener Autobahnbrücke darstellt, acht Jahre vergehen.

Jetzt zum Vergleich: Nach nur dreijähriger Bauzeit wurde unlängst das letzte Teilstück einer neu gebauten 2,4 km langen Autobahnbrücke in Kroatien übergeben. Gebaut von Chinesen hat die Europäische Union dabei von 550 Millionen Euro Gesamtkosten 357 Millionen Euro getragen. Der deutsche Anteil an dieser Summe dürfte den Wert einer halben deutschen Autobahnbrücke haben.

Schon während der Erkundungsarbeiten, die am 9. Dezember 2021 in der alarmierenden Meldung der mehrmonatigen Sperrung und des zu erwartenden mehrjährigen Neubaus eskalierten, kam es im nahen und weiten Umfeld der Brücke zu massiven Verkehrsbehinderungen. Nicht nur Anwohner entlang der eingerichteten Umleitung um die Brücke herum waren und sind massiv beeinträchtigt. Auch die weiträumigen Umfahrungen haben zu langen Staus auf der A4 bis hin zur Rheinquerung südlich von Köln geführt. „Nicht nur das Sauerland leidet, sondern das halbe Ruhrgebiet, das über die A45 in der Regel in Richtung Süden Deutschlands fährt – vom Lkw-Verkehr gar nicht erst anzufangen“, schreibt der Soester Anzeiger treffend.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung am 3. November 2021 erklärt, eine Politik für die Mitte machen zu wollen. Ich zitiere: „Eine Politik der Mitte beschäftigt sich nicht mit Ideologien, sondern mit der alltäglichen Realität der Menschen“, sagte der Ministerpräsident.

Die Realität ist nun am 9. Dezember beim Bürger, Autofahrer, Lkw-Fahrer, Spediteur, Handelsvertreter, Unternehmer, Arbeitnehmer, Pendler und bei vielen anderen angekommen. Ihre Wege und Wegezeiten werden sich dramatisch verlängern, Transportkosten werden steigen. Sie leiden damit auch unter der völlig falschen Akzentuierung der Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Alleine seit Regierungsantritt des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr zwar neun Pressemitteilungen, in denen frohlockend über Fortschritte rund um den Radverkehr berichtet wird, aber keine einzige, die den miserablen Zustand des Straßennetzes thematisiert. Die Realität ist aber bei all denen angekommen, für die das Lastenrad keine Alternative ist, bei der großen Mehrheit, die offenbar täglich über 65.000 Fahrten über die Brücke unternimmt, besser gesagt: unternommen hat.

Der zu erwartende Ausfall an Wertschöpfung dürfte jeden Monat im mehrstelligen Millionenbereich liegen. Die Belastungen und Belästigungen der Anwohner, Gewerbetreibenden, Pendler und Reisenden sind dabei noch gar nicht einbezogen.

Jahrzehntelang haben Schwarz und Rot mit ihren grünen und gelben Anhängseln die Infrastruktur verrotten lassen. Sie haben das Geld der Steuerzahler lieber verjuxt. Nun muss endlich schnell Abhilfe geschaffen werden, um den zu erwartenden Kollaps von rund 50 weiteren großen, baugleichen Brücken in Nordrhein-Westfalen gerade noch so zu verhindern.

Das Fazit: Wer seinen eigenen Beritt nicht im Griff hat, der wird in der etablierten Politik nach oben befördert, sei es Frau von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin oder seien es Sie, Herr Wüst, zum Ministerpräsidenten. Wie das das Vertrauen der Bürger in die Demokratie und die politische Klasse stärken soll, ist mir schleierhaft und wird mir wahrscheinlich auch immer schleierhaft bleiben. Wie sollen die Bürger Ihren täglichen Weisheiten zu Corona vertrauen, wenn Sie nicht einmal Ihr Fachressort im Griff haben?

Meine Damen und Herren, „nicht im Griff haben“, das galt und gilt auch für die Jahrhundertflut. Das Versagen vor und während der Flut klären wir nun, wie von uns gefordert, in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf. Aber die Landesregierung versagt weiter. „Gelder kommen nur tröpfchenweise an: In NRW hängen Tausende Fluthilfe-Anträge fest“, titelt der Focus und schreibt:

„Etwa fünf Monate nach der verheerenden Flutkatastrophe in Teilen Nordrhein-Westfalens sitzen viele der Opfer nun auf den Kosten. Hilfe vom Staat? Fehlanzeige. Interne Dokumente zeigen jetzt, weshalb so viele der beantragten Fluthilfen noch nicht ausgezahlt, geschweige denn bearbeitet worden sind.“

Fast fünf Monate ist die Flutkatastrophe nun schon her, dennoch warten viele Flutopfer in Nordrhein-Westfalen nach wie vor auf ihre Aufbauhilfe. Wie die WAZ am Montag aus einem internen Protokoll einer Besprechung Beteiligter zitiert, komme die Auszahlung der staatlichen Hilfsmittel an die privaten Haushalte erheblich langsamer voran als bisher geplant. Lediglich 3.400 der 9.000 gestellten Anträge hätten erst die sogenannte Vorprüfung durchlaufen, der Rest stecke noch in der Warteschlange. So geht es aus dem internen Protokoll hervor.

„Die zuständigen Bezirksregierungen [...] wollten einen Stau der Anträge unlängst vermeiden. Um den Behörden die Arbeit zu erleichtern und den Prozess effizienter zu gestalten, wurde Mitarbeitern der NRW-Bank sowie eines privaten Dienstleisters die Bearbeitung der Anträge zugeteilt. Von einer schnelleren Bearbeitungszeit ist dennoch nichts zu sehen.“

So der Focus. Durch Ihre Unfähigkeit werden die Menschen im Stich gelassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Genauso lassen Sie Polizisten im Stich. Es ist ja mittlerweile hinlänglich bekannt, dass CDU, SPD, Grüne und FDP die Polizei über Jahrzehnte kleingespart haben, sie personell im Stich gelassen haben, ihnen das Weihnachtsgeld gestrichen haben, ihnen ihr Urlaubsgeld genommen haben und ihnen obendrauf noch eine Überstunde nach der anderen aufgebürdet haben.

Aber eigentlich müssten wir doch die, die uns schützen sollen, vernünftig bezahlen. Dabei möchte ich auch noch mal an die Beamten in Wechselschicht erinnern. Das sind diejenigen, die mal morgens früh nach Hause kommen, dann mittags und am nächsten Tag vielleicht abends oder nachts. Was das für deren Schlaf, für deren Rhythmus, für die Familien, die Zufriedenheit im Job und im Leben bedeutet, das können Sie sich möglicherweise gar nicht vorstellen.

Was das für die Attraktivität des Berufsbildes bedeutet, das sollte auch klar sein. Wir haben daher folgerichtig beantragt, die Wechselschichtprämie endlich zu erhöhen. Mit uns hätte jeder Polizist und jede Polizistin im Schichtdienst 200 Euro monatlich mehr in der Tasche. Das wäre echte Wertschätzung. Sie lehnen das ab. Die Polizisten können sich das für den Wahntag merken.

Das Gleiche gilt für die Kollegen der Bereitschaftspolizei, für die Tutoren, die unsere jungen Kommissaranwärter ausbilden. Auch dazu von Ihnen: nein, nein, nein – dreimal Nein zur Wertschätzung der Arbeit dieser Beamten.

Sie geben hier jeden Tag Millionen für Mumpitz aus. Ein Beispiel für Mumpitz habe ich vorhin genannt: für unsinnige Integrationsprojekte, teure Genderlehrstühle und was weiß ich nicht noch alles. Aber für die Leute, die für unsere Sicherheit sorgen sollen, gibt es von Ihnen nur Ablehnung.

Nicht nur deswegen lehnen wir auch Ihren Haushaltsentwurf ab. Sie hatten es in der Hand, und Sie haben es nicht hinbekommen.

Sie verantworten nicht nur diesen Haushalt, der für sich schon eine finanzpolitische Frechheit ist, sondern damit auch, dass dies der letzte Haushalt einer schwarz-gelben Landesregierung für lange, lange Zeit, wenn nicht gar für immer ist. Die Unterschiede zur abgewählten rot-grünen Vorgängerregierung sind einfach nicht groß genug. Ja, Sie betonen auch noch die Austauschbarkeit von Schwarz, Rot, Grün und Gelb an jeder noch so unpassenden Stelle.

Einig sind Sie sich, wenn Sie die Wähler der AfD im Landtagspräsidium ausgrenzen. Ebenso einig sind Sie sich, wenn Sie sich die Zuwendungen für sich selbst auf Kosten des Steuerzahlers erhöhen, und genauso, wenn es um die neuen Prachtbauten für die Landtagserweiterung geht. Kein Wunder, dass Sie da auch gegen Volksabstimmungen sind; denn es ist kaum vorstellbar, dass der Bürger das alles so absegnen würde.

Nicht nur da sind unsere Unterschiede zu Ihnen eindeutig:

Wir werden die Grunderwerbsteuer abschaffen und damit Familien beim Eigentumserwerb helfen, ganz konkret. Bei Ihnen passiert nichts.

Wir werden endlich ein vernünftiges Baustellenmanagement schaffen, damit die Menschen nicht täglich im Stau stehen müssen. Das hätten Sie schon als vormaliger Verkehrsminister hinbekommen müssen.

Wir werden gegen die Nullzinspolitik protestieren, die Inflation stoppen und den Menschen ihr Geld lassen, den Sparern wieder Zinsen geben. Das ist echte Sozialpolitik.

Wir werden endlich die Grenzen und damit unsere Bürger vor Kriminalität und Zuwanderung in die Sozialsysteme schützen.

Wir werden das Zwangsabgabensystem des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks stoppen.

Wir werden, wo immer rechtlich möglich, die 75.000 ausreisepflichtigen Ausländer in NRW abschieben. Das gilt insbesondere für Clanmitglieder und terroristische Gefährder.

Wir werden uns dafür einsetzen, das Wohngeld zu erhöhen, um die Mieten wieder bezahlbar zu machen.

Mit uns werden Geimpfte nicht mehr gegen Ungeimpfte aufgehetzt werden. Für uns sind die Grundrechte garantiert, und zwar für alle, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Wir setzen uns für ein neues Wahlrecht ein, um den aufgeblähten Landtag zu verkleinern

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

und über 200 Millionen Euro einzusparen.

Wir wollen die Bürger beteiligen und Volksabstimmungen in NRW einführen. Unser Motto ist, dem Bürger zu vertrauen, anstatt ihm zu misstrauen.

Wir werden die Zusammenarbeit mit Erdogans DITIB an unseren Schulen beenden. Wie können Sie es zulassen, dass die Türkei mittelbar in unseren Schulunterricht hineinregiert?

Wir werden mit der von uns entwickelten Wertschätzungsprämie das Ehrenamt und die Feuerwehr stärken.

Meine Damen und Herren, es sind die letzten Plenartage in diesem Jahr; das Land steckt im nächsten Teillockdown. Wer sich im Sommer für eine Bratwurst hat impfen lassen, muss sich nun im Winter testen lassen, um eine Bratwurst zu essen.

Es ist an der Zeit, dass wir alle miteinander und gerade Sie, die Sie im Brustton der Überzeugung eine Fehleinschätzung nach der anderen und ein nicht zu haltendes Versprechen nach dem anderen gegeben haben, die Möglichkeit zur Besinnung nutzen. Unser Land kann kein Mehr an Zerrissenheit und Inkompetenz gebrauchen, sondern benötigt im Gegenteil Zusammenhalt und Kompetenz. Dafür stehen wir bereit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Wagner. – Jetzt hat für die Landesregierung der Ministerpräsident Herr Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Ministerpräsident: Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie und ihre Bekämpfung erfordern in diesen Tagen wieder volle Aufmerksamkeit und auch enorme Anstrengungen.

Die Omikronvariante ist auf dem Vormarsch und breitet sich weltweit rasant aus. Jeden Tag gibt es neue Erkenntnisse über die Omikronmutation und ihre Folgen. Schon heute ist aber klar: Impfen schützt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gerade bei der Omikronvariante kommt es auf die Boosterimpfung an.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Alles boostern!)

Umso dankbarer bin ich, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Angebote zum Boostern und Impfen so intensiv nutzen. Noch am 1. Dezember waren erst 13,6 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen geboostert; heute sind es 26 %, also doppelt so viele wie vor zwei Wochen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Allein in den vergangenen sieben Tagen haben sich rund 1,7 Millionen Menschen impfen lassen; davon waren knapp 100.000 Erstimpfungen. Ich finde, das ist eine tolle Entwicklung, denn jede Impfung zählt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insgesamt liegen wir jetzt bei rund 5 Millionen Boosterimpfungen in Nordrhein-Westfalen und damit im bundesweiten Vergleich auf Platz zwei. Bundesweit wurden bis heute 21,5 Millionen Boosterimpfungen ermöglicht – und das, noch bevor der neue Krisenstab erstmals getagt hat.

Ich bin froh, dass der neue Bundesgesundheitsminister, Professor Lauterbach, am ersten Tag seiner Amtszeit festgestellt hat, dass für die Impfkampagne bis zum Jahresende die 30 Millionen Impfdosen, die wir gemeinsam umsetzen wollen, zur Verfügung stehen. Und ich danke ganz herzlich den Kommunen und allen, die dabei mithelfen, für ihre kreative und pragmatische Arbeit, das auch umzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mein Dank gilt auch den vielen Ärztinnen und Ärzten sowie all denen, die ihnen und an anderen Stellen helfen, eifrig zu impfen. Sie alle bringen die Impfung zu den Menschen. Mit 1,7 Millionen Impfungen in sieben Tagen haben wir deutlich mehr geschafft als auf dem Höhepunkt der sommerlichen Impfkampagne mit den großen Impfzentren. Das ist den vielen Menschen geschuldet – ihnen allen sei gedankt –, die in den letzten Wochen wieder richtig in die Hände gespuckt haben. Ganz, ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall von der CDU, der FDP und Arndt Klocke [GRÜNE])

Seit dieser Woche können auch Kinder zwischen fünf und elf Jahren geimpft werden; das ist gerade für Kinder mit Vorerkrankungen ein wichtiger Schritt. In vielen Kommunen gibt es schon ganz konkrete Aktionen für Kinderimpftage.

Ganz wichtig aber bleibt, dass die Erwachsenen mit gutem Vorbild vorangehen, auch wenn die Entscheidung bei manchem länger – objektiv gesehen: zu lange – reifen musste. Ich begrüße sehr, dass sich Joshua Kimmich zur Impfung entschieden hat – besser spät als nie. Vielleicht bringt ja gerade seine Geschichte auch andere Zweifler zur richtigen Einsicht.

Impfen bedeutet Schutz und mehr Freiheit gerade für Kinder und Jugendliche, die in der Pandemie zum Schutz anderer auf vieles verzichten mussten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Infektionszahlen sind aber weiterhin zu hoch, auch wenn wir im bundesweiten Vergleich bei der Sieben-Tage-Inzidenz konstant im unteren Mittelfeld liegen. Vorsicht, Wachsamkeit und Voraussicht bleiben das Gebot der Stunde.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch 2021 war kein normales Jahr, sondern von der Pandemie geprägt. So ist es auch wenig verwunderlich, dass am Beginn der Haushaltsrede die aktuelle Coronalage steht. Auch wenn wir es uns sicherlich alle anders wünschen, wird uns die Pandemie auch im Jahr 2022 beschäftigen. Die Auswirkungen der Pandemie spürt jeder Einzelne – gerade die Kinder und Jugendlichen. Die Auswirkungen der Pandemie schlagen sich auch im Landeshaushalt nieder.

Und doch sage ich Ihnen, was ich schon in meiner Regierungserklärung am 3. November gesagt habe: Wir haben alle Chancen, sozialen Zusammenhalt, nachhaltigen Klimaschutz und eine starke Wirtschaft miteinander zu versöhnen. Wir haben alle Chancen! Wir haben alle Chancen, jedem Einzelnen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Wir haben alle Chancen, auch in Zukunft liebenswerte Heimat, ein sicheres Land und das soziale Gewissen der Republik zu sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 haben wir begonnen, die Potenziale unseres Landes endlich beherzt zu heben und seine Chancen zu ergreifen. Nordrhein-Westfalen geht voran. Nordrhein-Westfalen kommt voran. Wir modernisieren, wir investieren, wir stärken das Miteinander. Wir schaffen Chancen für das Land und vor allem für die Menschen.

Wir haben alle Chancen. Das soll auch für unsere Kinder und Enkelkinder gelten. Deshalb steht die Nordrhein-Westfalen-Koalition von Beginn an für solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Vorausschauen und vorsorgen heißt auch, die Schuldenbremse einzuhalten und Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu schaffen. 2018 ist es zum ersten Mal seit 1973 gelungen, den Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die gute Entwicklung vor der Coronapandemie haben wir genutzt, um Schulden zu tilgen und eine Rücklage aufzubauen. Der Haushalt für das Jahr 2022 ist der fünfte in Folge, der ohne neue Schulden auskommt. Das schafft Nachhaltigkeit gegenüber der nachfolgenden Generation, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder alle Chancen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ja, auch haushaltspolitisch hat uns die Pandemie gefordert. Wir haben ganze Branchen und auch die kommunale Familie unterstützt; gleichzeitig sind Steuereinnahmen in großem Umfang weggefallen.

Wir haben Anfang des letzten Jahres gemeinsam einen Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro aufgespannt. Ich danke allen demokratischen Fraktionen im Landtag für diesen gemeinsamen Weg. Der Rettungsschirm bleibt Kernstück unserer Krisenbewältigung. Mit 13 Milliarden Euro konnten wir bis heute Menschen in Not, Branchen und den Kommunen helfen.

Die jüngsten Entwicklungen haben noch einmal Schutz und Unterstützung notwendig gemacht. Daher ist es gut, dass weiterhin Mittel im Rettungsschirm zur Verfügung stehen. Es war klug, die Mittel aus dem Rettungsschirm nicht vorschnell für andere Wünsche auszugeben, wie es manch einer gefordert hat. Wenn der Rettungsschirm am Ende nicht voll ausgeschöpft wird, ist das aus meiner Sicht gut, denn das bedeutet weniger Schulden und mehr Handlungsmöglichkeiten für die nächste Generation.

(Bodo Löttgen [CDU]: So ist es!)

Es ist mir auch persönlich wichtig. Auch künftige Generationen müssen die Chance haben, mit ihren Krisen umzugehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unser Blick ist trotz der Pandemie in die Zukunft gerichtet. Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau – damit schaffen wir Chancen für jede Einzelne und jeden Einzelnen, damit schaffen wir Chancen für uns alle als Gesellschaft. Der Haushalt 2022 sieht Rekordinvestitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro vor. Im kommenden Jahr stellen wir mehr Geld für Zukunftsinvestitionen bereit als in jedem Haushalt der Landesgeschichte vorher.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die gesamten Investitionsausgaben in dieser Legislaturperiode liegen bei über 44 Milliarden Euro. Das sind 58 % mehr als in den fünf Jahren vorher unter Rot-Grün. Es wird so viel wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen investiert. Wir sorgen damit dafür, dass Nordrhein-Westfalen alle Chancen hat und alle Chancen nutzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Thema „innere Sicherheit“: In der Innenpolitik fahren wir eine Nulltoleranzstrategie gegen jede Form von Kriminalität. Wir stärken unsere Polizei und Sicherheitsbehörden: personell, technisch und auch rechtlich. Clankriminalität, Kindesmissbrauch und Extremismus haben wir den Kampf angesagt. Für uns ist glasklar: Regeln setzt der Staat, und sie gelten für alle in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Politik trägt Früchte. Nordrhein-Westfalen ist so sicher wie in den letzten 30 Jahren nicht mehr. Diese Politik setzen wir im Jahr 2022 fort, damit unser Land auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Heimat und Kultur: Heimat wird vor Ort gelebt. Deshalb stärken wir unsere Kommunen und fördern Heimat. Die Zuweisungen an die Kommunen sind auf Rekordniveau. 14 Milliarden Euro werden es in 2022 sein, gegenüber 2017 ein Plus von 30 %. Gleichzeitig gibt es eine deutliche Entlastung, zum Beispiel beim Unterhaltsvorschuss, durch die Streichung der Solidaritätsumlage und bei den Kosten der Unterkunft. Das hilft dauerhaft, weil es strukturell entlastet. Das ist kommunalfreundliche Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

150 Millionen Euro für Heimatförderung, und auch bei der Kultur haben wir Wort gehalten. 2022 gibt es im Vergleich zu 2017 50 % mehr Förderung für die Kultur in Stadt und Land. Die Landesregierung steht wie keine Regierung zuvor an der Seite der Städte und Gemeinden. Gemeinsam sorgen wir für eine attraktive, eine solidarische, eine starke Heimat in Nordrhein-Westfalen.

Zur Lebensqualität unseres Landes gehört auch ein attraktives Mobilitätsangebot. Wir sorgen für beste Mobilität, ideologiefrei und auf allen Verkehrsträgern. Seit 2017 haben wir 600 Millionen Euro vom Bund nach Nordrhein-Westfalen geholt, die uns eigentlich gar nicht zugestanden hätten, der größte Teil für Ersatzneubauten und Sanierungen. Wir sanieren endlich auch unsere Landesstraßen. Im kommenden Jahr stehen dafür mehr als 213 Millionen Euro bereit, ein Plus von 60 % gegenüber 2017. Es werden 3 Milliarden Euro zusätzlich für besseren ÖPNV bereitgestellt. Es gibt 580 km neue Radwege. Und das neue Azubiticket ist über 300.000 Mal verkauft worden – ein absoluter Bestseller. Unter dem Strich können wir heute mit Blick auf die Mobilität sagen: Wir machen Mobilität in Nordrhein-Westfalen besser, sicherer und sauberer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gesundheit: Die Pandemie hat uns noch einmal klargemacht, wie wichtig eine leistungsstarke Gesundheitsversorgung ist. Mit Rekordinvestitionen sorgen wir dafür, dass sich alle Menschen überall im Land auf eine beste medizinische Versorgung verlassen können. Die neue medizinische Fakultät in Bielefeld hat zum Wintersemester ihren Betrieb aufgenommen. 184 Medizinstudienplätze haben wir im Rahmen der Landarztquote vergeben, damit die Menschen auf dem Land eine gute Versorgung haben. Bis 2022 2 Milliarden Euro mehr Investitionen in Krankenhäuser als in der letzten Wahlperiode, vollständige Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfach-

berufen – so schaffen wir beste Medizin für alle überall in Nordrhein-Westfalen. Das ist unsere Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will auf drei Themen, die mir besonders am Herzen liegen, besonders eingehen:

Erstens. Chancen eröffnen für Kinder, Familien und Bildung.

Zweitens. Chancen schaffen durch Innovation, Wissenschaft und Technik

Drittens. Chancen nutzen, um Klimaschutz und Industrie zu versöhnen.

Unser Land hat alle Chancen, wenn unsere Kinder alle Chancen haben, wenn Familien alle Chancen haben, wenn Jugendliche alle Chancen haben, wenn alle Kinder gute Bildungschancen haben. Deshalb ist ein Fokus unserer Arbeit als Landesregierung klar: Chancen eröffnen für Kinder, Familien und Bildung.

Geld, das wir in die Zukunft unserer Kinder investieren, könnte nicht besser angelegt werden. Unser Anspruch ist: Wohlstand durch Bildung und Aufstieg durch Bildung, unabhängig von der Herkunft. Das fängt bei den Kleinsten an und zieht sich wie ein roter Faden durch bis in Ausbildung oder Studium.

Wir stärken die frühkindliche Bildung. Wir haben die Unterfinanzierung der Kitas beendet, die uns hinterlassen wurde. 750 Millionen Euro werden pro Jahr zusätzlich bereitgestellt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir entlasten die Fachkräfte in den Kitas, verbessern die Betreuung und die Qualität. Gleichzeitig bauen wir das Betreuungsangebot aus. Für neue Betreuungsplätze haben wir in diesem Jahr 115 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im kommenden Jahr legen wir die gleiche Summe obendrauf. Dreieinhalbtausend Alltagshelfer sollen auch weiterhin in Kindertageseinrichtungen mit anpacken. 46 Millionen werden dafür aus dem Rettungsschirm zur Verfügung gestellt.

Eine gute Kinderbetreuung ist der beste Garant für echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das gilt auch später in der Schule. Die Nachfrage an Plätzen im Offenen Ganztage nimmt immer weiter zu. Alle Plätze, die in den letzten Jahren nachgefragt wurden, haben wir bereitgestellt. Darauf werden sich die Menschen, darauf werden sich die Familien auch im neuen Jahr verlassen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit 2017 haben wir rund 55.000 zusätzliche Plätze im Offenen Ganztage geschaffen. Das schafft gute Betreuung, das schafft konkrete Chancen für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie kaum einen anderen Etat hat die Landesregierung den Bildungsetat in den letzten Jahren kontinuierlich und erheblich erhöht, seit dem Regierungswechsel um mehr als 3,1 Milliarden Euro, auch im nächsten Jahr 500 Millionen Euro, eine halbe Milliarde, noch mal on top, dauerhaft und strukturell. Nie zuvor wurde in Nordrhein-Westfalen mehr Geld für Bildung ausgegeben als in dieser Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie alle Bundesländer brauchen auch wir weiterhin dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Wir schaffen auch im kommenden Jahr zusätzliche Lehrerstellen und setzen alles daran, sie auch zu besetzen. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen haben wir die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert. So war es für uns keine Frage, den Tarifabschluss 2019 eins zu eins für die Beamtinnen und Beamten des Landes und damit auch für die Lehrerinnen und Lehrer zu übernehmen. Das war früher beileibe nicht immer so.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Durch den massiven Ausbau der Lehramtsstudienplätze werden in wenigen Jahren zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ich sage allen Lehrerinnen und Lehrern überall in Deutschland: Kommt an unsere Schulen in Nordrhein-Westfalen. Ihr seid Chancenschaffer, und ihr seid herzlich willkommen bei uns in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir schätzen unser vielfältiges Schulsystem, und deshalb behalten auch Träger von Ersatzschulen Investitionszuschüsse für die Rückkehr zu G9.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Digitalisierung werden wir aufholen. Dafür steht in dieser Wahlperiode eine Rekordsumme von 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit ermöglichen wir eine echte digitale Aufholjagd. Wir wollen, dass eine zeitgemäße digitale Ausstattung allen Kindern zur Verfügung steht, damit alle Kinder beste Bildungschancen haben.

Wir fangen da an, wo die Kinder zusätzliche Unterstützung am dringendsten brauchen. Deshalb stehen über 360 Millionen Euro für die Ausstattung von bedürftigen Kindern mit digitalen Endgeräten bereit. Genau da, genau an diesen Orten haben wir auch die 60 Talentschulen ins Leben gerufen. Bildungserfolg und Aufstiegschancen hängen noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Genau da setzen die Talentschulen an – mit bester Ausstattung und mit zusätzlichem Personal.

Wir sind mit 60 Talentschulen angefangen. Klar ist: Weitere Schritte werden folgen. Und mit dem Schulsozialindex werden wir dort zusätzliches Personal einsetzen, wo Kinder besondere Unterstützung

brauchen. So schaffen wir Chancen durch Bildung genau da, wo es besonders nötig ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu den drängendsten sozialen Fragen gehört ohne Zweifel die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Bezahlbares Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge. Leider beobachten wir in vielen Städten unseres Landes seit Jahren immer weiter steigende Miet- und Immobilienpreise. Besonders für Familien ist der Wohnungsmarkt in vielen Teilen des Landes extrem schwierig. Deshalb hat die Landesregierung ab 2017 gegengesteuert. Denn klar ist: Nur wenn das Angebot an Wohnraum steigt, sinkt der Druck auf den Wohnungsmarkt.

Deshalb ist zentral, ein Klima für Neubau in unserem Land zu schaffen. Wohneigentum ist zugleich der beste Schutz gegen Altersarmut. Das Volumen der Wohnraumförderung lag von 2011 bis 2016 im Durchschnitt bei 680 Millionen Euro im Jahr. Inzwischen liegen diese Fördermittel bei 1,1 Milliarden Euro.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Hört, hört!)

Der Hauptteil dient dem Neubau und der Modernisierung von preisgebundenem Wohnraum.

Neben bezahlbaren Mietwohnungen wollen wir auch, dass sich Familien den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Ziel der Landesregierung ist, gerade Familien mit Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer, beim Erwerb des eigenen Hauses oder der eigenen Wohnung zu unterstützen. Leider steht das Bundesrecht dem bisher noch im Weg. Die neue Bundesregierung hat aber angekündigt, die notwendigen Regelungen zu schaffen. Sobald dies der Fall ist, werden wir sie in Nordrhein-Westfalen nutzen, um Familien beim Immobilienkauf signifikant zu entlasten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber wir wollen darauf nicht warten. Wir wollen schon jetzt etwas tun. Im kommenden Jahr gibt es deshalb ein Sofortprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro. Wir fördern damit Familien, die ein Haus bauen

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

oder eine Wohnung kaufen – je größer die Familie, desto größer die Förderung. So schaffen wir Chancen für Familien, Eigentum zu schaffen und Wurzeln zu schlagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will, dass Nordrhein-Westfalen zum Land der Eigentümer wird, und wir fangen jetzt damit an.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter wichtiger Punkt: Chancen schaffen durch Innovation, durch Wissenschaft und Technik. Genau

darin liegt der Schlüssel – ein Schlüssel für unser Land, das vorangeht, für ein zukunftsfestes Nordrhein-Westfalen, für eine Heimat, die auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Auch hier gilt: Wir haben alle Chancen. Nordrhein-Westfalen ist der dichteste Hochschul- und Wissenschaftsstandort Europas. Wir sind in den letzten Jahren noch stärker geworden. Die Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen ist exzellent. Ein Beispiel dafür ist das Forschungszentrum Jülich. Dort werde ich Mitte Januar zusammen mit EU-Kommissarin Gabriel den Quantencomputer JUNIQ in Betrieb nehmen. Es ist ein ganz wichtiger Schritt, um unser Land zum führenden Standort für Hochleistungsrechnen zu machen.

Das ist in vielen Bereichen der Forschung unverzichtbar. Es ist eine Grundkompetenz für Top-Innovationen. Mit dieser geballten Rechenpower beantworten wir die großen Fragen der Zukunft aus dem Bereich des Klimawandels, der Künstlichen Intelligenz, der Medikamenten- und Impfstoffforschung.

Neue Leuchttürme der Wissenschaft in unserem Land sind auch das Helmholtz-Center für Wasserstoffwirtschaft oder das nationale Zentrum für Tumorerkrankungen in Essen. Hier und an vielen anderen Orten in unserem Land werden Innovationen geschaffen und Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit entwickelt.

Das gilt im Besonderen für die Exzellenzcluster und Exzellenzuniversitäten – besonders erfolgreich bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir haben 14 Exzellenzcluster. Die Universität Bonn, die RWTH Aachen reichen noch einmal besonders heraus, sie sind sogar Exzellenzuniversitäten.

Die Universität Bonn hat sechs Exzellenzcluster. In aller Bescheidenheit und bei allem Respekt: Sechs Exzellenzcluster allein an der Uni Bonn, das ist so viel wie an allen Universitäten in Bayern zusammen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das zeigt, auf welchem Spitzenniveau in Nordrhein-Westfalen Forschung und Lehre betrieben werden. Die neue Hochschulvereinbarung, die vier Jahre lang Verlässlichkeit schafft, sieht deshalb zusätzliche Sachmittel in Höhe von 330 Millionen Euro für unsere Hochschulen vor. Der Gesamtetat für Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen steigt um mehr als 110 Millionen Euro auf knapp 854 Millionen Euro, ein Plus von 15 % in einem Jahr.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Klar ist, die Innovationen von heute sind die Chancen von morgen, die Chancen für gute, sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, die Chancen für Wohlstand, die Chance, Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Deswegen

investieren wir da Rekordsummen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der große Treiber der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung ist die Digitalisierung. Auch sie schafft enorme Chancen. Nordrhein-Westfalen hat seit dem Jahr 2017 eine große digitale Aufholjagd gestartet und ist bei digitaler Infrastruktur und Verwaltung heute Vorreiter in Deutschland. Ein wichtiger Treiber dafür ist die Digitalstrategie der Landesregierung. Die meisten Ziele sind umgesetzt, alle anderen sind in Umsetzung.

Schnelles Internet in allen Teilen des Landes ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung – seit dem Regierungswechsel siebenmal so viel Privathaushalte mit Gigabitzugang, doppelt so viel Glasfaser in Gewerbegebieten und viermal so viel in den Schulen. Weil wir auch die letzten Funklöcher schließen wollen, gehen wir mit der Fortschreibung des Mobilfunkpaktes und weiteren LTE-Verbesserungen in die nächste Runde.

Digitalisierung ist darüber hinaus auch eine große Chance, spannende Arbeitsplätze zu schaffen. In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, ein neues Klima in Nordrhein-Westfalen zu erzeugen – ein Klima, das dazu einlädt, sich mit guten eigenen Ideen auch hier bei uns eine eigene Existenz aufzubauen, ein Klima, das dazu einlädt, ein Start-up zu gründen und voranzutreiben.

Nordrhein-Westfalen ist es gelungen, eine neue Innovations- und Gründerkultur zu etablieren. Mit dem Gründerstipendium.NRW und dem Exzellenz Start-up Center und neu mit dem Scale-up-Programm, um Gründerinnen und Gründer beim schnellen Wachstum und der Internationalisierung zu unterstützen.

Innovationen auch im Bereich der Mobilität: Deshalb haben wir die Förderung der Elektromobilität für die Jahre 2020 und 2021 um 35 Millionen Euro erhöht. Die Zahl der öffentlichen Ladepunkte für E-Fahrzeuge soll sich bis 2022 auf 12.000 erhöhen. Gestern wurde der modernste Großladeplatz Europas am Kamener Kreuz eröffnet.

Es tut sich eine ganze Menge. Im Oktober – interessanter Fakt – wurden in Nordrhein-Westfalen mehr Elektroautos als Dieselfahrzeuge neu zugelassen. Aus dem Henne-Ei-Problem ist eine echte Chance geworden, auch Individualmobilität sauber zu machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau den Weg gehen wir weiter, damit die Menschen überall im Land sauber mobil sein können.

Wenn wir alle Chancen nutzen, die sich uns durch Innovation, Wissenschaft und Technik bieten, haben wir alle Chancen für das dritte Thema, das mir besonders am Herzen liegt: Chancen nutzen, um den

Klimaschutz, die Bewahrung der Schöpfung und die Industrie zu versöhnen. Wir müssen klimaneutral werden und Industrieland bleiben. Nur so bleiben Wohlstand, soziale Sicherheit und gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen erhalten. Diese Verbindung zu schaffen, ist das Kernthema unserer Zeit. Dafür brauchen wir neben Innovation, Wissenschaft und Technik auch das gesellschaftliche Miteinander sowie den Ausgleich und den Willen, dieses Generationenprojekt gemeinsam zu meistern.

Wir sehen die Chance, aber wir sehen auch die Ängste und Sorgen der Menschen, gerade der jungen Menschen. Ich sehe die Sorgen derjenigen, die freitags auf die Straße gehen, weil sie den Klimawandel fürchten. Ich sehe genauso die Sorgen derjenigen, die um ihre Jobs fürchten, die um die Übernahme nach der Ausbildung fürchten oder die Sorge der Familien vor der nächsten Stromrechnung. Klimaschutz und Industrie zu versöhnen, ist nicht nur eine Frage der Energiepolitik, sondern auch eine soziale Frage. Gerade hier bei uns wissen wir, dass es eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist.

Mein Ziel ist es, den Menschen, gerade den jungen Menschen, die Ängste, die sie haben, zu nehmen. Sie sollen wissen: Wir tun alles, um das Klima zu schützen. Wir tun aber auch alles dafür, Industrieland zu bleiben, damit sie ein Leben lang gute Arbeitsplätze haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist ein Mammutprojekt, es ist ein Generationenprojekt. Ich will, dass aus diesem Generationenprojekt ein Versöhnungsprojekt wird, und genau deshalb braucht es den gemeinsamen Willen. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen haben dazu alle Chancen, und ich will, dass wir diese Chancen aufgrund unserer Erfahrungen nutzen. Deshalb tun wir mehr für den Klimaschutz als je zuvor.

Leitend ist ganz klar das Pariser Klimaschutzabkommen. Wir arbeiten mit großem Engagement daran, die dort gesteckten Ziele zu erreichen, und zwar so schnell wie möglich. Deshalb haben wir die Haushaltsmittel für den Klimaschutz und für die Energiewende zwischen 2017 und 2021 versiebenfacht. Im kommenden Jahr werden wir sie noch einmal mehr als verdoppeln, auf dann knapp 350 Millionen Euro. Das bedeutet: Nordrhein-Westfalen investiert dann 14 mal mehr Geld in den Klimaschutz als unter der Vorgängerregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir investieren, und wir gehen voran. Mit der Neufassung des Klimaschutzgesetzes haben wir die bislang bestehenden Ziele noch einmal deutlich hochgesetzt. Wir wollen 2045 klimaneutral wirtschaften; also statt 80 % bis 2050, 100 % bis 2045. Im Gesetz

haben wir außerdem konkrete, verbindliche Zwischenziele ergänzt. Schon heute sind wir unter den Ländern Spitzenreiter bei der Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Wir haben die Emissionen von 1990 bis 2020 um 45 % gesenkt. Der Bundesschnitt liegt nur bei einer Reduzierung von 40 %. Das ist ein Erfolg, aber wir dürfen uns darauf natürlich nicht ausruhen.

Die Ampel in Berlin hat sich in ihrem Koalitionsvertrag ebenfalls bekannt: Sie will – ich zitiere – „idealerweise“ bis 2030 aus der Kohle aussteigen. – Ich wiederhole es an dieser Stelle noch einmal: Wir in Nordrhein-Westfalen sind bereit, auf diesem Weg voranzugehen. Wir sind bereit, bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Natürlich braucht es dazu die gemeinsame Arbeit an Antworten darauf, wie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sichergestellt werden können. Wir erwarten klare Zukunftsperspektiven für die betroffenen Beschäftigten und für die betroffenen Regionen.

Eine weitere Voraussetzung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Als Land liegen wir im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern auf einem Spitzenplatz,

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

obwohl die Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen nicht optimal sind und trotz dichter Besiedlung. Beim Zubau der Windenergie lagen wir im vergangenen Jahr auf Platz eins, weit vor dem grün regierten Baden-Württemberg. Bei der Photovoltaik liegen wir auf Platz drei. Der Erfolg der Energiewende hängt ganz wesentlich von der Akzeptanz und davon ab, dass die Menschen mitziehen; auch das gehört zum großen Versöhnungsprojekt dazu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb müssen wir auch beim Zubau der Windenergie alle berechtigten Interessen berücksichtigen. Dazu gehören die Interessen von Anwohnern genauso wie die Interessen des Artenschutzes. Hier hilft kein Schwarz-Weiß-Denken. Das führt nur zu Spaltungen, zu Spaltungen zwischen Stadt und Land oder zu Spaltungen zwischen denen, die damit verdienen, und denen, die betroffen sind, die die Last zu tragen haben.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der Umbau der erneuerbaren Energien darf nicht gegen die Menschen in den ländlichen Regionen stattfinden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb, genau deshalb, gibt es Abstandsregeln. Ich sage aber genauso klar dazu: Wenn man sich vor Ort einig ist, wenn es Konsens oder zumindest eine große Mehrheit gibt, dann kann man mit einer eigenen kommunalen Planung von diesen Regeln auch abweichen. Ich finde, dass es ein guter Beitrag zum

Versöhnungsprojekt „Energiewende“ ist, dass wir nicht die einen gegen die anderen ausspielen, sondern bei einem Konsens oder einer erdrückenden Mehrheit vor Ort die Möglichkeit schaffen, von generellen Regeln abzuweichen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das Hochwasser in diesem Jahr, aber auch die Trockenheit in den vorangegangenen Jahren haben deutlich gezeigt: Der Klimawandel ist da, und er trifft auch uns in Nordrhein-Westfalen ganz konkret. Der Wiederaufbau nach dem Starkregen und nach dem Hochwasser im Juli läuft auf Hochtouren. In unglaublich kurzer Zeit nach der Katastrophe konnte von Bund und Ländern ein milliardenschweres Paket zum Wiederaufbau geschnürt werden. Ich will noch einmal einen ganz herzlichen Dank für diese Solidaritätsleistung von Bund und Ländern aussprechen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Doch alles wieder aufzubauen, vielleicht sogar besser als vorher, wird noch dauern. Das schmerzt, das schmerzt gerade zu Weihnachten. Es treibt uns aber auch dabei an, alle Möglichkeiten zur Beschleunigung zu nutzen. Und es treibt uns an, den Klimawandel noch entschiedener zu bekämpfen und uns gegen seine Folgen zu wappnen.

Das Jahr 2021 war ein Jahr, das uns gefordert hat. Für manche war es hart, für einige bitter. Das Jahr 2021 war aber auch ein Jahr, das uns gezeigt hat, was wir alles schaffen können, wenn wir zusammen anpacken. Wenn ich zurückblicke und auf das Geleistete schaue, dann weiß ich: Wir haben alle Chancen. Bei uns entstehen die Innovationen, die Klimaschutz, gute Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand versöhnen. Bei uns lassen sich Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbände und Kommunen gemeinsam in die Pflicht nehmen, um das Generationenprojekt „Klimaschutz“ zu einem Versöhnungsprojekt zu machen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist die Heimat von Innovation und Spitzenforschung. Das gibt uns die Chance, alle Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Bei uns zählt jede und jeder, deshalb setzen wir auf Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit. Bei uns steht man solidarisch zusammen, wenn es hart auf hart kommt. Das gilt in der Pandemie, und das galt auch nach der Flut. Gemeinsam haben wir in den zurückliegenden Jahren die Weichen auf Zukunft gestellt. Wir sind mittendrin. Es bleibt viel zu tun, aber wir haben alle Chancen, und wir nutzen diese Chancen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Wüst. – Für die SPD hat sich der Fraktionsvorsitzende Herr Kutschaty noch einmal zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge. Es sind drei Minuten und drei kurze Punkte, die ich einfach noch ansprechen muss. Der Ministerpräsident hat behauptet, er hätte keine Chancen gehabt, die Grunderwerbsteuer zu reduzieren oder etwas zu tun, weil die Bundesregierung auf der Bremse stehe. Das ist falsch, Herr Wüst. Sie hätten in den letzten vier Jahren alle Chancen gehabt, die Grunderwerbsteuer zu senken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von Dietmar Brockes [FDP] und Bodo Löttgen [CDU])

Sie haben das nicht gemacht. Wissen Sie, wie es bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen jetzt ankommt, wenn Sie fünf Monate vor der Landtagswahl in einer Nacht- und Nebelaktion – noch nicht einmal im Regierungsentwurf – ein Förderprogramm für den Erwerb von Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen nachschieben? Ich habe prinzipiell nichts gegen Eigentumsförderung. Aber ich will Ihnen mal sagen: Es ist so etwas von durchsichtig, dass Sie jetzt vor der Wahl noch Wahlgeschenke verteilen wollen. Sie hatten vier Jahre lang die Chance und haben sie nicht genutzt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Zweite Anmerkung:

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU und der FDP)

Der Ministerpräsident bedankt sich völlig zu Recht bei den Kommunen dafür, dass das Boostern jetzt funktioniert.

(Unruhe – Glocke)

Dieser Dank ist völlig gerechtfertigt, Herr Wüst. Denn Sie haben es den Kommunen zu verdanken, dass das Impfen hier in Nordrhein-Westfalen überhaupt funktioniert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist die Kraftanstrengung der Bundesregierung mit der Ankündigung von 30 Millionen Impfungen noch in diesem Jahr, und es ist die Kraftanstrengung der Kommunen, Impfzentren, die Sie geschlossen haben, mühsam wiederaufzubauen. Ihr Verdienst ist in diesem Bereich sehr gering.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten heute das Boosterchaos aufgeklärt. Gestern haben Sie sich noch hinter den Erlass von Herrn Laumann von Montag gestellt: vier Wochen Frist nach der zweiten Impfung. Heute sagen Sie nichts dazu. Jetzt kursieren gerade Meldungen über vier Monate. Was gilt denn jetzt? Vier Wochen oder vier Monate? Von einem Ministerpräsidenten hätte ich heute eine klare Aussage erwartet.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD – Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Dritter Punkt. Herr Löttgen, ich finde es schön, dass Sie unsere Haushaltsanträge auch lesen oder lesen lassen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nein, hat er nicht!)

Ich will Ihnen jetzt mal unterstellen, dass Sie einfach nur schlecht gelesen haben und hier nicht bewusst Unwahrheiten verbreiten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Doch, macht er immer!)

Zu unserem Investitionspaketantrag von 5 Milliarden Euro. Sie haben völlig zu Recht gerechnet: Wenn ich 5 Milliarden über 50 Jahre tilgen möchte, sind das 100 Millionen pro Jahr. Wenn Sie unseren Antrag gelesen und nicht einfach eine Behauptung aus dem Ärmel geschüttelt hätten, hätten Sie feststellen können, dass dort ab 2023 Verpflichtungsermächtigungen von 100 Millionen Euro im Jahr enthalten sind.

(Zurufe – André Stinka [SPD]: Hört, hört!)

Im ersten Jahr nur 50 Millionen einzustellen, ist völlig normal. Bei aller Dynamik gehe ich nämlich nicht davon aus, dass das Gesamtvolumen 2022 schon komplett verbraucht wird, sodass man in diesem Bereich erst die Hälfte tilgen muss.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Zu Ihren Gunsten nehme ich einfach einmal an, Sie wollten hier nicht bewusst Stimmung gegen uns und unsere Rechenkünste machen, sondern haben sich einfach verrechnet.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Macht er immer so!)

Aber das zeigt: Ökonomischer Sachverstand ist bei Ihnen nicht vorhanden.

(Beifall von der SPD und von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die FDP hat der Fraktionsvorsitzende Herr Rasche das Wort.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Daniel Sieveke [CDU]: Herr Zimkeit, seien Sie doch mal ruhig!)

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als FDP-Fraktion haben überhaupt kein Problem damit, wenn Herr Wagner und die AfD uns kritisieren oder angreifen. Das können wir als demokratische Partei sehr gut aufnehmen. Damit können wir auch leben. Aber, eines geht überhaupt nicht, Herr Wagner: Den viel zu früh verstorbenen Guido Westerwelle für die dreckige Propaganda der AfD zu missbrauchen, ist ein No-Go in diesem Haus. Das geht überhaupt nicht.

(Anhaltender Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN sowie von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident)

Parteien, die mit rechtsradikalen Zielen spielen oder sie sogar verfolgen, werden sich niemals für Freiheit einsetzen. Höcke und die AfD sind auf Rechtsaußenkurs. Sie spalten das Land ganz bewusst, und die AfD versucht, davon zu profitieren. Rechtsaußen nimmt Freiheit. Viele Personen wie Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke, Pretzell, Petry und viele, viele andere haben die AfD deswegen verlassen, weil sie nach Rechtsaußen abgedriftet ist. Die Höcke- und Wagner-AfD hat nichts mit Freiheit zu tun. Unter Ihnen stirbt die Freiheit scheinchenweise. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD hat der Fraktionsvorsitzende Herr Wagner noch einmal das Wort.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Ist schon geboostert!)

Markus Wagner*¹ (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Rasche, auf Ihren Wortbeitrag soeben lässt sich zunächst nur mit einem Satz von Helmut Qualtinger antworten:

(Zuruf von der CDU: Oh!)

„Moralische Entrüstung ist der Heiligenschein der Scheinheiligen.“ Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, haben Sie diesen soeben erbracht, Herr Rasche.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Christof Rasche [FDP] – Gegenruf von Andreas Keith [AfD])

Ich kann Ihnen eines sagen: Ihre Diffamierungen und Schmähungen sind genau die Dinge, die zu dem geführt haben, was vor ein paar Tagen in Rostock dem Landtagsabgeordneten Michael Meister passiert ist.

(Lachen von der SPD)

Worte wie die Ihren sorgen dafür, dass Politiker der AfD tätlich angegriffen werden. Sie machen sich mit dem, was Sie hier von sich gegeben haben, mitschuldig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ihr Problem ist ein ganz anderes. Ihnen wird nämlich der Spiegel dessen vorgehalten, was einmal der Wesenskern der FDP gewesen ist, nämlich die Freiheit.

(Zurufe von Dietmar Brockes [FDP] und Thomas Nüchel [FDP])

Sie ist es heute schon längst nicht mehr. Sie haben sich vor der Wahl hingestellt und gesagt, dass eine Impfpflicht mit Ihnen nicht infrage komme. Nach der Wahl sind Sie sofort umgekippt. Die FDP ist und bleibt die Umfallerpartei, die sie schon immer war, und sie wird es immer sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zu einem anstrengenden Arbeitspaket. Wir haben nämlich 91 Abstimmungen vor uns und werden uns gemeinsam vorarbeiten. Es handelt sich um die Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz 2022 und zum GFG 2022 in der dritten Lesung. Die Beratungsverfahren werden hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wir starten erstens mit der Abstimmung über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022. Das ist das Gemeindefinanzierungsgesetz oder kurz: GFG 2022. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15901, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14702 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/14702**, wie gerade festgestellt, **in dritter Lesung angenommen und verabschiedet**.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Damit kommen wir zweitens zu 87 Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2022 und den hierzu gestellten Änderungsanträgen. In den Fraktionen liegen die entsprechenden Antragslisten vor. Ich rufe immer die

Landtagsdrucksache auf und nenne zu Ihrer Orientierung die Antragstellerinnen und Antragsteller.

Wir starten mit der Abstimmung über die **Drucksache 17/15682** – Neudruck. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der **Antrag**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe zweitens die **Drucksache 17/15683 – Neudruck** – auf. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer stimmt dafür? Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **beschlossen und angenommen**.

Ich rufe dann auf: Drucksache 17/15684 – Neudruck. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Somit ist der **Antrag Drucksache 17/15684**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe viertens die Drucksache 17/15685 – Neudruck – auf. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Also ist der **Antrag Drucksache 17/15685 beschlossen**.

Ich rufe fünftens auf: Drucksache 17/15686 – Neudruck. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Also ist der **Antrag Drucksache 17/15686 beschlossen**.

Ich rufe mit der laufende Nummer 6 auf: **Drucksache 17/16034**. Es handelt sich um einen Antrag der AfD-Fraktion. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe unter der laufenden Nummer 7 die Drucksache 17/16002 auf. Das ist ein Antrag von CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/16002**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe auf: Drucksache 17/16003; Antrag von CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/16003**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe den Antrag Drucksache 17/16004 von CDU und FDP auf. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD ist der **Antrag Drucksache 17/16004**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe unter der laufenden Nummer 10 die Drucksache 17/15862 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/15862**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe auf: Drucksache 17/16039; Antrag der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und die Grünen stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Also ist der **Antrag Drucksache 17/16039**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe nun die Drucksache 17/16035, Antrag der AfD, auf. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/16035**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Drucksache 17/16040; Antrag der AfD. Wer ist dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16040** **abgelehnt**.

Ich rufe unter der laufenden Nummer 14 die Drucksache 17/16024 auf, ein Antrag der CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16024** **beschlossen**.

Ich rufe die **Drucksache 17/16005** auf, ein Antrag der CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe die **Drucksache 17/16036** auf, ein Antrag der Fraktion der AfD. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Dies ist nicht der Fall. Der **Antrag** der AfD ist damit **abgelehnt**.

Unter der laufenden Nummer 17 stimmen wir über die Drucksache 17/16037, ein Antrag der Fraktion der AfD, ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Der stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Dies ist nicht der Fall. Der **Antrag Drucksache 17/16037** ist damit **abgelehnt**.

Ich rufe die **Drucksache 17/16038** auf, ein Antrag der Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag** **abgelehnt**.

Ich rufe auf für die Drucksache 17/16030, ein Antrag der Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. – Damit ist der **Antrag** der AfD mit der **Drucksache 17/16030** **abgelehnt**.

Unter der laufenden Nummer 20 wird die **Drucksache 17/16031** abgestimmt. Der Antragsteller ist die AfD. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die **Drucksache 17/16032**, Antrag der AfD, auf. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag** **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung der Drucksache 17/16033, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? Das sind CDU, SPD, FDP und die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag** in der **Drucksache 17/16033** ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Drucksache 17/16023**, Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe dann die Drucksache 17/16006 auf, ein Antrag der CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16006**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe dann die Drucksache 17/16008 auf. Antragsteller sind die CDU und die FDP. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16008**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe zur Abstimmung über die Drucksache 17/16009 auf. Die Antragsteller sind die CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind die CDU, FDP, Grüne und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD ist der **Antrag Drucksache 17/16009**, wie gerade festgestellt, **beschlossen**.

Ich rufe die **Drucksache 17/16046** auf. Antragsteller ist die SPD. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/16007, ein Antrag von CDU und FDP, auf. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist **der Antrag Drucksache 17/16007 beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/15975 auf. Antragsteller ist die Fraktion der Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15975 abgelehnt**.

Wir kommen zur Drucksache 17/15976. Antragsteller ist die Fraktion der Grünen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15976 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15977 auf. Antragsteller ist die Fraktion der Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15977 abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag Drucksache 17/15978 der Fraktion der Grünen auf. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15978 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15974 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15974 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/16025 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD ist der **Antrag Drucksache 17/16025 beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/15968 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die Fraktion der Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion der SPD ist der **Antrag Drucksache 17/15968 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15984 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Fraktion der Grünen und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15984 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15983 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15983 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/16026 – Neudruck – auf. Antragsteller sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Ich frage der Form halber: Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16026 – Neudruck – einstimmig angenommen**.

Ich rufe die Drucksache 17/15980 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Fraktion der Grünen und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15980 abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15969 – Neudruck – auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Die Fraktion der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15969 – Neudruck – abgelehnt**.

Ich rufe die Drucksache 17/15993 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthaltungen? – Gibt es damit nicht. Folglich ist der **Antrag Drucksache 17/15993 abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag Drucksache 17/16010 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16010 beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/15994 – Neudruck – auf. Antragsteller sind CDU, FDP, SPD und Grüne. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15994 – Neudruck – beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16043 auf. Antragsteller ist die SPD. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die

Grünen. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16043 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/16011. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – SPD und Grüne. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16011 beschlossen**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/15990. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15990 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/15992. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15992 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/15991. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15991 abgelehnt**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/15979 ab. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15979 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/16012. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das sind SPD und Grüne. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16012 so beschlossen**.

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 17/15970. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt hier zu? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15970 abgelehnt**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/15985 ab. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15985 abgelehnt**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/15986 ab. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Keine.

Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15986 abgelehnt**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/16013 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das sind SPD und Grüne. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16013 so beschlossen**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/16016 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, AfD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16016 so beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16015 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16015 so beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16014 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16014 so beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16017 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16017 so beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16018 auf. Das ist ein Antrag von CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16018 so beschlossen**.

Wir kommen zur Drucksache 17/16019. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16019 so beschlossen**.

Wir stimmen über die Drucksache 17/16020 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16020 so beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/16021 auf. Das ist ein Antrag von CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16021 beschlossen**.

Ich rufe die Drucksache 17/15971 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt hier zu? – Das sind die

Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15971 abgelehnt.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/15989 ab. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15989 abgelehnt.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/15987 ab. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15987 abgelehnt.**

Ich rufe die Abstimmung über die Drucksache 17/15982 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15982 abgelehnt.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16022 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer will hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16022 beschlossen.**

Ich rufe die Drucksache 17/15981 auf. Die Antragstellung erfolgt durch die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15981 abgelehnt.**

Ich rufe die Drucksache 17/16045 auf. Antragsteller ist die SPD. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die SPD, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16045 abgelehnt.**

Wir kommen zur Drucksache 17/15972. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt dafür? – Das sind die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15972 abgelehnt.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/15995 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – CDU, FDP, AfD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15995 beschlossen.**

Wir stimmen über die **Drucksache 17/16047** ab. Antragstellerin ist die SPD. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? –

Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag abgelehnt.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16044 ab. Antragstellerin ist die SPD. Wer möchte hier zustimmen? – SPD, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag Drucksache 17/16044** ist damit **abgelehnt.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/16001 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16001 beschlossen.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/15996 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/15996** ist **beschlossen.**

Dann rufe ich die Drucksache 17/15997 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/15997** ist damit **beschlossen.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/15998 ab. Die Antragstellung erfolgt durch die CDU und die FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/15998** ist damit **beschlossen.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/15999 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/15999** ist damit **beschlossen.**

Dann rufe ich die Drucksache 17/16000 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16000** so **beschlossen.**

Jetzt kommen wir zur Drucksache 17/15988. Antragstellerinnen sind die Grünen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/15988 abgelehnt.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16041 ab. Antragstellerin ist die AfD. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16041 abgelehnt.**

Wir stimmen über die Drucksache 17/16048 ab. Die Antragstellung erfolgt durch die SPD. Wer möchte hier zustimmen? Das sind SPD, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag Drucksache 17/16048 ist abgelehnt.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16042 ab. Antragstellerin ist die SPD. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Die Grünen enthalten sich. Der **Antrag Drucksache 17/16042 ist abgelehnt.**

Ich rufe die Drucksache 17/16028 auf. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/16028 ist beschlossen.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16027 ab. Antragsteller sind CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag Drucksache 17/16027 ist damit beschlossen.**

Ich rufe die Drucksache 17/15973 auf. Antragsteller sind die Grünen. Wer stimmt dafür? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag Drucksache 17/15973 ist abgelehnt.**

Dann stimmen wir über die Drucksache 17/16029 ab. Antragstellerinnen sind CDU und FDP. Wer stimmt dafür? – CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16029 beschlossen.**

Jetzt geht es ins große Finale. Wir stimmen drittens ab über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022, also das Haushaltsgesetz 2022. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15900, den Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksachen 17/14700 und 17/15600 in der Fassung nach der zweiten Lesung sowie Drucksache 17/15769** unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den soeben geänderten Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf in dritter Lesung in der geänderten Fassung angenommen.**

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt kommen die beiden letzten Abstimmungen in diesem Teilbereich, nämlich viertens über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsgesetz 2022 Drucksache 17/16055. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen.

Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/16055 abgelehnt.**

Wir stimmen fünftens über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD zum Haushaltsgesetz 2022 Drucksache 17/16058 ab. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/16058 abgelehnt.**

Das war der Tagesordnungspunkt 1.

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal.)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie den Saal verlassen, tun Sie das bitte leise.

Ich rufe auf:

2 Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11673

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/15914

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (VersammlungsgesetzEinführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12423

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/15915 – Neudruck

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16057

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU Herrn Dr. Katzidis das Wort.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein weiterer von vielen guten Tagen in dieser